Josef Frey - Materialien - KPÖ - innerparteiliche Dokumente - März bis Juni 1923

41 Dokumente, 84 Seiten, Faksimile

Die hier zusammengestellten Dokumente umfassen den Zeitraum vom VI. Reichsparteitag (ab 3. März 1923) über den Wiener Landesparteitag (14./15. April 1923) bis zu dessen Nachwirkungen im Juni 1923. Am VI. Parteitag hatte eine heterogenen Gruppe um Franz Koritschoner und Karl Tomann eine Mehrheit erreicht, die Strömung um Josef Frey verlor ihre bisherige Majorität – Josef Frey wurde nicht einmal mehr in den Parteivorstand gewählt.

Unter diesen Voraussetzungen waren die fraktionellen Auseinandersetzungen nicht zu beenden. Vor diesem Hintergrund entschied sich wenig später auch das Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI), die Situation auf die Tagesordnung seiner 3. Sitzung (12.-23. Juni 1923) zu setzen.

Im Mittelpunkt der Dokumentation stehen Texte, die von Josef Frey bzw. in seinem Umfeld verfasst wurden und die sich kritisch mit der Parteiführung, in der Franz Koritschoner und Karl Tomann dominierten, auseinandersetzten. Eine wichtige Rolle spielt in dieser Dokumentation auch Paul Friedländer (1891-1943). Er war Mitbegründer der KPÖ und Chefredakteur ihrer ersten Parteizeitung *Die soziale Revolution*. Auf drei Parteitagen wurde Friedländer zum Mitglied des KPÖ-Vorstands gewählt, zunächst von Februar bis Mai 1919 sowie im März 1922 und März 1923. Neben Richter war er in diesem, am VI. Parteitag gewählten Parteivorstand Vertreter der Minderheit. Friedländer, der sich von der *Frey-Fraktion* getrennt hatte, zog 1926 nach Berlin, wurde Mitglied der KPD und, nach Vermittlung von Ruth Fischer, Redakteur der *Inprekorr*. Nach der Machtübernahme Hitlers in Deutschland 1933 flüchtete Friedländer erst nach Österreich, dann nach Paris, wo er im Auslandssekretariat der KPD tätig wurde und dem *Weltkomitee gegen Krieg und Faschismus* angehörte. 1939 folgte die Internierung, während der er sich mit einer Protesterklärung vom *Hitler-Stalin-Pakt* distanzierte. 1942 wurde er ausgeliefert und nach Auschwitz deportiert, wo er 1943 ermordet wurde.

Manfred Scharinger, 27.4.2026

KPÖ - innerparteiliche Dokumente - März bis April 1923

Nr.	Autor/innen	Dokument	Zeit	Seiten
1	KPÖ - Lokalorganisation Margareten	Resolution, angenommen in der Mitgliederversammlung am 9. März 1923	9.3.1923	1
2	KPÖ - Lokalorganisation Margareten	Resolution, eingebracht vom Gen. Dank [?], Zusatz Gen. Schauer, einstimmig angenommen in der Mitgliederversammlung	9.3.1923	1
3	KPÖ - Lokalorganisation Meidling	Resolution der Vertrauensmännerkonferenz in Meidling, gez. Alois Donauer Für die Lokalorganisation und den Lokalausschuss	9.3.1923	1

4	KPÖ - Lokalorganisation Meidling	Vollmacht zur Unterfertigung der Vertrauenserklärung. Alois Donauer u.a.	[9.3.1923]	1
5	KPÖ - Lokalorganisation Graz	Resolution der Lokalorganisation Graz. Karl Daniel u.a.	12.3.1923	1
6	KPÖ - Lokalorganisation Graz	Resolution der Lokalorganisation Graz an die Exekutive der kommunistische Internationale und an den Parteivorstand der KPÖ. Karl Daniel u.a.	12.3.1923	1
7	KPÖ - Lokalorganisation Graz	Resolution der Lokalorganisation Graz an den Parteivorstand der KPÖ. Karl Daniel u.a.	12.3.1923	1
8	Paul Friedländer und Richter	Brief an die Exekutive der Kommunistischen Internationale	12.3.1923	1
9	Paul Friedländer und Richter	Brief an die Exekutive der Kommunistischen Internationale	12.3.1923	1
10	Paul Friedländer	Brief an die Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale	14.3.1923	1
11	Paul Friedländer	freies zu Protokoll PVS [Parteivorstand] 25/III: Erklärung des Genossen Friedländer	[o.D.]	1
12	Paul Friedländer und Richter	Brief an die Exekutive der Kommunistischen Internationale mit Angang: Aufmarschplan vom 31.1.1923	21.3.1923	4
13	Josef Frey und Paul Friedländer	Brief an die Exekutive der Kommunistischen Internationale [Bericht über den Parteitag der KPÖ]	[Ende März 1923]	11
14	[Anhänger der Frey-Gruppe]	Brief an den Parteivorstand der KPÖ - Protest gegen die personelle Zusammensetzung des gegen uns eingesetzten Parteigerichtes	26.3.1923	2
15	KPÖ - Bezirksorganisation Margarethen	Brief an den Parteivorstand der KPÖ, gezeichnet Georg Schauer u.a.	3.4.1923	2
16	[Josef Frey]	Brief an die Exekutive der Kommunistischen Internationale	11.4.1923	5
17	Karl Tomann	Brief an einen steirischen Genossen [Streik der steirischen Bergarbeiter]	12.4.1923	1
18	KPÖ Wien - Jugenddelegation	Wiener Landesparteitag - Erklärung der Jugenddelegation zum Punkt Wahlen	14./15.4.1923	1
19	Karl Polzer	Wiener Landesparteitag - Antrag (betreffend Arbeiterregierung)	14./15.4.1923	1
20	---	Wiener Landesparteitag - Eventualantrag (betreffend Arbeiterregierung)	14./15.4.1923	1
21	Dietz	Interpellation an die Landesleitung [Materialienzusammenstellung für den Wiener Landesparteitag	[ca. 14./15.4. 1923]	5
22	Paul Friedländer	Wiener Landesparteitag - Resolution zu Punkt 2	14./15.4.1923	6
23	N	Wiener Landesparteitag - Antrag	14./15.4.1923	1
24	Josef Frey	Wiener Landesparteitag - Antrag	14./15.4.1923	1

25	Dietz	Wiener Landesparteitag - 3 Anträge	14./15.4.1923	1
26	Josef Frey	Wiener Landesparteitag - Abänderungsantrag zu §2, II. Satz	14./15.4.1923	1
27	KPÖ - Landesleitung Wien	Wiener Landesparteitag - Antrag zur Regelung der Monatsbeiträge der Arbeitslosen	14./15.4.1923	1
28	Josef Frey	Brief an die Redaktion der „Roten Fahne“ zu Handen des Chefredakteurs, des Gen. Koritschoner	18.4.1923	1
29	Josef Frey	Brief an die Redaktion der „Roten Fahne“	[ca. 18.4. 1923]	2
30	Paul Friedländer / Richter / Josef Frey	Brief an die Exekutive der Kommunistischen Internationale - Bericht der Minderheit des Landesparteitages Wien, beigefügt Resolution Friedländer zur Taktik der KPÖ [Fragment, S.5 fehlend]	18.4.1923	5
31	Paul Friedländer	Brief an den Chefredakteur der „Roten Fahne“	19.4.1923	2
32	Paul Friedländer	Zuschrift (Friedländer) über den Bericht zum Landesparteitag van die Redaktion der „Roten Fahne“	[o.D., 19.4.1923	2
33	Paul Friedländer / Josef Frey	Brief an die Exekutive der Kommunistischen Internationale	25.4.1923	1
34	[Paul Friedländer ?]	Brief an die Exekutive der Kommunistischen Internationale	[o.D., ca. April/Mai 1923]	4
35	Paul Friedländer	Brief an die Exekutive der Kommunistischen Internationale	[o.D., ca. Mai 1923]	1
36	KPÖ - Landstraße [Minderheitsfraktion]	Bericht über die Fraktionssitzung der Fraktion KPÖ - Landstraße	10.5.1923	1
37	Wilhelm Paukert	Brief an Josef Frey	[10.4.1923]	1
38	KPÖ - Lokalorganisation Grünbach am Schneeberg	Brief für die Lokalorganisation Grünbach an das I.P.K. der Bergarbeiter […] in Moskau	11.5.1923	1
39	Elise Huneike	Brief an Josef Frey	5.6.1923	2
40	KPÖ - Sekretär des Arbeitskomitees der Soldatengruppe	Brief an den Parteivorstand der KPÖ	21.6.1923	4
41	KPÖ - Soldatengruppe	Brief an das Erweiterte Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale	22.6.1923	2
				84

Resolution der Lokalorganisation Margareten angenommen in der Mitgliederversammlung am 9. März 1923.

Die Lokalorganisation Margareten spricht ihrem Delegierten zum 6. Reichsparteitag der K.P.C., dem Genossen Schauer für seine Haltung an demselben das volle Vertrauen aus. Insbesonders begrüßt sie den Anschluß des Delegierten an die Minderheit des Parteitages, mit deren Linie sich die Lokalorganisation identifiziert und dem Genossen Frey das volle Vertrauen ausspricht. Die Mitgliederversammlung erklärt jedoch, daß sie bis zur endgiltigen Entscheidung der Komintern in der gegenwärtigen Parteikrise, die in kommunistischen Kreise gelegentlich des gegenwärtigen Parteitages provoziert wurde, strikte Disziplin wahrt.

Kommunistische Partei Bezirksorganisation Margareten Deutsch-Österreichs

Wien, am 10. März 1923.

Im Auftrage
Siegert e.h.
Schuster e.h. Hann e.h. Georg.

Resolution

eingebracht vom Gen. Danko 1. Zusatz: Gen. Schauer 1, einstimmig angenommen in der Mitgliederversammlung am 9/II 923:

Die Ortsorganisation spricht ihrem Delegierten, dem Gen. Schauer, für seine Haltung am Parteitage das volle Vertrauen aus. Insbesondere begrüßt sie den Anschluß ihres Delegierten an die Minorität des Parteitages, mit deren Linie sich die Ortsorganisation identifiziert. Die Mitgliederversammlung spricht ferner dem Gen. Frey das volle Vertrauen aus, erklärt zugleich, daß sie den im Kommunistischen Geiste gefaßten Beschlüssen der gegenwärtigen Parteivorstands - bis zur endgiltigen Entscheidung der Internationale, in der gegenwärtigen Parteikrise - restlos Folge leistet.

Resolution

Die am Freitag den 9.März 1923 in Grünwalds Gasthaus tagende Vertrauensmännerkonferenz nimmt mit Freuden zur Kenntnis, dass der Vertreter der III. Internationale die Linie der früheren P.V.Majorität als die richtige bezeichnet hat, und bedauert dass dieselbe nicht weiterhin mit der Führung der Partei betraut wurde. Die Vertrauensmänner erklären sich vollkommen solidarisch mit der Haltung der Delegierten der Lokalorganisation. Trotzdem wir von dem Ausgange des Parteitages keineswegs befriedigt sind, fügen wir uns der Disziplin und werden wir alle Beschlüsse des neuen Parteivorstandes durchführen.

Für die Lokalorganisation:

Kommunistische Partei Bezirksorganisation MEIDLING Deutsch-Österreichs

Resolution.

Die am Freitag den 9.März 1923 im gleichen Lokale stattfindende Konferenz hat nachstehende Resolution einstimmig angenommen: Nachdem unsere Vertreter am Parteitage nicht wie es notwendig gewesen wäre zum Wort kommen konnten, um die persönlichen Angriffe und Verleumdungen, welche die Mitglieder der früheren P.V.M. insbesondere aber Gen. Frey ausgesetzt waren, zurückzuweisen, erklären wir, dass in politischer und moralischer Richtung diese Genossen, besonders aber Gen. Frey weiterhin unser uneingeschränktes Vertrauen sicher ist.

Wir würden es als grossen Verlust betrachten, wenn sich diese Gen. soweit sie nicht dem P.V. angehören, nicht weiterhin mit aller Kraft der Partei zur Verfügung stellen würden, und begrüßen es, dass Gen. Frey sich bereit erklärt hat ~~xxxx~~ seine Person im Dienste der Lokalorganisation zu verwenden.

Für den Lokalausschuss:

Kommunistische Partei Bezirksorganisation MEIDLING Deutsch-Österreichs

Vollmacht

zur Unterfertigung der Verbrauchs-
erklärung

Präsidente Hinne

Alois Donauer	Wien XII.	Weinspieler für kell. des Ord. Ge
Daniel Bunk	Graz.	J. Zanis, Rotes S.
Hörner Franz	Grünbach	Paul Jentkowsky
Holzhofer Mikel	Grünbach	Schmidt Wilhelm
Hörner Georg	Wien 5/Hz.	Viktor Stern
Lo Markiés	Linz.	Ver Rivel
Pöpmoser Alois	Stadlau.	Rechter Z
Pakosta Franz	Brigittenau	Hugo Sorensen
Schanfelder Dürtes	Brigittenau.	Zahlst Wolf
Wedrer Tomas	Floridsdorf	Hugo Albin
Scholer Fritz	Mexolesy	Rechtsanwalt
Wagner		

Linz 13
Wagner 21

Hugo Tonsern
Rechtsanwalt
R. Pechierer

Zur Veröffentlichung in der "Roten Fahne."

Resolution der Lokalorganisation Graz.

Die am 12. März 1923 tagende Vollversammlung stellt sich voll auf die vom Parteitag angenommenen Thesen und konstatiert, dass der Parteivorstand nicht den vom Parteitag beschlossenen Thesen entspricht, hegt schwere Bedenken über die Aktionsfähigkeit des Parteivorstandes, spricht sich jedoch für die volle Disziplin ohne Vorbehalt gegenüber dem Parteivorstand aus. Die Vollversammlung konstatiert nur die Beseitigung der sachlichen Gegensätze in Worten; sieht jedoch in dem Verlaufe und den Ergebnissen des Parteitages eine Verschärfung der persönlichen Gegensätze sachlicher Art. Die Vollversammlung erhebt flammenden Protest gegen die Vergewaltigung der Parteitagsminderheit durch die Parteitagsmehrheit, sowie gegen die Ausschaltung der Minderheit aus der Reichsvertretung. Die Vollversammlung stellt sich voll auf die von der Parteitagsminderheit vertretene Linie und billigt die Haltung des Genossen Daniel a. Parteitag.

Wurde von allen gegen zwei Stimmen angenommen.

Für die Richtigkeit:

Kommunistische Lokal-Organis. GRAZ Oesterreichs

An die Exekutive der Kommunistischen Internationale

Moskau

An den Parteivorstand der kommunistischen Partei Ö.

Wien.

Resolution der Lokalorganisation Graz.

Die am 12. März 1927 tagende Vollversammlung der Lokalorganisation Graz weist die von einer Anzahl Genossen betriebene Hetze gegen Genossen Frey und vorjähriger Parteivorstandsmehrheit mit Entrüstung zurück. Die Vollversammlung spricht der vorjährigen Parteivorstandsmehrheit und dem am heftigsten angegriffenen Genossen Frey das vollste moralische und politische Vertrauen aus.

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen.

Kommunistische Partei Lokal-Organis. GRAZ Oesterreichs

Für die Richtigkeit:

An den

Parteivorstand der K.P.Ö.

W i e n.

Resolution der Lokalorganisation Graz.

Die am 12. März 1933 tagende Vollversammlung stellt sich voll auf die vom Parteitag angenommenen Thesen und konstatiert, dass der Parteivorstand nicht den vom Parteitag beschlossenen Thesen entspricht, hegt schwere Bedenken über die Aktionsfähigkeit des Parteivorstandes, spricht sich jedoch für die volle Disziplin ohne Vorbehalt gegenüber dem Parteivorstand aus. Die Vollversammlung konstatiert nur die Beseitigung der sachlichen Gegensätze in Worten; sieht jedoch in dem Verlaufe und den Ergebnissen des Parteitages eine Verschärfung der persönlichen Gegensätze sachlicher Art. Die Vollversammlung erhebt flammenden Protest gegen die Vergewaltigung der Parteitagminderheit durch die Parteitagmehrheit, sowie gegen die Ausschaltung der Minderheit aus der Reichsvertretung. Die Vollversammlung stellt sich voll auf die von der Parteitagminderheit vertretene Linie und billigt die Haltung des Genossen Daniel am Parteitag.

Wurde von allen gegen zwei Stimmen angenommen.

Für die Richtigkeit:

Kommunistische Partei
Lokal-Organis.
GRAZ
Oesterreichs

Exekutive der Kommunistischen Internationale. Wien, 12. März 1920

Werte Genossen!

Mitglieder des Parteivorstandes der K.P.Oe.
Die Unterfertigten/ erheben hiemit schärfsten Protest gegen das ungeheuerliche Vorgehen des P.V.der K.P.Oe. in seiner konstituierenden Sitzung. Wie in einer ausführlicheren Darstellung in den nächsten Tagen dargelegt werden wird, hat der P.V. in seiner konstituierenden Sitzung kurzerhand eine Reihe der wertvollsten Kräfte in der österreichischen K.P., weil sie zur ehemaligen P.V.Mehrheit gehalten haben, wie Gen.Frey, Stern, Gruber, so-wie die gesamte bisherige Redaktion, gemassregelt und aus der Mitarbeit in der Partei auszuschalten versucht.

Gen.Friedländer, der als Vertreter der ~~Rx~~ ~~Mxnxkxitx~~ Parteitagminderheit, neben dem Sekretär der tschechischen Kommunisten in Oesterreich, dem Gen. Richter, in den Parteivorstand gewählt war, wurde ebenfalls durch den neuen Parteivorstand so gut wie politisch ausgeschaltet und gewissermassen strafweise als Auslandsredakteur in die Redaktion eingeteilt, wodurch ihm als Vertreter der Minderheit die Möglichkeit fast vollständig geraubt ist, mit der Mitgliedschaft in Verbindung zu treten. Das politische Büro besteht aus den Genossen Tomann und Koritschoner, die nun eine tatsächliche Diktatur in der Partei ausüben. Sekretär des politischen Büros ist der notorisch unfähige Gen.Grün, welcher der Exekutive ja hinreichend bekannt ist. Gen.Friedländer, der bisher politischer Sekretär der Partei war, wurde, trotzdem er als Vertreter der Minderheit in den P.V.gewählt wurde - und zwar einer Minderheit, die sich durch scharfe politische Differenzen von der Mehrheit abgrenzte, - nicht in das politische Büro des neuen Parteivorstandes hineingenommen.

Eine Reihe anderer Massnahmen, die getroffen wurden, entspringen aus rein persönlichen Bedürfnissen der Gen. Tomann und Koritschoner und müssen in ihren Folgen geradezu parteischädigend wirken.

Wir protestieren schärfstens dagegeg und halten für notwendig, dass Eingreifen der Exekutive der Komintern. Wir bitten die Exekutive sich das Protokoll der konstituierenden Parteivorstandssitzung durch den neuen Parteivorstand so rasch als möglich vorlegen zu lassen.

Wir werden dieses unser Schreiben der Exekutive noch näher begründen.

Mit kommunistischem Grusse

Friedländer Richter

P.S. Wir bringen ferner der Exekutive der Komintern die in der Komintern. beispiellose Tatsache zur Kenntnis, dass der Bericht der Wiener „Roten Fahne" über den Parteitag der K.P. derart verfälscht ist, dass die aufschlussreichen und für die Partei wichtigen Diskussionen über die sachlichen Differenzen vollständig unterdrückt wurden, obwohl sie den Hauptgegenstand des Parteitags bildeten. Dies geschah ohne Wissen des Parteivorstandes.

i. A. Fr. D.a

Wien, 12.März 1923.

An die

Exekutive der III.Internationale.

Werte Genossen !

Wir Unterfertigte wurden gegen unseren Willen als Vertreter der Minderheit des Parteitages der K.P.Oe. von der Parteitagsmehrheit auf deren Wahlvorschlag als Kandidaten nominiert und trotz unserer Erklärung, unter den gegebenen Umständen nicht in den Parteivorstand eintreten zu wollen, in den Parteivorstand der K.P.Oe. gewählt.

Wir haben nach unserer Wahl folgende Erklärung abgegeben:

"Entgegen dem Willen und dem Einspruch der Parteitagsminderheit hat die Parteitagsmehrheit uns Unterzeichnete in den Parteivorstand gewählt.

Wir erklären, uns diesem Beschluss lediglich aus Gründen der Parteidisziplin zu fügen.

Wir erklären gleichzeitig, dass uns der neu gewählte Parteivorstand keine Gewähr für eine einheitliche klare Linie der Parteiführung bietet und auch nicht die persönlichen Garantien dafür geboten sind, dass alle Mitglieder des neuen Parteivorstandes die Partei in der richtigen Weise führen werden, dass wir die Verantwortung für die Politik der P.V.Mehrheit nicht übernehmen können und daher sofort der Exekutive der Komintern das begründete Ersuchen vorlegen werden, unser Demissionsangebot zur Kenntnis zu nehmen. Denn die Voraussetzung der gedeihlichen Arbeit erscheint nicht gegeben, nämlich das Vertrauen."

Hiemit übermitteln wir unser Demissionsangebot der Exekutive der Komintern.

Die ausführliche Begründung dieses Demissionsangebotes folgt in den nächsten Tagen.

Wir ersuchen die Exekutive vor Einlangen unserer ausführlichen Begründung keinerlei Entscheidung zu treffen, da dies die innere Lage der Partei nur noch schwieriger gestalten würde.

~~Wir ersuchen Sie, uns die Gründe der~~ ~~Entscheidung zu~~

Mit kommunistischem Gruße

[signature]

Wien, 14.März 1923.

An das

14.3.1923

Exekutivkomite der Kommunistischen Internationale.

Werte Genossen !

Der gestrigen zweiten Parteivorstandssitzung des neu gewählten Parteivorstandes der K.P.Oe. habe ich als einziger Vertreter der Parteitagsminderheit beigewohnt. (Gen. Richter war abwesend) Vor Erörterung des Punktes „Berichte des Organisationsbüros" wobei über wichtige Massnahmen berichtet werden sollte, beschloss der Parteivorstand, trotz meines schärfsten Protestes, dass ich die P.V.Sitzung zu verlassen und in die Redaktion zu gehen habe, wo ich als Auslandsredakteur, ebenfalls gegen meinen Protest, eingeteilt worden bin. Es lag keinerlei zwingender Grund zu diesem Beschluss vor.

Ich bin der Ansicht, dass es meine erste und wichtigste Pflicht ist, insbesondere, da ich der exponierte Vertreter der Parteitagsminderheit im P.E.bin, den Parteivorstandsitzungen vom ersten bis zum letzten Moment beizuwohnen. An dieser Pflicht kann und darf mich die P.V.Mehrheit nicht hindern. Eine solche Majorisierung und Brutalisierung ist absolut unzulässig.

Ich habe mich diesesmal aus Disziplingründen dem Beschluss gefügt. Aber ich erkläre, dass ich auf die Dauer die Disziplin in dem Sinne üben werde, dass ich, da mich nun einmal der Parteitag in den P.V.gewählt hat, unbedingt und in erster Linie meine Pflichten im P.V.erfüllen werde.

Ich ersuche das Exekutivkomite die gegenwärtigen Diktatoren der Partei, die sämtliche führenden Funktionen untereinander verteilt haben, die Genossen Tomann und Koritschoner, darüber aufzuklären, dass die Pflicht zur der Teilnahme an den P.V.Sitzungen allen übrigen Pflichten vorangeht, und dass sie - was ich ihnen bereits gesagt habe, - für den Fall als die Funktion als Auslandsredakteur sich nicht verträgt mit meiner Teilnahme am P.V.mich meiner Funktion als Auslandsredakteur zu entheben, aber nicht vom P.V.zu entfernen haben. Ich ersuche um sofortige Regelung dieser Angelegenheit.

Mit kommunistischem Gruss

Paul Friedländer

Erklärung des Genossen F r i e d l ä n d e r

Beilage zu Protokoll PVS 23/II

Die Begründung des Beschlusses, mir die schärfste Rüge zu erteilen, sowie die Darstellung der "disziplin-und satzungswidrigen Handlungen", die ich angeblich begangen haben soll, strotzen von Unwahrheiten und Entstellungen des tatsächlichen Sachverhaltes. Ich erkläre daher den Beschluss für rein tendenziös, für einen Einschüchterungsversuch, um mich daran zu hindern, so zu handeln, wie es mir das Interesse der K.P. zu gebieten scheint.

Ich habe in keiner wie immer gearteten Weise die Aktion der Kommunistischen Jugendinternationale gegen Ruhrbesetzung, Faszismus, etc. gestört. Ich habe die Vorschläge des Vertreters der Jugendorganisation, des Gen. S c h l a m m , - [illegible], vollständig bejaht. Ich habe erst nach Erledigung dieses Punktes durch die Obmännerkonferenz, nach Erklärung des Vorsitzenden der Obmännerkonferenz, dass dieser Punkt beendigt sei, um das Wort zu einer anderen, für die Partei gerade besonders dringenden und wichtigen Angelegenheit, ersucht. Es wurd mir vom Vorsitzenden erteilt.

Ich habe über die Bedeutung der Warenumsatzsteuer und über die Ursache, warum der Parteivorstand nicht rechtzeitig eingegriffen hat und warum der Kampf gegen diese Massensteuern im Betrage einer halben Billion in der „Roten Fahne" [illegible] geführt wurde, als in der „Arbeiter Zeitung", in der Obmännerkonferenz deswegen das Wort ergriffen, weil ich es vor allem sachlich für absolut notwendig hielt, noch im letzten Moment unsere Obmänner über diese Frage aufzuklären, nachdem ich vergeblich darauf gewartet habe, dass es seitens des politischen Büros geschehen werde. Aber auch was die formale Seite meines Eingreifens betrifft, war ich mir dessen bewusst, dass anderseits sehr oft wichtige politische Tagesfragen in der Obmännerkonferenz besprochen wurden. Ich nahm selbstverständlich an, dass es einen Tagesordnungspunkt "Eventuelles" gibt. Ich bin mir keiner Uebertretung der Satzungen bewusst. [illegible]

Ich nehme zur Kenntnis, dass die Obmännerkonferenz von nun an als eine blos technische Konferenz zusammentreten wird. Ich nehme ebenfalls zur Kenntnis, dass ich nur dann in die Obmännerkonferenz gehen darf, wenn mich der P.V. dazu beauftragt. Ich erkläre aber, dass dieser letztere Beschluss nur darauf hinausläuft mich mundtot zu machen, sowie die gestatten bisherigen Massregeln des P.V. auf [illegible] Brutalisierung der Minderheit des letzten Parteitages offenkundig [illegible]. [illegible] Die P.V.Mehrheit handelt nicht aus sachlichen Motiven, sondern um der persönlichen Bedürfnisse der führenden Mitglieder des P.V. insbesondere des Gen. T o m a n n , willen.

Die Stimmung der Obmännerkonferenz wurde nicht durch mich, sondern durch eine unvergleichliche Hetzrede des Gen. Tomann zur Siedehitze aufgeputscht.

Schliesslich muss festgestellt werden, dass die gegenwärtige P.V.Mehrheit durch ihr bisheriges Vorgehen in bewusster und provokatorischer Weise, die Krise in der Partei [illegible] bösartig verschärft, wahrscheinlich in der Absicht, eine Gelegenheit zu schaffen, und die ihr unliebsamen Genossen aus der Partei kurzerhand auszuschliessen. Das würde natürlich die Partei schädigen.

Ich ersuche das Exekutivkomite der Komintern, gegen dieses skrupellose parteischädigende, lediglich persönlichen Interessen entspringende Vorgehen der P.V.Mehrheit, insbesondere des Gen. Tomann, einzuschreiten.

P.S. Ich betone, dass zu Beginn der Obmännerkonferenz noch vier andere Parteivorstandsmitglieder, die ebenfalls nicht zur Teilnahme "beauftragt" waren, teilgenommen haben. Gegen sie wurde keine Rüge ausgesprochen. Dies beweist das tendenziöse Vorgehen der P.V.Mehrheit gegen mich.

Wien, 21.März 1928 .

An die Exekutive der Kommunistischen Internationale.

Werte Genossen !

1.) Mit Beziehung auf das vor einer Woche abgegangene Schreiben an die Exekutive, führe ich bezüglich der Erschütterung unseres zentralen Parteiapparates durch das nur blos persönlichen Bedürfnissen dienende Vorgehen der gegenwärtigen Parteivorstandsmehrheit, beziehungsweise der gegenwärtigen Parteidiktatoren Koritschoner und Tomann, folgendes --

Die gesamte Redaktion, der politische organisatorische Reichssekretär und der Wiener Sekretär, wurden auf der Stelle ihrer Funktion enthoben, obwohl gegen ihre Leistungen nicht der geringste sachliche Einwand bestand, was auch die Parteivorstandsmehrheit nicht leugnen kann. An ihrer Stelle wurden, teils ungeeignete Kräfte, teils solche, die sich noch keineswegs erprobt haben, angestellt. Der Wechsel geschah zur Bestrafung derjenigen, welche nicht zu Tomann und Koritschoner und zur offenkundigen Belohnung derjenigen, welche zu ihnen gehalten haben. Dies kann man sattsam als Korruptionismus bezeichnen. Wir sind bereit dafür die detaillierten Beweise zu geben. In der Redaktion ist die massgebende Person ein junger Mann Intellektueller, der sich keineswegs in Parteiarbeiten erprobt hat, aber Tomann und Koritschoner bei ihrer Propaganda gegen die ehemalige Parteivorstandsmehrheit, gute persönliche Dienste geleistet hat. Ihm ist das Kapitel Österreich, sowohl nach der politischen als auch wirtschaftlichen Seite hin, zum in der Redaktion zugewiesen. Der politische Reichssekretär ist der Gen. Grün, für diejenigen die ihn kennen, sagt der Name alles. So könnten wir noch eine Reihe von Beispielen anführen.

Wir würden über diese Tatsachen mit Stillschweigen hinweg gehen, wenn sie nicht, wovon wir noch sprechen werden, ihre schweren Konsequenzen für die Parteitätigkeit hätten und wenn sie nicht die Krise der Partei erst recht wieder aufflammen lassen.

2.) Hand in Hand mit dieser Maßregelung, wertvoller und für die Partei erprobter Kräfte, an denen unsere Partei so furchtbar arm ist, gegen ihre planmässige Kunstpause, verbindungsweise ihre vollständige Passivität Abschaltung von der Masse und im ebenso von den Parteiamtlichen. Auch dafür sind wir bereit, detaillierte Beweise zu geben. Zwei Beispiele: Der Vertreter/der Parteitagsminderheit/ Gen. Friedländer, wurde als Auslandsredakteur strafweise in die Redaktion versetzt, wo er neben den obenerwähnten jungen Genossen, der der eigentliche Chefredakteur ist (da der nominelle Chefredakteur Koritschoner, vollst nig unter dessen Kuratel/ steht), zu arbeiten hat. Zweck der Übung war uns ist, ihn daran zu verhindern, in die Organisationen, beziehungsweise unter die Massen gehen zu können. Dabei handelt

n Parteivorstand

es sich natürlich nicht um die „Organisierung einer Opposition", sondern um die Agitation für die Forderungen der K.P.Ö. gegenüber der Bourgeoisie, der Sozialdemokratie, usw. Im Gegensatz zur Absetzung des Gen. Friedländer wurden zwei andere Redakteure, der für den gewerkschaftlichen Teil und der für die Provinz, vom Abend- und Nachtdienst in der Redaktion befreit, damit sie in den Lokalorganisationen agitieren können. Es handelt sich dabei um zwei Propagandisten, insbesondere für das Gen. Tomann. Dies zeigt ganz klar, die leichtfertige und persönliche Handlungsweise, gerade des Gen. Tomann, der nun ferner seine persönlichen Interessen allen voran stellt.

Soweit uns bekannt ist, ist in der Kommunistischen Internationale den Redakteuren, zumal wenn sie Parteivorstandsmitglieder sind, zur Pflicht gemacht, ein bis zweimal in der Woche mit der Arbeiterschaft in unmittelbare Berührung zu kommen. Es ist notwendig, dass die Exekutive der Komintern diese Kleinigkeit der neuen Parteivorstandsmehrheit einschärft.

Gen. Frey, der bekannt ist als der stärkste Agitator in Österreich, dessen Stimme auf die Masse eine [illegible] ist, wird gleichfalls systematisch daran verhindert, referent in einer Versammlung zu sein, auch wenn er persönlich verlangt wird. Dafür liegen bereits in der kurzen Zeit Beweise vor.

Dieses Vorgehen der neuen Parteivorstandsmehrheit hat natürlich seine bösen parteischädigenden Folge in Österreich.

Wir weisen auf zwei besonders in die Augen springende schwere Fehler hin, die in der kurzen Zeit begangen worden sind, seitdem der neue Parteivorstand herrscht.

Es wurde gegen die Warenumsatzsteuer, nachdem wir im vergangenen Jahre für den Fall als sie kommen sollte, den Kampf angekündigt hatten, weder in der Presse noch in Versammlungen als sie kam, als sie im obersten Kabinettsrat zum Beschluss erhoben werden sollte, ein Kampf geführt. Erst nachträglich als es schon zu spät war und als der Vertreter der Parteitagsminderheit auf die schwere Unterlassungssünde hingewiesen hatte, wurde eine Kampagne begonnen. Dabei aber der Fehler gemacht, zu erklären, die Warenumsatzsteuer muss verhindert werden, - obwohl sie schon Gesetz war und eine Verhinderung des Gesetzes unmöglich. -

Diese Taktik der nachträglichen Kritik, eine richtige Angleichtaktik, hat unserer Partei in Österreich die längste Zeit sehr geschadet und scheint nun wiederum die massgebende Taktik des neuen Parteivorstandes zu werden.

Dies beweist der zweite noch schwerere Fehler, der begangen wird, Obwohl Gen. Friedländer im P.V. darauf hingewiesen hat, dass wir in Österreich die Kampagne gegen die Offensive des Kapitals, gegen die Verelendung, immer rechtzeitig so zuspitzen müssen, dass wir dem gerade drohenden Vorstoss der Bourgeoisie begegnen - und nicht wie die Sozialdemokratie davon auf ein anderes Gebiet ablenken oder im vollkommen passiv vorüber gehen lassen, - geschieht dies nicht. Obwohl in Österreich in diesen Monate die Teuerung bedeutend zugenommen hat, und dies sogar durch den staatlichen Index festgestellt ist, wird weder von unserer Gewerkschaftsabteilung noch vom Gewerkschaftsrat der revolutionären Blocks, die Parole auf Anpassung der Löhne auf die gesteigerten Lebenskosten ausgegeben, es wird keinerlei Propaganda dafür in den Betrieben gemacht und auch der Parteivorstand rührt sich in diesem Punkte nicht. Es handelt sich um eine konkrete Aktion für ein konkretes Ziel, welches hier versäumt wird, obwohl ich im P.V. auf die Bedeutung dieser Sache hingewiesen habe. Der vorige P.V., beziehungsweise sein politisches Büro, hat planmässig darauf geachtet, jedem offensiven Vorstoss des Kapitals auf welchem Gebiete immer, rechtzeitig zu begegnen. Die K.P. hat dadurch beim Proletariat ein Ansehen gewonnen. Wenn sie nun wieder planlos, in vollkommen allgemeiner und verschwommener Form Politik macht, wenn sie sich wiederum im allgemeinen passiv verhält um nur hin und wieder hysterisch aufzubrausen, wird sie anstatt vorwärts zu kommen, um das bischen Kredit kommen, das sie sich erworben hat.

/ die Frage

So muss es einer Partei ergehen, deren oberste Leitung nicht das Interesse der Partei, sondern ihr persönliches Interesse besorgt, wie dies insbesondere die Gen. Tomann und Koritschoner tun, welche übrigens eine unerhörte Amterkumulation für ihre Personen vorgenommen haben.

4.) Die weitere Folge, die nicht minder verhängnisvoll ist, besteht darin, dass infolge des Vorgehens der gegenwärtigen P.V.Mehrheit, das Gleichgewicht in der Partei nicht hergestellt werden kann. Durch ihre Taktik wird die Krise neuerlich entfacht. So sind sie daran, mit rücksichtslosen organisatorischen Massnahmen gegen jene Funktionäre in der Partei - und es sind darunter eine Reihe in Wien und ausserhalb Wiens, welche ganze Organisationen führen - vorzugehen und das Ausschlussverfahren gegen sie anhängig zu machen, welche ihnen als Personen nicht passen, da sie nach wie vor, zu den Mitgliedern der ehemaligen P.V.Mehrheit volles Vertrauen haben. Dieses Vorgehen für das wir ebenfalls detaillierte Beweise bringen können, ~~kann~~ muss unsere Partei geradezu auf den Hund bringen.

5.) Wir ersuchen die Exekutive zu diesen Dingen Stellung zu nehmen, die ausführliche Begründung des Demissionsangebotes der P.V.Minderheit wird mit nächster Post folgen. Wir möchten insbesondere den Appell um Objektivität an Sie richten.

Friedländer Richter

Anlage 1

Beilage

a) SS - 1 = 4.Kr
Kmd.Treml mton
befindet sich bei

Sammelplatz, Anlage-Seite Detail
Absperrung.

a 1) SS Kmd Steiner
Stellv.Otto
Stab : 1.Ber.Kmdo
1 stlv.Unterabt.
Mit offener Kopfbedeckung
Genossen ohne Bewaffnung

S.15 Abschnitt von Sammelplatz
Stefaniaplatz über xxxx Ecke Mariahilferstr.
Mondsteing.Hallingerg.Steinerg.
Gabelsberg. Anlage - Seite Detail
Absperrung.

ab/A Kmd Stellvertr,
des Gen.Treml
Stab: 1 Kmd
3 Unterabt.Kmd
Offene Kopfbedeckung Genossen
Ohne Bewaffnung

S.20 Abschnitt von Sammelplatz Ecke
Florianigasse bis 50 m Distanz
von der Absperrung.

Anmerkung: 1 Kmdo, 3 Gruppen Kmd.
6 Unterabteilungskmd.
und offene Kopfbedeckung Genossen ohne Waffen Bewaffnung.

4.) Trennungslinie des Befehlsbereiches als besondere Situation.

4.) Der Stab des K. beschließt
bezieht gemeinsam den Kampf
in der Zentrale der K.P.Ö.
Stellungsräumen Leerstein

Wien, 31.I.[illegible]3,1c.d.i vormittag.

Für die Ausfertigung:
P e l z Ludwig

Für den Sicherheitskommando:

P e l z Ludwig

An die Exekutive der Kommunistischen Internationale.

Werte Genossen !

Nachfolgend übersenden wir Euch einen Bericht über den Parteitag der K.P.Ö.

A Die sachlichen Differenzen.

I. Ein Teil der sachlichen Differenzen wurde liquidiert - wenigstens scheinbar - indem sich die ehemalige Parteivorstandsminderheit in Worten auf die Linie der ehemaligen Parteivorstandsmehrheit gestellt hat.

II. Nicht liquidierte sachliche Differenzen:

a) Die illegale Frage: Diese wurde auf dem Parteitag überhaupt nicht behandelt.

Die Differenzen auf diesem Gebiete sind folgende:

1.) Organisierung eines militärischen Kurses ohne Vollmacht des Parteivorstandes, ja auch nur des Präsidiums.

2.) Überschreitung der Kompetenzen durch den Leiter der illegalen Arbeit.

3.) Organisierung einer von der Parteiorganisation isolierten illegalen Organisation.

4.) Erschütterung des Parteigefüges durch Entnahme von Parteifunktionären für die illegale Arbeit ohne Wissen des Parteivorstandes,

5.) Vollkommene Ausschaltung des Parteivorstandes von jeder Ingerenz auf die illegale Arbeit überhaupt. - Diese Differenzen sind Euch schon bekannt aus dem Bericht, den die ehemalige Parteivorstandsmehrheit am 2.II.1923 an die Komintern gesendet hat.

Noch nicht bekannt ist auch die Tatsache, dass die ganze illegale Organisation nicht zum Kampf gegen die Bourgeoisie und Sozialdemokratie bestimmt war, sondern ausschliesslich zum Kampf gegen die (ehemalige) Parteivorstandsmehrheit, also als Fraktionswerkzeug im Parteikonflikt diente.

Die J.O.wurde missbraucht zur Terrorisierung der eigenen Partei mit Hilfe [illegible] anlässlich der Wahl der Delegierten, so/z.B. im 16.u.17.Bezirk die auf unserer Linie stehenden tschechischen Genossen durch Terror ums Wahlrecht gebracht, so wurden im 10.Bezirk durch den Aufmarsch und den Terror der J.O.uns zwei Mandate entrissen.

/wurden

Die J.O.wurde aber auch missbraucht zur Terrorisierung des Parteivorstandes. Anlässlich einer P.V. Sitzung am 2.II. wurden die Lokalitäten der Parteizentrale von der J.O.besetzt. Beabsichtigt war, vom P.V.gewisse Beschlüsse zu erzwingen, Der letzte Akt dieser Terroraktion ist dann doch unterblieben, aber die Besetzung der Lokalitäten der Parteizentrale ist erfolgt. Der Zweck

gent übrigens ziemlich deutlich aus folgenden Dokumenten hervor, die wir in Kopie beilegen. (Beilage A) (Nebenbei: Die Polizei war von den Absichten der J.O.so gut unterrichtet, dass am 2.II.nachmittags in der Umgebung der Parteizentrale etwa 50 Polizisten und Geheimagenten postiert waren, offenbar um die Entwicklung der Dinge abzuwarten.

b) Nicht liquidiert sind gewisse putschistische Tendenzen, insbesonders die ~~Einigung~~ Neigung zu Flankenstössen.

B Die persönlichen Differenzen .

Nicht liquidiert sind die persönlichen Differenzen in Bezug auf den Gen.Tomann.

C Die Zusammensetzung der zentralen Körperschaften

Im P.V.der aus 11 Mitgliedern besteht, ist die Parteitagsminderheit durch zwei Genossen vertreten.(Friedländer und Richter). Die Mehrheit hat es der Minderheit nicht überlassen die Personen vorzuschlagen, sondern hat sich um den Willen der Minderheit überhaupt nicht gekümmert.

In der Reichsvertretung , die aus 16 Mitgliedern besteht, ist die Minderheit durch einen einzigen (!) Genossen vertreten Schönfelder, der aber dieser Tage nach Frankreich ausgewandert ist, so dass die Parteitagesminderheit in der Reichsvertretung überhaupt nicht vertreten ist.

In der Reichsrevisionskommission, die aus 10 Mitgliedern besteht, ist die Parteitagsminderheit durch zwei Genossen vertreten (Nachvatal und Tuttinger).

Wie bei der personellen Zusammensetzung der zentralen Parteikörperschaften vorgegangen wurde, zeigt der Fall Geissler. Geissler ist seit langen Monaten überhaupt nicht tätig gewesen und hat das in einer Mitgliederversammlung in Floridsdorf selbst festgestellt und gesagt, er weiss nicht, wieso man ihn hat wählen können, und es werfe ein eigentümliches Licht auf die Parteitagsmehrheit,dass sie einen so unaktiven Genossen, noch dazu ohne dessen Wissen, in die Reichsvertretung wählen konnte. Das Vertretungsverhältnis in den Parteikörperschaften ist also:

11 (2); 16 (Ø): 10 (2)

D Wie ist das wahre Kräfteverhältnis ?

1.) Hinter den 13 Delegierten, welche die Parteitagsminderheit bildeten, standen 2.790 Mitglieder.

2.) Durch die Entscheidung der Parteitagsmehrheit wurden der Minderheit 4 Mandate einfach geraubt. Hinter diesen 4 Delegierten standen 500 Mitglieder.

3.) Durch Vergewaltigung mittels der J.O. und sonstigen Vergewaltigungen wurden uns 2 (wenn nicht 3)Mandate geraubt,

hinter denen mindestens 600 Mitglieder standen.

4.) Durch List, indem sich nämlich Anhänger der anderen Richtung bewusst als Anhänger unserer Richtung ausgaben, wurden wir um 4 Bezirksgebiete, hinter denen 540 Mitglieder standen, die unserer Richtung angehörten.

5.) Hinter uns stehen aber noch ausserdem:

a)Die gesamten tschechischen Genossen. Diese zählen zusammen 1.200, davon sind 600 schon oben mitgezählt, verbleiben also hier weitere 600.

b) Darüber hinaus haben wir noch in vielen Bezirken Minderheiten, z.B. Wien 2, 6, 18, Steyr in Oberösterreich, Fischamend usw.Somit steht fast ganz hinter uns. Diese Minderheiten zählen wir nicht mit.

Ferner stand uns stets die grosse Mehrheit der Kommunistischen Soldaten auf unserer Seite. Tief gegriffen also, hatten wir mindestens 5.000 Mitglieder hinter uns .(Heute ist diese Zahl im Wachsen!). Da die ausgewiesene Gesamtmitgliederzahl 11.600 beträgt, so stand das Kräfteverhältnis in der Mitgliedschaft zur Zeit des Parteitages 5.000 : 6.600 . Dem gegenüber steht ein Stimmenverhältnis von 1a : 2a . Aus dieser Disproportion kann man schon entnehmen, mit welchen Mitteln da von der opportunistischen P.V. Minderheit und dann der Parteitagsmehrheit gearbeitet worden ist.

§ Durch welche Mittel wurde das wahre Kräfteverhältnis verschoben ?

1.) Organisierung einer Fraktion durch die P.V.Minderheit. Lange vor dem Parteitag organisierte sich die P.V.Minderheit zu einer Fraktion. Die P.V.Minderheit konferierte sich am 2.Oktober in einer P.V.Sitzung in Gegenwart des Vertrauensmannes der Kommunistischen Internationale, des Gen. Abrosow, als Fraktion.

Am 3.Oktober hielt diese Fraktion unter Hinzuziehung verschiedener anderer Genossen eine vertrauliche Konferenz ab worin Beschlossen wurde: Die Liste des künftigen P.V. und die weitere Kampfage gegen die M.V.Mehrheit; es wurde beschlossen, der Kampfruf das Ziel zu geben „ Frey zu vernichten". Und derselben Leute die so zeigten, dass sie nur persönliche Zwecke verfolgen, diese Leute hatten dann die Stirne zu behaupten: Frey verfolgt persönliche Zwecke und konstruiert dann nachträgliche linke ideologische Verdrehungen.

In die Provinz wurde ein besonders vertrauenswürdiger Freund Tourem - Korrespondenz über ein Zirkular gesandt, das von den fraktionellen Absprachen, Verleumdungen, eine besondere Kampf gegen Frey strotzt. Ein Originalzirkular ist in unseren Händen. Es ist von Domes unterschrieben um den Landessekretär von Niederösterreich, Hanson. Der Zirkel ist in der Hauptsache von Koritschoner stilisiert.

[illegible]

Mit diesem Zirkular bewaffnet, ist Maresch von einer Lokalorganisation zur anderen gereist und hat dort die einflussreichsten Genossen bearbeitet. Schliesslich kam er auch zu den Grünbacher Bergarbeitern, er wusste nicht, dass diese durchaus auf unserer Linie standen, und so kam das Original in unsere Hand.

In Wien wurden die in diesem Zirkular enthaltenen Lügen und Verleumdungen und tausend andere Lügen und Verleumdungen dazu, systematisch verbreitet durch die - illegale Organisation. Tag für Tag verschüttete die J.O. hundert Nachttöpfe und in der Tat gelang es ihr so jede sachliche Argumentation im Gestank persönlicher Verunglimpfungen zu ersticken.

Hätten wir der Fraktion der Minderheit unsererseits eine Fraktion entgegengestellt, die Dinge wären etwas anders ausgefallen. Wir aber wollten den Beschluss der Internationale nicht verletzen, jenen Beschluss, der die Bildung von Fraktionen untersagt, heute werden wir dafür ausgelacht und die Internationale - deckt diejenigen, die ihren Beschluss verletzten. Zwei der wichtigsten Lügen und Verleumdungen nämlich

1,) dass Gen. Frey durch eine Intervention bei der Polizei die Aktion der Partei gegen den Genfer Vertrag und

2.) dass Gen. Frey die Aktion der ~~xxxxxxxxx~~ Partei für die Arbeitslosen sabotieren und vermindern wollte. Diese zwei Lügen und Verleumdungen hat Gen. Frey in einer Rede am Parteitag als das enthüllt was sie eben sind, Lügen und Verleumdungen.

3. Bruch der vor dem Vertreter der Internationale getroffenen Vereinbarungen durch die P.V.Minderheit.

Knapp vor dem Parteitage wurden über Wunsch und in Gegenwart des internationalen Vertreters (Kniochin) folgende Vereinbarungen einstimmig getroffen:

a) Über die personelle Zusammensetzung des Parteitages, Tagespräsidums und über die personelle Zusammensetzung der Mandatsprüfungskommission, der Wahlkommission, der Antragsprüfungskommission und der Berufungskommission. Die P.V.Minderheit hat dieses Abkommen in brüsker Weise gebrochen.

b) Es wurde einstimmig die Vereinbarung getroffen, dass am Parteitag von keiner Seite persönliche Angriffe unternommen werden dürfen. Für uns war dieses Abkommen ein Handikap, denn wir waren schon durch drei Monate hindurch vor dem Parteitag mit persönlichem Dreck über- und überschüttet worden.

Die P.V.Minderheit hat dieses Abkommen in der schmutzigsten Weise durchbrochen und dann dem Gen. Frey nicht einmal die Rede bewilligt, um auf die gemeinen persönlichen Angriffe erwidern zu können.

Der internationale Vertreter hat ausserdem darauf aufmerksam gemacht, dass der letzte , knapp vor dem Parteitag eingetroffene Brief der Kommintern parteivorstandsintern sei, also am Parteitag nicht benützt werden dürfe, nichts desto weniger hat Tomann diesen parteivorstandsinternen Brief der Kommintern dennoch auf dem Parteitage benützt und Stellen daraus verlesen als Angriffswaffe gegen Frey.

3.) Die Geschäftsordnung auf dem Parteitage wurde von Tomann, Koritschoner, Riess in einer Weise gebraucht, die jeder Beschreibung spottet. Zum Beispiel: Als die Mandatsprüfungskommission den Raub der vier Mandate beantragte, da verlangte einer unserer Delegierten das Wort dazu. Das wurde ihm verweigert. Dagegen wurde einem Zunörer , der der Gegenseite angehörte, ohne weiters das Wort erteilt. Die Redner der Minderheit wurden nach Belieben um das Wort gebracht. Es war eine Vergwaltigung in allen möglichen Formen. So darf unter Kommunisten nicht gehandelt werden.

Die Organisierung der Fraktion und die von der Minderheit planmässig angewendete Nachttopftaktik, der Bruch aller vor dem internationalen Vertreter getroffenen Vereinbarungen, die brutale Vergewaltigung der Minderheit mittels der unerhörten Handhabung der Geschäftsordnung, alle diese Dinge haben einen ausserordentlich tiefen Stachel hinterlassen, nicht nur bei den Delegierten der Parteitagsminderheit, sondern auch bei hunderten von Zunörern und durch sie bei einer grossen Masse der Mitgliedschaft.

4) Über Wunsch des internationalen Vertreters, war die P.V.Mehrheit genötigt, jene Absätze der Resolution über die Taktik worin die politischen, taktischen und organisatorischen Differenzen ausgearbeitet waren und die Gegenresolution zur Gewerkschaftsfrage zurückzuziehen. So war uns die Möglichkeit genommen, in Form einer Debatte, in welcher an der Hand unserer Anträge die sachlichen Meinungsverschiedenheiten klar ausgearbeitet worden waren, zu beweisen, dass und welche sachlichen Gegensätze vorhanden sind und damit auch die Auffassung zu entkräften, die da behauptet hat, es gäbe keine sachlichen Gegensätze, es seien nur persönliche Gegensätze für die nachträglichen Ideologien künstlich konstruiert worden. worden seien .

5) Am allerentscheidendsten zu unseren Ungunsten wurde das Kräfteverhältnis beeinflusst durch die Briefe der Kommintern. All die hundert Nachttöpfe die die Fraktion Tomann-Koritschoner über uns ausgeschüttet, hätten ihr gar nichts genützt. Erst dadurch , dass sich die Kommintern auf ihre Seite gestellt hat, bekam die Fraktion Tomann-Koritschoner das moralische Fundament und zugleich den Mut, jedes, aber auch jedes Mittel im Parteikonflikt anzuwenden.

Wir anerkennen selbstverständlich die Entscheidung der Kommintern in allen Fragen Fällen, auch dann, wenn sie gegen uns ausgefallen sein ist. Aber wir gestehen offen, dass wir noch heute nicht begreifen können, wieso die Kommintern zu dieser Stellungnahme, zu dieser Entscheidung kommen konnte.

F.) Die Angelegenheit Forst und Tober

Forst wurde vor einigen Monaten aus der Partei ausgeschlossen, weil er wiederholt und zwar in vollkommener Ruhe und bei voller Besinnung, damit gedroht hat, er werde Angelegenheiten der Partei in der „Arbeiter Zeitung" veroffentlichen.

Tober wurde vor einigen Monaten aus der Partei ausgeschlossen, weil er sich als Reichskassier durch mehr als 48 Stunden geweigert hat, dem Parteivorstand Kassa, Kassabücher und Kassabelege vorzulegen.

Auf dem Parteitag versuchte die Parteitagsmehrheit diese Ausschlüsse aufzuheben und die beiden oben Genannten wieder in die Partei aufzunehmen.

Gen. Frey stellte darauf zwei folgende prinzipielle Anträge:

1.) Ein Kommunist, der damit droht, dass er Angelegenheiten der Partei in einer gegnerischen Zeitung veröffentlichen wird, ist aus der Partei auszuschliessen.

2.) Ein Kassier, der sich weigert, Kassa, Kassabücher und Kassabelege dem Lokalausschuss, bezw. der Landesleitung, bezw. dem Parteivorstand vorzulegen, ist aus der Partei auszuschliessen.

Die Parteitagsmehrheit zeigte sich entschlossen, diese prinzipiellen Anträge abzulehnen, auch die nächsten Freunde Koritschoners sprachen gegen die Annahme dieser Anträge (!), es bedurfte erst des Eingreifens des internationalen Vertreters Emiochin, um die Annahme der Anträge herbeizuführen.

Wir lenken die Aufmerksamkeit der Komintern auf diese Fälle, insbesonders auf den Fall Tober. Eine genaue Prüfung der Akten der Toberangelegenheit durch die Komintern würde zeigen, dass Tomann in dieser Angelegenheit mit schwerem Verdachte belastet ist.

Die Tatsache, dass die Parteitagsmehrheit jene zwei prinzipiellen Anträge ablehnen wollte und dass es erst des Eingreifens des internationalen Vertreters bedurfte um die Annahme herbeizuführen, wirft ein eigenartiges Licht, wenigstens auf einen Teil der Delegierten der Parteitagsmehrheit, nämlich in Bezug auf ihre Auffassung über die Reinheit einer Kommunistischen Partei.

G.) Die Parteitagsmehrheit

Folgende Auffassungen sind für die Parteitagsmehrheit charakteristisch:

1.)

eigentlicher für Organisation
und ernste ist (!)

1.) Verschiedene Genossen der Parteitagsmehrheit, z.B. auch Polzer, der jetzt ~~zweiter Obmann Sekretär werden soll~~, vertraten wiederholt die Ansicht, der Parteitag ist souverän, da hat die Internationale nichts drein zu reden !!

2.) Maresch, der Landessekretär von Niederösterreich und Pollak (Obmann von Ottakring) vertraten alle möglichen liquidatorischen Auffassungen in Bezug der Organisation der Partei.

3.) Maresch versuchte wiederholt die Provinz gegen Wien aufzuspielen und aufzuhetzen, eine Sache, die in Österreich ganz besonders gefährlich ist.

4.) Pollak vertrat die Auffassung die Zeit müss vorüber sein, wo Politiker irgend etwas in Gewerkschaftsfragen drein zu reden haben.

II Die Zeit vom Parteitag bis heute

In politischer Beziehung bemüht sich zwar der neue ~~Parteivorstand~~ Parteivorstand aktiv einzugreifen, aber 1.)er hinkt den Ereignissen nach, 2.) die Losungen laufen wie Kraut und Rüben durcheinander, keine Zuspitzung auf das konkret wichtigste und ein Schwanken in der Wahl der Ziele, das deutlich die Unsicherheit, die Unklarheit verrät.

1.) Gegen die Warenumsatzsteuer hat der P.V. nichtsn unternommen, so lange es Zeit war; erst als sie Gesetz war, jetzt erst begann er den Kampf gegen die [redacted] Warenumsatzsteuer.

Gegen die neuen Zollerhöhungen hat die Partei nichts unternommen.

2.) Zur Unterstützung der von der Jugend veranstalteten Aktion am 18.März (gegen die Ruhrbesetzung, gegen die Kriegsgefahr) erliess der P.V. am 15.III. einen Aufruf mit der verschwommenen Losung „ Gegen die wirtschaftliche und politische Reaktion! Gegen den Faschismus! „ Kein Wort von Ruhrbesetzung, kein Wort von Kriegsgefahr. Und der P.V. verstand es auch nicht dieser Aktion zugleich eine konkret die Spitze zu geben gegen Warenumsatzsteuer, gegen die Zollerhöhungen, für Angleichung der Löhne an die Teuerung, für Brot und Arbeit den Arbeitslosen. Erst durch uns aufmerksam gemacht, versuchte er in letzter Minute den Fehler gut zu machen, aber in sehr unzulänglicher Weise,

3.) Wie der P.V. in der Wahl der Ziele schwankt dafür folgender Beweis:

Am 21./3. gab der Leitartikel der R.F. (Koritschoner) die Losung „ Angleichung der Löhne an die Friedensreallöhne".

In der selben Nummer auf der dritten Seite gibt Tomann die Losung „ Angleichung der Löhne an die Teuerung „.

Tags darauf am 22./3. erscheint in der Gewerkschaftsrubrik in der R.F. ein Spitzenartikel mit der Losung „Wo bleibt der Lohnaufbau nach dem steigenden Index"? (Nebenbei eine Losung, die die K.P. in der gegenwärtigen Situation absolut verwerfen muss).

Am 23./3. gibt der LEITARTIKEL der R.F. wieder die Losung aus „Angleichung der Löhne an die Teuerung"
In derselben Nummer erscheint in der Gewerkschaftsrubrik ein Spitzenartikel, worin die Angleichung nach dem Index (die man drei Tage vorher gefordert hat) verworfen und allgemein 15% Erhöhung der Löhne gefordert wird. (Nachdem vorher schon der führende reformistische Metallarbeiterverband öffentlich bekanntgegeben hatte, dass er bei den kommenden Lohnverhandlungen 15% Lohnerhöhung fordern wird.

b) In gewerkschaftlicher Beziehung: Zeigt sich auf politischem Gebiet wenigstens ein gewisser Drang nach Aktivität, so ist der P.V. auf gewerkschaftlichem Gebiete vollkommen passiv: Einige Beispiele.

1.) Am 17./3. berichtet die Arbeiter Zeitung Bei der Wahl in der Ortsgruppe der mechanischen Schuhmacher erhielten die Kommunisten nur die verschwindende Minderheit von 40 Stimmen, in der Ortsgruppe der Oberteilmacher haben sie keine Kandidatenliste eingebracht und erhielten nicht eine einzige Stimme.
Nun muss man wissen, dass wir unter den Schuhmachern sehr starken Anhang haben. Der P.V., der Gewerkschaftsrat hat gar nichts veranlasst, der Schuhmacherblock hat geschlafen.

2.) Am 17./3. berichtet die R.F. über Vertragsverhandlungen in der Textilindustrie. Von einer rechtzeitigen Stellungnahme des Gewerkschaftsrates keine Spur, von einem eingreifen keine Spur. Später, am 23./3. schreibt die R.F. im Aufruf, man müsse „darauf achten, dass nicht wie bei den + ein faules Kompromiss geschlossen wird". Es ist wirklich erstaunlich, dass die Arbeiter Zeitung bisher nie nichts davon geschrieben hat, dass doch in dem Lohnkomitee der Textilarbeiter, das dieses faule Kompromis abgeschlossen hat, der Kommunist Gläss (vom Gewerkschaftsrat der oppositionellen Blocks) und der Kommunist Moritz Meyer (Mitglied der kommunistischen Parteivorstandes) sitzen, eine Tatsache, die im Kreise der R.F. tatsächlich nur mehr wenigen Genossen bekannt ist.

+ Textilarbeitern

3.) Am 20./3. teilt die Arbeiter Zeitung mit, dass der Metallarbeiterverband bei den am 20./3. beginnenden neuen Lohnverhandlungen 15% Lohnerhöhung verlangen wird. Tags darauf teilt dies die R.F. mit. Warum hat der P.V., warum hat der Gewerkschaftsrat, warum hat der Metallarbeiterblock hier nicht rechtzeitig eingegriffen? Sie wussten doch, dass am 20./3. neue Lohnverhandlungen in der Metallindustrie beginnen. War es da nicht ihre Pflicht rechtzeitig den Metallarbeiterblock zusammen zu rufen, rechtzeitig Stellung zu nehmen?! Wenn sie zu dieser konkreten Frage rechtzeitig die Losung aufgestellt hätten „Angleichung der Löhne an die Teuerung", so hätte die

Metallarbeiterschaft klar gesehen, dass der Metallarbeiterverband unter unserem Drucke handle und wir hätten das für die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung ausnützen können. So aber blieb die Initiative ganz in der Hand der Reformisten und uns bleibt nur mehr die Plattform, die 15% gegen den Plan eines Kompromisses zu niedrigeren Bedingungen zu verteidigen. [illegible]

4.) Im Baugewerbe haben wir einen verhältnismässig starken Einfluss. Am 21./3. berichtet die R.P. über die vom reformistischen Bauarbeiterverband geführten Lohnverhandlungen im Baugewerbe und gibt das Resultat der Lohnverhandlungen einfach bekannt. Als ob wir keine oppositionelle Gewerkschaftsbewegung hätten, von einer <u>nachträglichen</u> Stellungnahme des Bauarbeiterblocks keine Spur.

5.) Ähnlich am 22./3. bei den Verhandlungen über die gleitende Zulage in der chemischen Industrie. So humpeln wir überall den Dingen nach und nachhinkend bringen wir dann irgend eine Kritik (manchmal auch die nicht), die natürlich, weil sie nur den Dingen nachhinkt, keinen Einfluss ausüben kann. Diese passive Einstellung den Gewerkschaften gegenüber ist die Hauptursache, warum wir gewerkschaftlich nicht vorwärtskommen.

Nur auf einem Gebiete haben es die Genossen vorläufig vermocht, die Gewerkschaftsfraktionen zu mobilisieren, [illegible] als Sturmbock gegen den alten P.V. [illegible]. Nun ist das Ziel erreicht „Frey ist vernichtet" und nun schläft die oppositionelle Gewerkschaftsbewegung einen gerechten Schlaf und verzapft nachhinkend ihre Kritik an der Taktik der reformistischen Gewerkschaften, womit sie, da sie nur nachhinkt, keinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken kann.

c) in organisatorischer Beziehung :

1.) Der neue Parteivorstand hat alle Genossen, die auf Seite der Parteitagsminderheit standen aus dem Parteiapparat glatt entfernt. Nur Friedländer und Fauri wurden im Parteidienst gelassen, aber praktisch vollkommen ausgeschaltet.

2.) Ja, die neuen Diktatoren gehen sogar so weit, alle Genossen die auf Seite der Parteitagsminderheit gestanden sind, vom Referieren überhaupt auszuschliessen.

Sämtliche Referenten, die auf der Linie der alten Parteivorstandsmehrheit standen, werden nun planmässig übergangen. Selbst dann, wenn die Organisationen sie als Referenten verlangen, werden sie verweigert. Von ihrer Angebot, sich als Referenten zur Verfügung zu stellen, wird kein Gebrauch gemacht. Zu Referentenbesprechungen werden nur solche Genossen eingeladen, die vor dem Parteitag auf Seite der P.V.Minderheit gestanden sind.

/ wichtigen

5.) Eine ganze Reihe von/Funktionären, die auf dem Parteitag als Delegierte auf Seite der P.V.-Mehrheit standen, wurden aus nichtigen Gründen gemaßregelt: Der Genosse von Kurzendorf, Gen.Genosse wurde suspendiert, Gen.Daniel aus Graz, die Genossen Pschierer, Matthias, Bernegger und die Genossin Veroveak/wurden in Untersuchung gezogen.

/ ausdrücklich,

6.) In der R.F.I. ist vollkommene Parteilosigkeit eingerissen.

a) Die Ankündigung eines Bildungsabends der Lehrlingsorganisation Meidling wurde verweigert, weil als Vortragender der Gen.Frey angekündigt war.

b) Beim Bericht über die am 15./6. stattgefundene Massenversammlung der Jugend und der Solidarität, wurde zwar ein ausführlicher Bericht über die Rede des Sprechers der Partei Tomann gegeben, aber kein Bericht über die Rede des Jugendvertreters Hexmann, der Vorsitzende Schlaus wurde nicht genannt, die Rede des Solidaritätsvertreters Gruber wurde nicht gebracht und nicht einmal sein Name genannt.

/ vollkommen entstellend, er

c) Der Bericht über den Parteitag/verschweigt nicht nur von der Debatte nicht nur die peinlichen Dinge (das war richtig) sondern auch vollkommen sachliche und [illegible] /Gegenreden.

d) Über den Jugendvertreter wurde nur das Begrüßungswort berichtet, nicht von den Beschlüssen, nicht von der Resolution, nichts davon, wer in die Jugendzentrale gewählt wurde.

Hier zeigt sich klar eine parteiische Fehlung der R.F.I. Die Jugend war auf dem Parteitag auf Seite der P.V.-Mehrheit, solange sie von der neuen Parteizentrale nicht vollkommen kontrolliert

7.) Koritschoner und Tomann haben die Funktionen wie folgt unter sich verteilt:

Koritschoner: Vorsitzender der Partei,
Vorsitzender des Politbüros,
Chefredakteur, / rechte
Komintern Vertreter Internationale
Illegales.

Tomann: Vorsitzender der Partei,
Vorsitzender des Sekretariats,
Leiter der Gewerkschaftsabteilung
Profintern Internationales.

Das ist eine Vereinigung von Funktionen in zwei Händen, eine Amterkumulierung, wie sie in der Partei noch nie da gewesen ist.

Überblickt man die Tätigkeit der neuen Zentrale seit 6./7. so ergibt sich:

Unsicherheit, Unklarheit, Unfähigkeit in politischer Beziehung, Passivität, Unsicherheit und Unfähigkeit in gewerkschaftlicher Beziehung und auf der

anderen Seite die skrupellose Anwendung organisatorischer Mittel, Anwendung brutaler Mittel, und die durch gar nichts gerechtfertigt sind, womit der neue Parteivorstand versucht, die gegen ihn anwachsende Bewegung im Keime zu ersticken.

Methoden

Wir sagen: anwachsende Bewegung; denn immer klarer sehen breite Schichten der Mitgliedschaft, dass der neue P.V. zur Mittel- und Methoden, wie sie unter Kommunisten nicht angewendet werden dürfen, sein Dasein verdankt und andererseits, dass die Tätigkeit des neuen P.V. nichts anderes ist als der Versuch durch Brutalität der Mittel und Methoden seine politische und gewerkschaftliche Unfähigkeit zu verdecken.

Diese Vergewaltigungsmethoden steigern die Erbitterung in der Partei. Das ist umso gefährlicher, als Tomann und Koritschoner zweifellos entschlossen sind vor keinem Mittel zurückzuschrecken, um das neue (unmögliche) System zu halten.

Da möglich ist, dass sich Tomann und Koritschoner in ihren Berichten an die Exekutive darauf berufen, dass wir ihnen irgend welche Schwierigkeiten machen, so stellen wir fest, dass dem nicht ein Wort wahr ist, sondern dass wir die besten Kräfte für die Partei wirken sind. So z.B. ist Gen. Frey jetzt im Lokalkomitee der Lokalorganisation Meidling, als Bildungsreferent tätig, und es ist nicht seine Schuld, wenn der Parteivorstand ihn nicht einmal als Referent zulässt.

Unter solchen Umständen ist die Zukunft der Partei ernstlich gefährdet, wenn nicht die Komintern rechtzeitig eingreift..

Mit kommunistischem Gruss

Paul Friedländer Max Adler

Protest gegen die personelle Zusammenstellung des gegen uns eingesetzten Parteigerichtes.

Wien, den 26. März 1923.

An den

Parteivorstand der K.P.Oe.

Werte Genossen

Die von uns verlangte parteigerichtliche Untersuchung in Angelegenheit Dr.Julius Deutsch wurde dem vor dem Parteitag funktionierenden Parteigericht zugewiesen. Vor Kurzem erhielten wir nun durch den Gen.Grünwald die Verständigung, der Parteivorstand habe ein neues Parteigericht eingesetzt, zu dem von ihm 5 Genossen nominiert wurden und zu welchem wir unsererseits 2 andere nennhaft machen sollen.

Wir sehen uns ausserstande für dieses Parteigericht unsere zwei Vertreter zu nominieren und zwar aus folgenden Gründen:

Die persönliche Zusammenstellung dieses Parteigerichtes zeigt deutlich, dass der P.V. bei der Auswahl der Mitglie-

der desselben jede Objektivität ausserucht gelassen hat, indem er vorwiegend solche Genossen ausgewählt hat, die durch ihre zgchtbar zur Schau getragene fraktionelle Einstellung gegen uns auch bei Zubilligung ihres besten Willens von vornherein nicht die Gewähr einer genügenden Objektivität bieten können.

Wir hielten es für schädlich, dem dadurch entgegenzutreten, dass wir etwa unsererseits solche Genossen vorschlügen, die ebenso von vornherein für uns voreingenommen wären., da auf diese Art eine endgiltige Klärung auf der wir unbedingt bestehen müssen, nicht herbeigeführt werden würde.

Aus diesem Grunde/ und umsomehr, weil Mitglieder des P.V. selbst in diese Sache verwickelt sind, schlagen wir vor, ein Parteigericht aus ausschliesslich internationalen Genossen, deren es ja in Wien genügend gibt, einzusetzen. Gleichzeitig übergeben wir einen gleichlautenden Brief zu informativen Zwecken dem hiesigen Vertreter der Komintern.

Mit Parteigruss:

den Parteivorstand der Kom. Partei Oesterreichs

In unserer letzten Mitgliedervollversammlung wurde folgende Resolution angenommen:

Die am 30. März 1923 im Pegiers Gasthaus in Wien, V., Kohlgasse 4 tagende außerordentliche Mitgliederversammlung der Lokalorganisation Margarethen nimmt zum Schreiben des Parteivorstandes v. M. wie folgt Stellung.

1) Die am 12. v. M. stattgefundene Ortskonferenz hatte 2 Punkte auf der Tagesordnung und zwar:

a) die Aktion

b) Eventuelles.

Nach Abschluss der Debatte über Punkt 1 also Punkte 2, hatte der Genosse Schauer das Wort ergriffen. Die Behauptung des P. V. G. Schauer habe zur Besprechung der technischen Erledigung inmitten einer Aktion ..... gestört " ist also unrichtig.

2) Zum Punkte 2 der Tagesordnung hatte G. Schauer Kritik geübt an der Entlassung des G. Stern und der Anstellung des G. Spitz und in diesem Zusammenhang ist er auch zu sprechen gekommen, provoziert durch Zwischenrufe - auf die Verschmelzung im Jahre 1919 mit der K.P. Das Recht zur Kritik hatte G. Schauer und niemand darf ihm dieses Recht nehmen ohne auf das schwerste die Rechte der Mitglieder, der Funktionäre und der Lokalorganisation zu beschneiden. Es mag sein, dass die Kritik des G. Schauer in irgendeiner Einzelheit vielleicht unrictig war, das wird schließlich das Partei - Gericht prüfen. Wir, die Vollversammlung von Margarethen, die wir den G. Schauer seit langen Jahren kennen, wissen auf das Allerbestimmteste, dass Gen. Schauer das sagt, wovon er überzeugt ist, das es nicht ist. Hat G. Schauer in irgend einer Einzelheit etwas unrichtiges gesagt, so geschah es vollkommen im guten Glauben und niemals in bewußter oder gar schädigender Absicht.

Aber das ist hier nicht das Entscheidende. Wenn G Schauer etwas unrichtiges gesagt hat so wird das Parteigericht, über dessen vollkommen objektive Zusammensetzung die Lokalorganisation Margarethen schärfstens wachen wird, die Sachlage zu prüfen haben. Wir nehmen daher die Einleitung des parteigerichtlichen Verfahrens zur Kenntniss.

Vorstand in diesen Falle die Suspendierung des G. Schauers von seiner Funktion als Obmann aussprechen durfte. Wann suspendiert man einen Funktionär ? Wenn der Verdacht besteht, die Partei geschädigt zu haben. Nichts dergleichen liegt gegen den G. Schauer vor. Wir erinnern daran, daß sogar Tober, der unter allerschwersten Verdacht stand n i c h t suspendiert wurde.

Die Behauptung des P. V. G. Schauer hätte irgend einen Beschluss des Partei - Tages verletzt, ist unrichtig. Wir ersuchen den Partei - Vorstand uns ganz konkret den Parteitagbeschluss zu nennen, der angeblich verletzt wurde. Durch sein Vorgehen gegen G. Schauer beweist der P.V. selbst, daß die Auffassung des Vertreters der Internationale, die Parteikrise sei beendet, leider ein Irrtum war. Die Suspendierung des G. Schauer ist eine offenkundiger Mißbrauch der Rechte, die dem P.V. zustehen. Die Suspendierung ist durch gar nichts gerechtfertigt und nicht anderes als eine brutale Terrorrisierung des G. Schauer, einzig und allein, weil er auf den Partei - Tag auf Seite der Minderheit gestanden ist. Alles andere ist nur Vorwand.

Die Lokalorganisation Margarethen fordert den P.V. auf, dieserdurch nichts gerechtfertigte Suspendierung des G. Schauer zurückzuziehen und alle Terrorakte zu unterlassen, die geeignet sind, die in der Partei herrschende Erbitterung zu verschärfen.

Wien, am 3. April 1923.

Für d. Richtigkeit:

Obmann Schauer Josef

Stellvertreter Ladislaus Kurzweil

Kassier

Schriftführer

Arbeiterbibliothek Margarethen Deutsch-Österreich

KOMMUNISTISCHE PARTEI ÖST

ÖSTERREICHS Wien, 11. April 1923.

An die Exekutive der Kommunistischen Internationale.

Werte Genossen !

1.) Ohne die Bedeutung der K.P.Österreichs für die kommunistische Internationale irgendwie zu überschätzen, erscheint es uns doch notwendig, dass alles getan wird, um die Entwicklung und Gesundung der österreichischen K.P. zu befördern, zumal sie die Aufgabe hat, die österreichische Sozialdemokratie, die relativ stärkste Sozialdemokratische Partei Europas, weiterzutreiben, bezw. sich ihren Einfluss auf das österreichische Proletariat zugunsten des eigenen Einflusses immer mehr zurückzudrängen.

Die Briefe, die wir in den letzten Wochen an die Exekutive der Kommintern gerichtet haben, dienen diesem Interesse. Wir wissen bisher nicht, ob und in welchem Sinne unsere Briefe von der Exekutive in Erwägung gezogen wurden. Wir weisen aber neuerlich darauf hin, wie notwendig ihre Behandlung ist, weil die Führung der österreichischen K-P. immer neue Fehler begeht und sich dabei auf die angebliche Sanktion der Exekutive der Kommintern stets beruft.

Im nachstehenden weisen wir auf die in letzter Zeit zu Tage getretenen Fehler hin, die sehr ernster Natur sind und nicht nur charakteristisch sind für die konfuse Führung der Partei, für die trotz aller Krampfmeierei nur Schein gespielten Aktivität tatsächliche Passivität der Partei, sondern vor allem in die Wagschale fällt charakteristisch sind, einerseits für die Abweichung von der Linie von der Kommintern und den Rückfall in die Kinderkrankheiten a la K.A.P., andererseits für den opportunistischen beinahe reformistischen Zug auf gewerkschaftlichem Gebiete.

Dazu kommt

2.) Die politische und wirtschaftliche Lage in Österreich erfordert gebieterisch eine Aktivierung des österreichischen Proletariats, dessen Stärke noch wie vor ungebrochen ist und das seinen Willen durchzusetzen vermag. Die Folgen der Genferkonvention, machen sich einerseits in Form der immer deutlicher werdenden politischen Reaktion, andererseits in Form der stets fortschreitenden wirtschaftlichen Verschlechterung für die Arbeiterklasse bemerkbar.

In dieser Situation, deren konkrete Erläuterung wir uns hier ersparen müssen, hat sogar die österreichische Sozialdemokratische Partei ihre Scheinopposition gegen die Pfaffenregierung, die zugleich eine Börsenregierung ist, verschärft. Es war und ist nun die Aufgabe der K.P.Ö., die politische Lösung , die im Interesse der österreichischen Arbeiterklasse liegt, aufzuzeigen , Ziel und Weg in klaren Parolen der Arbeiterschaft nahe zu bringen. Die Majorität des gegenwärtigen Parteivorstandes, unter Führung von Tomann und Koritschoner, erfüllt diese entscheidend wichtige Aufgabe nicht, ja lehnt es sogar mit Bewusstsein ab, die Parolen und die Taktik der Kommunistischen Internationale , die für Österreich bei der gegebenen Lage besonders zutreffend sind, anzuwenden.

Die österreichische Arbeiterschaft lehnt unter den gegenwärtigen Umständen in Österreich sowohl die Errichtung der Diktatur des Proletariats ab, als auch - wenigstens durch ihre durch Erfahrung gewitzigte Mehrheit - die Aufrichtung einer bürgerlich-sozialdemokratischen Koalitionsregierung. Die sozialdemokratischen Führer zeigen der Arbeiterschaft aber immer wieder nur diese beiden politischen Möglichkeiten. Diktatur oder Koalition. Dadurch bewirken sie, dass die Arbeiterschaft die Scheinopposition der Sozialdemokratie als einzige Möglichkeit mitmachen.

Welche Losung muss unter diesen Umständen, angesichts der sich ständig verschlechternden Lage des österreichischen Proletariats, ausgegeben werden ? Offenbar eine dritte Losung, welche die politische Lösung im Interesse der Arbeiterschaft umreisst und von der österreichischen Sozialdemokratie mit vollem Bewusstsein vorenthalten wird, die Losung: Schaffung von Massenorganen als Träger der Weiterentwicklung und Verbreiterung einer Regierung von Proletariervertretern, welche die Forderungen des österreichischen Proletariats zu verwirklichen hat.

Die Majorität des Parteivorstandes hat im Gegensatz zum früheren P.V. diese Losung, welche auf breite Massen des Proletariats in Österreich grossen Eindruck macht, vollständig unter den Tisch fallen lassen. Als nun in der letzten P.V.Sitzung, die am 6.April stattfand, und in der die Fortführung der Aktion für die Frankfurter Forderungen, sowohl im internationalen als auch nationalen Maßstabe zur Erörterung stand, Gen.Friedländer die Annahme dieser wichtigen Losung beantragte, wurde sie <u>abgelehnt</u>.

Gen.Koritschoner, der Vertreter des politischen Büros der Partei und Chefredakteur der R.P. sowie Gen.Tomann, erklärten sich gegen diese von der bisherigen von ihnen proklamierten Haltung abweichende Losung, die alle Leute als gefährliche Losung. Gen.Friedländer betonte, die proletarischen Massenorgane existieren in Österreich. In Österreich gibt es Betriebsräte, die teilweise sogar überwiegend sozialdemokratisch durchsetzt sind. In Österreich gibt es Ortsorganisationen des Proletariats (Schutzbundorganisationen), in welchen Sozialdemokraten und Kommunisten vertreten sind. In Österreich gibt es eine Wehrmacht, in welcher die Mannschaften fast durchwegs Klassenbewusste Proletarier sind. Alle diese Institutionen sind, wenn auch in Österreich bekannt, es ist also klar, dass unter diesen Umständen allein im Interesse der Aufrechterhaltung und Ausbauen all dieser proletarischen Institutionen, der Kampf um eine proletarische Regierung geführt werden sollte und diese von der K.P.Ö. propagiert werden muss. Dafür sprechen noch natürlich die gewichtigen wirtschaftlichen Gründe (Kampf gegen die ungeheuren Massenelend, Zölle, Arbeitslosigkeit, Lohnherabsetzung, usw). Gewiss wird diese Regierung von Proletariervertretern vorläufig eine sozialdemokratische sein, die weiter zu treiben unsere Aufgabe sein würde.

Gen.Koritschoner aber und ihm folgen die Mitglieder der "Mehrheit der K.P.", lehnt die Parole der Arbeiterregierung in Österreich ab, weil „die organisatorischen Voraussetzungen dafür nicht gegeben sind". Was die objektive Lage in Österreich betrifft, sind die Voraussetzungen für eine Arbeiterregierung stärker gegeben als anderswo, allerdings ist die K.P. hier besonders schwach, aber gerade die Parole der Arbeiterregierung, da sie in Österreich die einzige politische Lösung ist, könnte zur Stärkung der K.P.

Österreichs das meiste beitragen.

Die bewusste Ablehnung der wichtigsten Parole der Kommunistischen Internationale bedeutet eine bewusste schwer wiegende Abweichung von der Linie der Komintern und zwar in die Richtung des K.A.P.Konfusionismus. Es ist bemerkenswert, dass die Parole der Arbeiterregierung auch im Rahmen der Internationalen Parolen der Komintern vom Gen.Koritschoner, (der derzeit politischen „Kopf" der K.P.Ö., ganz planmässig totgeschwiegen wird.

Wir glauben wohl wenigstens in diesem Punkte eine deutliche Stellungnahme der Exekutive der Komintern erwarten zu können.

3.) Im Zusammenhange damit, steht auch die Hetze in die Unterorganisationen der K.Partei um zurückgebliebene Aufnahme von Fraktionen. durch Gen.Koritschoner. Gen.Koritschoner und die Hetzer sind dabei so weit gegangen, die von mir vor drei Wochen beantragte Zuspitzung unserer politischen Kampagne auf den Kampf der Gesamtarbeiterschaft, und die Anpassung der Lohne an die gesteigerten Preise, was im Laufe der letzten Wochen infolge der Lohnbewegungen und Lohnkämpfe in allen Branchen akut geworden war, als Fraktionen abzulehnen ! was vom jetzigen Gesichtspunkt aus die konsequente Haltung ist. Die Position, [illegible] Weg politisch abzubiegen, haben wir in und ausser Österreich vorgezeigt, [illegible] dass die Fraktion die Kraft und Mittel [illegible] und [illegible] die Partei niemals rechtzeitig in einer optimalen wirtschaftlichen oder politischen Situation in klarer und eindeutiger Weise Stellung nimmt.

Damit steht auch im Zusammenhange, dass Gen. Koritschoner, wenn er es auch mit Worten abzuschwächen sucht, die Parole der Einheitsfront nur von unten und auch nur auf gewerkschaftlichem Gebiete (ähnlich wie seinerzeit die Genossen um Borilyn) vertritt. Ihm ist die Einheitsfront, der sogenannte oppositionelle Block in Österreich. Auch dies gesteht er natürlich nicht.

Dieses Verhalten des Gen.Koritschoner (der hier von dem Genossen Langer und auch Lukacs unterstützt zu sein scheint), nimmt nicht wunder, wenn man weiss, dass Gen.Koritschoner für die Konfusionen wie Sylvia Pankhurst, Roland Holst etc., besondere Sympathien hat, („Sozialismus und Arbeiterschaft" ist sein Lieblingsbuch) und weil jener eine entsprechende Taktik verfolgt hat. Er ist zwar so klug es in Worten nicht recht wieder haben zu wollen, aber die Praxis beweist es. Für die K.P.Österreichs ist eine solche politische Leitung in hohem Masse unheilvoll. Auch hier ist ein klares Eingreifen der Exekutive notwendig.

Wir möchten übrigens die Exekutive darauf aufmerksam machen, dass es sich für seine Politik, z.B. für die Ablehnung der [illegible] Österreich, ständig auf die Exekutive der K.I., bezw. „auf den internationalen Vertreter in Wien" (Reichin) beruft, was geradezu eine bewusste Irreführung unserer Parteigenossen bedeutet. Auch dem muss in Zukunft der K.I. Einhalt geboten werden.

4.) Mit dieser Haltung der gegenwärtigen Führung der K.P.Ö.auf politischem Gebiete, die tatsächlich zur vollkommenen Passivität und Unfruchtbarkeit auf politischen Gebiete führt, verknüpft sich eine rechtsopportunistische deutliche Tendenz auf gewerkschaftlichem Gebiete, welche noch vielmehr als in politischer Hinsicht,den Unmut eines nicht geringen Teiles der Mitglieder der österreichischen K.P.hervorruft.

Wir könnten hier eine Fülle von Beispielen anführen.Wir verweisen zu diesem Zwecke insbesondere auf die Ausführungen , die in dem maschinellen Schreiben der Genossen Fray und Friedländer an die Exekutive angeführt sind.

Kein Eingreifen unserer führenden Gewerkschaftler, insbesondere unserer Gewerkschaftsabteilung, in den Lohnkämpfen ist zu finden, klare Stellungnahme gegen faulen Kompromissen, welche geschaffen wurden. Das opportunistische Verhalten unserer Gewerkschaftler von Tomann, Ketzlik , Hiehs usw. wird von ihnen als "kluge" Tiktik hingestellt. Natürlich wie bewirkt der Mangel an klarer Stellungnahme,an deutlichen Forderungen, an jedweder organisierten Kampfmethode nach innen und nach aussen, nur das eine,dass die breiten Massen der Arbeiter kein Vertrauen zur K.P.und zu den oppositionellen Gewerkschaftsblocks fassen können. Der Mangel an Führung, den unsere verantwortlichen Gewerkschaftsleiter und Funktionäre, mit sich übrigens auch der selbstständigen Bildung des unmittelbaren Kampfes der Gewerkschaft gebrochen Streikleitungen verbunden in Wien gezeigt, eine der Hauptursachen war für den Mangel jeden planmässigen Kampfes für die Interessen der Arbeiter während der Zeit der Gewerkschaft. Nunmehr aber , nachdem die Masse der Streikenden in einen offenen kommunistisch geführten Verband zusammengefasst sind, fallen unsere führenden Gewerkschaftsführer von einem Extrem ins andere, wollen sie in Form illegaler Zelle wieder in dem Handels-und Verkehrsarbeiterverband zurückbringen, wobei sie an denselben viel zu gemachte Bedingungen stellen und Gefahr laufen zwischen zwei Stühlen zu sitzen, um die Masse der Streikenden,einen unserer wichtigsten Stützpunkte , zu verlieren.

Im Unterschied auch auf gewerkschaftlichem Gebiete genauso wie auf politischen,ein klarer und scharfer Kampf gegen Liquidatorentum, Zelle, gegen die Spaltung , ja Wahrt, seitdem die neue Parteileitung am Ruder ist, ist die Kampfansage gegen die Fraktion, welche in Österreich bisher die meiste Erfolge gebracht hat, die angesagt.

Eine deutliche Stellungnahme der exekutive gegenüber der opportunistischen Taktik unserer Gewerkschaftler ist darum notwendig. Wir betonen, dass wir selbst jedes Mass der Vorsicht auf gewerkschaftlichem Gebiete für notwendig halten, welchen sich mit der Taktik des revolutionären Kampfes verträgt. Aber ein Mass der „Vorsicht" , das die K.P.Ö. revolutionäre Gewerkschaftsbewegung in faulen Kompromissen untergehen macht, wie es geschieht, ist verwerflich.

5.) Hand in Hand mit dieser sachlichen „Methode" von Tomann und Koritschoner, geht weiterhin die Methode der Massregelungen, Mundtotmachungen, Ausschaltung der wertvollsten Kräfte der Partei, welche ihnen persönlich nicht passen. Wir könnten dafür eine Reihe von Beispielen anführen, wollen aber an dieser Stelle die Exekutive nicht mit Einzelheiten belästigen, die wir vorbringen uns jederzeit uns anheischig machen.

Vorigens möchten wir den Umstand hinweisen, dass als politischer Leiterssekretär neuerdings Gen. Wertheim, der von ähnlicher Gesinnung ist wie Koritschoner und von der Parteizentrale(sekretär) im vorletzten Parteitage als für die Partei unmöglich ausgeschaltet wurde, eingesetzt wurde. Diese Kreise die Genossen Koritschoner und Landau, die derzeit übermässig eine starke Rolle bei der Parteileitung spielt, lungen gestärkt. Es scheint uns dies nicht im Interesse der Führung der Partei auf kommunistischer Linie zu liegen.

Die sachlichen und die persönlichen Fehler von Tomann und Koritschoner, die sich summieren, zeitigen natürlich in einer gar nicht grossen Reihe von Parteimitgliedern starken Unmut.

Die sachlichen Einwände und die sachlichen Vorschläge, wie z.B. praktische Arbeitsgemeinschaft und Einheitsfront in Österreich, werden mit einer unglaublichen Oberflächlichkeit und von oben herab behandelt. Es ist klar, dass die Exekutive die gegnerischen Standpunkte unserer Partei darüber anhören soll, dass sein mündliche Verhandlungen über die Frage der Arbeitsgemeinschaft in Österreich unterbleiben, in welchen Fehler klargestellt werden können und müssen. Derzeit hat Österreich keine sachliche Meinung, die anders ist als die Koritschoners und Tomanns, bei uns in breiteren Kreisen gehandelt werden. Die Genossen haben in den letzten Wochen noch nicht eine Vertrauensmännerkonferenz, wo der linke Flügel unterstützt werden könnte, einberufen.

6.) Infolge dieser vielen schwer wiegenden die Linie der K.I. verletzenden Fehler der neuen Parteileitung, ist die Parteisituation in Österreich kritischer als zuvor. Einheit Einheit der Partei mit der Exekutive unbedingt notwendig, damit die Bolschewisierung unserer Partei gefördert werden kann.

Wir schlagen daher vor, dass Vertreter beider Seiten (zunächst je zwei Vertreter) zur Exekutive, womöglich zur erweiterten Exekutive, zwecks Klärung der Differenzen berufen werden, unter Bezugnahme auf Brief der EKKI

Bei dieser Gelegenheit bitten wir, dass die bisherige unpolitische Behandlung der verschiedenen politischen Probleme (dazu gehört übrigens auch die Frage der illegalen Organisation) seitens der Exekutive, die Lage in der K.P.Ö. nur verschlechtert. Wir möchten bitten, dass der Referent für die österreichische Frage sich durch keine die immer gespannte subjektive Einstellung, sondern durch eine objektive Beurteilung der Sachlage leiten lässt.

Mit kommunistischem Gruss

Express

Wien, den 12. April 1923,
mittags.

Werter Genosse !

Laut uns zugegangenem Bericht, dass der Streik der Bergarbeiter von den Gewerkschaftsbürokraten bereits abgebremst ist, haben wir an die Bergarbeiter Steiermarks Flugblätter herausgegeben. Von diesen Flugblättern haben wir Dir heute morgens einige Exemplare per Post zur Verteilung an die Bergarbeiter Deines Reviers zugesandt. Da nun der Streik durch die Kampfentschlossenheit der Bergarbeiter noch nicht zu Ende ist, können die an Dich gesandten Flugblätter auf keinen Fall zur Verteilung gebracht werden. Bitte daher dieselben vorläufig bis zur Beendigung des Streiks zurückzuhalten.

Mit proletarischem Gruss:

K. Tscherning

Zentr.

Erklärung der Jugenddelegation zum Punkt Wahlen.

Bei der jetzigen Situation in der Partei, bei dem Stimmverhältnis auf dem Landesparteitag (15:21) ist die Jugenddelegation der Ansicht, dass die Wiener Landesleitung nach Uebereinkommen proporzionell zusammengesetzt sein soll, wobei selbstverständlich die fähigsten Genossen herangezogen werden müssen.

Wir befinden uns hier in einer Linie, mit der Ansicht und den Gepflogenheiten der Kommunistischen Internationale, wie es bei ähnlichen Anlässen bereits zum Ausdruck gekommen ist.

Wir hoffen, dass der Landesparteitag die Wahl in diesem Sinne vornehmen wird um der Partei von vornherein die Möglichkeit zu guter sachlicher Arbeit zu geben.

Antrag Polser

Der Landesparteitag hält es für notwendig, dass in der gegenwärtigen Situation in der Propaganda für den Betriebsrätekongress die Auseinandersetzung der Bedeutung der Arbeiterregierung sowohl in Partei als auch in Presse, als auch in Versammlungen vorbereitet werden muss.

Eventualantrag .

Der Landesparteitag hält es für notwendig, dass in der gegenwärtigen Situation die Propaganda für die Forderung der Arbeiterregierung sowohl in der Partei als auch in der Presse als auch in den Versammlungen aufgenommen werden muss.

Interpellation an die Landesleitung

Licht.

Im Verlaufe der seit dem Parteitag verflossenen F Wochen haben sich folgende Vorfälle ereignet.

1. Ausschaltung von Gen. vom referieren ohne stichhältigen Grund.

Eine ganze Reihe von Gen., die in der Partei als verzügliche Referenten bekannt sind, so die Gen. Fret Friedländer, Lehri u.s.w. wurden durch den Parteivorstand vom referieren ferngehalten. Dies geschieht vollkommen planmässig ohne jeden stichhältigen Grund in parteiisch durchaus parteischädigender Weise.

2. Parteiischer Missbrauch der "roten Fahne".

Im Bericht über den Parteitag wurde nicht nur der persönliche Teil der Debatte- das war richtig-, sondern auch der rein sachliche Teil der Debatte einfach unterschlagen.

Im Berichte über die Massenkundgebung der Jugend und Soldaten, vom 14. März wurde wohl die Rede des Parteivorstandsvertreters ausführlich gebracht, dagegen wurde die Rede des Jugendvertreters Neumann unterschlagen und nicht einmal sein Name genannt. Die Rede des Soldatenvertreters Gruber wurde unterschlagen und nicht einmal sein Name genannt. Auch der Name des Vorsitzenden der Kundgebung des Gen. Schlamm wurde verschwiegen.

Der Bericht über den Jugendkongress, der am 9. März abgehalten wurde, wurde unterschlagen. Nicht nur die Debatte auf dem Jugendkongress, sondern sogar die Beschlüsse, ja selbst das Resultat der Wahlen, die Zusammensetzung der Jugendzentrale wurde den Parteimitgliedern vorenthalten.

3. Missbrauch des Vetorechtes in statutenbrecherischer Weise.

Durch Anwendung des Vetorechtes hat Gen. Ieman versucht, die Fraktion der Kommunistischen Studenten zu zwingen von der Wahl des Gen. Rädlagl zum Vorsitzenden abzusehen weil Gen. Rädlagl gegen Ieman eingestellt sei. Das ist ein aufgelegter Bruch der Statuten. Das Vetorecht ist nur zulässig gegenüber Beschlüssen, nicht aber gegenüber Wahlen. Wenn dem Parteivorstand das Vetorecht gegenüber Wahlen zustünde, so wäre der demokratische Zentralismus ein Schwindel. Der demokratische Zentralismus besteht darin, dass die Instanzen der Partei mit grosser Autorität ausgestattet sind, dass sie aber durch freie Wahl der Mitglieder gebildet werden.

Es liegt aber noch ein weiterer Missbrauch des Vetorechtes vor. Als die Fraktion der Kommunistischen Studenten ihren Vorstand ordnungsmässig gewählt hatte, hat der P.V. versucht der Komm. Studentenfraktion den Gen. Rapps als ständigen Beauftragten mit Vetorecht aufzuzwingen. Das ist ein schwerer Verstoss gegen den Sinn und Zweck des Vetorechtes. Das Vetorecht ist ein Recht der Parteiinstanzen, das nur für ganz ausserordentliche Fälle bestimmt ist und nicht ein Recht zum ständigen Gebrauch. Ferner: Wenn der Parteivorstand schon jeden mit dem Recht betraut, das Vetorecht auszuüben, so muss er Personen wählen, die in dem betreffenden Kreise über ein gewisses Ansehen verfügen, nicht aber wie im vorliegendem Falle einen Gen. von dem die überwältigende Mehrheit der Komm. Studenten nicht das Geringste wissen will.

b. Der Fall Schauer.

In der Obmannerkonferenz am 12.März [illegible] hat Gen.Schauer der Obmann des 5.Bezirkes unter dem 2.Punkte der Tagesordnung(Eventuelles),nachdem der 1.Punkt Vorbereitung der Massenkundgebung für den 18.März vollkomme erledigt war und vor ihm und schon vier Rednern zu diesem zum zweiten Punkt gesprochen haben,Kritik geübt an der ungerechtfertigte n Massregelung des Gen.Stern,derals erfahrener Journalist - er ist jetzt Chefredakteur des deutschen Zentralorganes der Komm.Partei der Tschechoslovakei- aus dem Dienste der Partei entlassen worden ist,während an seiner Stelle Gen.Spitz angestellt wurde,der kaum ein Jahr in der Arbeiterbewegung steht und sich gegenüber Schauer,der kommunistisches Mitglied der Arbeiterkammer ist,geaeussert hat,er sei nur dann bereit über die Arbeiterkammersitzungen Berichte zu machen,wenn die Partei dafür zahle.Provoziert durch Gen.Tomann ist Gen.Schauer zu sprechen gekommen,auf Vorgänge bei der Vereinigung der Föderation revolutionarer Sozialisten mit der K.P.Oe.im Jahre 1919.Dabei sagte er,er seien damals einigen Gen.Parteistellungen versprochen worden.Deshalb nun wurde Gen.Schauer nicht nur vor ein Parteigericht gestellt,sondern ausserdem noch seiner Funktion als Obmann der Lokalorganisation Margarethen enthoben,mit der Begründung,er habe durch seine Kritik die Vorbereitung der Aktion am 18.März gestört.

Diese Suspendierung bedeutet nichts anderes,als dass der Parteivorstand den Obmännern das Recht der Kritik in den Obmännerkonferenzen nehmen will.Das ist eine Einschränkung der statutarischen Rechte der Lokalobmänner und damit auch der Lokalorganisationen.Diese Suspendierung bedeutet aber auch,dass unter der gegenwärtigen Parteileitung jeder Funktionär,der es auch nur im entferntesten wagt,ein Wort der Kritik auszusprechen,in der Gefahr steht unter den nichtigsten Vorwänden suspendiert zu werden.

5. Eine Deputation der Lokalorganisation Margarethen,die beim Gen.Tomann vorsprach,um eine Resolution der Mitgliederversammlung zu überreichen,da Gen.Tomann erklärt:"Ihr könnt Resolutionen schicken so viel Ihr wollt,sie werden nicht beachtet werden."Das ist eine Missachtung und Verhöhnung der Willenseinung der Mitglieder einer ganzen Lokalorganisation.

c. Der Fall Pschierer und Genossen.

Vier Mitglieder der Lokalorganisation Linz, und zwar deren Obmann Genosse Pschierer und deren Funktionäre Katie Wernbacher und Genossin Verovsek sind über Einladung der Lokalorganisation Lambach zu deren Mitgliederversammlung als Gäste erschienen und sind deshalb vom P.V.in vollkommen statutenwidriger Weise ihrer sämtlichen Funktionen enthoben worden.

Es ist das statutarische Recht jeder Lokalorganisation Mitglieder einer anderen Lokalorganisation als Gäste einladen zu dürfen,es ist das Recht jedes Parteimitgliedes auch den internen Veranstaltungen einer Lokalorganisation zuhören,ja sogar beratend teilzunehmen,w e n n die betreffende Lokalorganisation ihm das gestattet.Die Suspendierung der vier Linzer Gen.ist ein schwerer Statutenbruch,eine schwere Verletzung der Rechte der Lokalorganisation Lambach und der Parteimitgliederrechte der Gen.Pschierer,Katie Wernbacher und Verosek.

Wenn es wahr sein sollte,dass die Landesleitung Oberoesterreich den vier Linzer Gen.untersagt habe an der Mit-

Schönfeld, 21 Sept!

Mitgliederversammlung Lambach teilzunehmen obwohl die vier Gen. von der Lokalorganisation eingeladen worden sind, so hat die Landesleitung Oberoesterreich ihre Befugnis in statutenwidriger Weise überschritten und muss vom P.V. zur Verantwortung gezogen werden. Der Fall der Linzer Gen. ist ein prinzipieller Fall. Es ist das Recht jedes Wiener Gen. an den Veranstaltungen einer Lokalorganisation als Gast sei es als Zuhörer, sei es beratend, teilzunehmen, wenn die betreffende Lokalorganisation ihm das gestattet. Das Recht, das ein Recht ist jeder Lokalorganisation und jedes Parteimitgliedes darf weder der P.V. noch die Landesleitung antasten. Dieses Recht bildet einen eisenen Bestandteil der Parteidemokratie. Solange nicht durch ein ausdrückliches Verbot im Parteistatut den Lokalorganisationen und Parteimitgliedern dieses Recht genommen wird, sind Suspendierungen wegen Ausuebungen dieses Rechtes ein Bruch der Statuten.

7. Der Genosse Schauer wurde weil das parteigerichtliche Verfahren gegen ihn eingeleitet wurde vom Parteivorstand automatisch seiner Funktion suspendiert. Wir sind der Ansicht, dass die Einleitung des parteigerichtlichen Verfahrens nur dann die Suspendierung rechtfertigt, wenn gegen einen Gen. ein solcher Verdacht vorliegt, das mit Recht angenommen werden kann die weitere Ausuebung irgend einer Funktion durch den betreffenden Genossen sei eine Gefahr fuer die Partei.

Wenn aber schon einmal Genosse Schauer suspendiert worden ist, einzig und allein aus dem formalen Grunde weil gegen ihn das parteigerichtliche Verfahren eingeleitet wurde, warum ist bis heute Genosse Polzer in allen möglichen Funktionen? Warum wurde er noch in den letzten Tagen zum Reichssekretär für Organisation und zum Soldatensekretär ernannt, obwohl gegen ihn seit zwei Monaten ein parteigerichtliches Verfahren schwebt. Warum Gen.

~~Suspendierung gegen Genossen Schauer, das ja Suspendierung gegen P~~
Haidt in seiner Funktion gelassen, obwohl gegen ihn seit mehr als zwei Monaten ein Verfahren schwebt.

Suspendierung gegen Genossen Schauer, das ja! Gegen Polzer und Haidt, das nein! Das beweist, dass das Recht der Suspendierung vom gegenwärtigen P.V. in vollkommen parteiischer und parteischädigender Weise missbraucht wird.

8. Eine Anzahl von Parteimitgliedern, darunter auch eine Anzahl von Mitgliedern des P.V. hat sich seit einiger Zeit die Methode zurechtgelegt, jenen tschechischen Genossen die manche Schritte des neuen P.V. kritische gegenueberstehen einfach als Nationalisten zu beschimpfen. Ein solches Vorgehen ist geeignet die tschechischen Genossen abzustossen, ihnen die Lust an der Parteiarbeit zu nehmen und so die Partei schwer zu schädigen.

9. Der P.V. hat vor 14 Tage ein Rundschreiben ausgeschickt, worin verfuegt wird, dass alle Parteimitglieder sich dort organisieren muessen, wo sie wohnen. Dieses Rundschreiben ist vollkommen statutarisch. Unstatutarisch jedoch ist es, dass der P.V. dieses Rundschreiben parteiisch anwendet. In der Leopoldstadt wurden zum Beispiel die Gen. Schönfelder, Genossin Koenig u.s.w. gezwungen den Bezirk, in dem sie seit mehr als drei Jahren arbeiten sofort zu verlassen und es wurde ihre Wahl in den Lokalausschuss vom Genossen Tomann verhindert. Dagegen ist der Gen. Mayer noch heute Ottmann von Hernals obwohl er in Ott akring wohnt, der Gen. Gruner noch heute im Lokalausschuss Hernals obwohl er in Heidling wohnt, der Genosse Glück noch heute im Lokalausschuss Rudolfsheim, obwohl er in Hitzing wohnt.

Schönfelder, Gen. Gast!

10. Zwei Mitglieder des gegenwärtigen Parteivorstandes haben soviele Funktionen kommuliert, dass sie keine Funktion ausueben koennen, und dadurch die Partei schwer geschaedigt wird. So hat der Gen. Agritschoner folgende Funktionen kommuliert: Vorsitzender der Partei, Vorsitzender des Beibuero, Chefredakteur international Berichterstattung und Mitglied des Gewerkschaftsrates. Ausserdem hat er noch eine Reihe von Funktionen. Gen. Tomann hat folgende Funktionen kummuliert: Vorsitzender der Partei, Vorsitzender des Orgbuero, internationale Berichterstattung an die Profintern, Gewerkschaftssekretar, Mitglied des Gewerkschaftsrates.

11. Der Leiter der Administration Schlesinger hat den Vertrauensmann und Betriebsrat der Austräger, der pflichtgemass im Auftrage der Kollegen bei ihm intervenierte entlassen. Dadurch hat Schlesinger die gewerkschaftlichen Rechte der organisierten Austräger verletzt und den Gegnern der Partei und der roten Gewerkschaftsbewegung eine gefährliche Angriffswaffe in die Hand gegeben.

12. Gleich nach dem Parteitag hat der neue P.V. fast saemtliche Parteiangestellte, die auf der Linie der alten P.V. Mehrheit gestanden sind, kurzerhand aus dem Dienst der Partei entlassen. Die Mitglieder der jetzigen P.V. Mehrheit haben vor, auf und selbst nach dem Parteitag die Ansicht vertreten, es seien keine sachlichen Differenzen vorhanden. Die neue P.V. Mehrheit hat also diese Parteiangestellten, deren Qualifikation ausser Zweifel steht nicht aus unsachlichen Gruenden entlassen.

Aber auch mit Abbauzwecken koennen diese Entlassungen nicht begruendet werden, denn es wurden einige Genossen vollkommen neu eingestellt, zum Beispiel Spitz und Polzer. Die Entlassungen sind also nichts anderes als durch nichts gerechtfertigte Massregelungen.

Diese Massregelungen sind eine schwere Schädigung der Partei, nicht zuletzt dadurch weil die entlassenen Genossen vielfach durch sehr wenig fähige Genossen ersetzt wurden. Der Gen. Brodnig, der ein guter Agitator ist hat als Kreissekretär im seinerzeitigen Kreis St. Poelten den Beweis erbracht, dass er nicht die geringsten Fähigkeiten zu einer Sekretärsfunktion besitzt. Trotzdem wurde Genosse Fabri, der sein Amt zur Zufriedenheit ausgeuebt hat, kurzerhand enthoben und durch Genossen Brodnig ersetzt.

Ich frage nun an: Sind diese Tatsachen der Landesleitung bekannt und was gedenkt sie zu tun, um derartige Statutenbrueche und Parteischadigungen hintanzuhalten. Ich ersuche um Antwort auf jede dieser Fragen. Ausserdem stelle ich folgende drei Antraege: 1. Der Landesparteitag erwartet, dass der P.V. die Suspendierung des Genossen Schauer, die eine schwere Verletzung des Rechtes der Kritik ist, unverzueglich zurueckziehen wird.

2. Der Landesparteitag erwartet, dass es der P.V. in Zukunft unterlassen wird einerseits das Recht der Lokalorganisation Parteimitglieder als Gasteinzuladen, anderseits das Recht jedes Mitgliedes sich auch an den internen Veranstaltungen einer anderen Lokalorganisation zuhörend, ja sogar beratend zu beteiligen- wenn die betreffende Lokalorganisation es ihm gestattet, anzutasten. Der Landesparteitag erwartet, dass der P.V. die statutenwidrige Suspendierung der Gen. Pschierer, Katis Ernaecher und Verosek unverzueglich rueckgängig machen werde.

3. Obzwarder Parteivorstand zweifellos das formale Recht hat, den Landessekretär abzusetzen und einen anderen Sekretär zu bestimmen, erklärt der Parteitag: Die Einsetzung des Genossen Brödnig zum Wiener Landessekretär ist tatsächlich nicht gerechtfertigt, da ihm die Fähigkeit zu dieser Funktion nachgewiesener Massen fehlt. Die Absetzung des Genossen Fabri ist sachlich nicht gerechtfertigt. Der Landesparteitag wuenscht, dass der Genosse Fabri weiderum als Sekretär von Wien fubgiert und er erwartet, dass der Parteivorstand diesem Wunsche Rechnung tragen wird, indem er den Genossen Fabrip ohne Verzug wieder zum Landessekretär von Wien bestimmt.

Resolution zu Punkt 2

1. Im Kampfe gegen den Imperialismus, gegen die Gefahr des Faszismus von dem das Proletariat der ganzen Welt, soweit es nicht bereits vom Faszismus niedergetreten wird, immer furchtbarer bedroht wird, im Kampfe gegen die wachsenden wirtschaftlichen Nöte, die die Arbeiter, Angestellten und Beamten aller Länder immer unerträglicher bedrückt hat das Proletariat Oesterreichs sehr wichtige Aufgaben zu erfüllen. Diese Aufgaben sind gegeben durch die Bedeutung Oesterreichs im Mittelpunkt der Kräfte, Kollision der Entente in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht, das sich in der Verelendung und Auspressungspressung der arbeitenden Bevölkerung Oesterreichs ausdrückt als Stützpunkt der internationalen Reaktion, als militärisches Aufmarschgebiet als begehrte Beute mehrer militärischer stärkerer Nachbarstaaten, welche durch die eigenen innenpolitischen reaktionären Kräfte, die in Oesterreich immer beherrschender werden und zum gewaltsamen Umsturz nach ihrem Muster rüsten. Endlich durch die noch immer bedeutende Stärke des oesterreichischen Industrieproletariats, das nicht nur die inneren Gefahren abwehren, sondern auch dem übrigen Proletariat insbesondere des mittleren und südlichen Europa wirksame Hilfe zu leisten in der Lage ist.

2. Unter diesen Umständen ist es Aufgabe der K.P.Oe. in den grossen und kleinen Kämpfen, Gesamt- und Teilaktionen, die das oesterreichische Proletariat zur Abwehr der gegebenen Gefahren auf politischen und wirtschaftlichem Gebiete führen muss, den Weg zu weisen und voranzugehen.

Insbesondere hat die K.P.Oe. im Kampfe gegen den Faszismus dafür zu wirken, dass die bestehenden Ordnerorganisationen zu bewaffneten und wirklich wehrhaften Massenorganisationen des gesamten Proletariats mit grösster Beschleunigung ausgebaut werden (Parteiintern!: wobei die Pflicht zur Fraktion der Kommunisten innerhalb der Ordner wohl geboten ist und dass sie gegenüber den rüstenden Faszisten rechtzeitig und mit aller Energie eingesetzt werden, so dass deren Aufmarsch in Österreich vereitelt wird. Alle in Betracht kommenden

[illegible] ausgeschaltet, klare Fortschritte auftreten.

Die K.P.C. hat weiters [illegible] die wirtschaftlichen Nöte, [illegible] die fortgesetzte Teuerung, [illegible] Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und [illegible] verbundene Hungersnot, gegen die Verelendung der Arbeiterklasse, gegen die Vergewaltigung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, gegen die Fascistendiktatur des Staates [illegible] Kampf zu führen, und zwar müssen sie dies so tun, dass die Partei und ihre Organe politisch und taktisch [illegible] den Kampf in bestimmter Weise auf die jeweils [illegible] Schwerpunkte konzentrieren. Nach innen und nach aussen, vom Betrieb und von oben, mit allen entsprechenden Mitteln muss die Partei gegen die [illegible] wirtschaftlichen Prozess aktiv [illegible], die richtige Forderung der Arbeiterschaft [illegible] und noch vor entscheidenden Beratungen und Beschlüssen der politischen und gewerkschaftlichen Gebiete [illegible] Druck auf die [illegible] und [illegible] ausüben.

3. Der Landesparteitag stellt fest, dass der P.V. seit Stattfinden der Parteitagen in einer Reihe von Fällen, wie beispielsweise bezüglich der Teuerung, der Warenumsatzsteuer, Zolltarifnovelle, der Lohnkämpfe im März (der R.G. hat den Lohnkampf der Metallarbeiter geradezu totgeschwiegen) weder planmässig, noch rechtzeitig, noch mit klaren Forderungen innerhalb der kommunistischen und proletarischen Organisationen und nach aussen eingetreten, sondern den Ereignissen nachgehinkt ist und sich an faulen Kompromissen mitschuldig gemacht. Dadurch hat die Partei nicht in dem Masse, als es notwendig wäre das Vertrauen breiter Massen gewonnen.

Der Landesparteitag erwartet, dass der P.V. der passiven und rechtsopportunistischen Tendenz auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Kampfeinheit gebietet und fernerhin im kommunistischen Sinne Politik treiben wird.

4. In der gegenwärtigen Situation ist es Pflicht der K.P.Oe. gegenüber der oesterreichischen Socialdemokratie, die das Proletariat vollkommen im Dunkeln tappen lässt, die Mittel zur Durchführung der proletarischen Forderungen klar und deutlich vor Augen zu führen. Die K.P.Oe. hat unablässig zu kämpfen für den allgemeinen Betriebsrätekongress, der den Willen des Gesamtproletariats zum Ausdruck zu bringen und das gesamte Proletariat im Kampfe für seine Forderungen zu führen hat. Die K.P.Oe. hat überdies in der gegenwärtigen Entwicklung mit aller Energie gegen die bürgerliche Klassenregierung, welche den Faszismus in Oesterreich den Weg bahnt, zu kämpfen und an ihre Stelle die Einsetzung einer Regierung von Proletarvertretern zu fordern, welche die Forderungen des Proletariats durch Kampf gegen die Bourgeoisie, gestützt auf die Ordner, Betriebsräteorganisationen und ähnlichen Organisationen zu verwirklichen habe. Die Seipelregierung bedroht die Ordnerorganisation, die Betriebsräte, die Fabriksräte, verunklärt und zertritt mit dem Peitsche der Genfer Konvention die breiten proletarischen Massen. Während die S.P. dem Proletariat keinen Ausweg zeigt, und vor der „Diktatur" von rechts oder links warnt ist es unsere Aufgabe, dem Proletariat und der Arbeiterregierung, die die Kommunisten vorwärts zu treiben haben werden, den den Ausweg aus seiner furchtbaren Lage zu zeigen.

Was uns darüber zu trösten, dass eine sozialdemokratische Regierung in Österreich noch lange keine Arbeiterregierung ist, eröffnet sich doch

Resolution Friedländer.

Fortsetzung 4.) die Tatsache, daß der Vorstoß des Proletariats [illegible] die K.P.Os. es verstehen wird, eine klare kommunistische Politik zu treiben.

Das Ueberwiegende Proletariat des Werk muß die Forderung der Arbeiterregierung durchführen.

Die subjektive Schwäche der K.P.Os. ist keine Hinderung für die Erhebung der Forderung der Arbeiterregierung. Der Kampf für die Forderung ist vielmehr geeignet, die K.P.Os. zu stärken, und Vertrauen bei den Massen der Arbeiter, die keinen Ausweg sehen, zu werben.

Die Frontstellung für die Arbeiterregierung in Gegensatz liegt in der Linie der Beschlüsse des 4. Kongresses der Komm. Intern. und des 6. Parteitages der K.P.Os.

6. Der Landesparteitag stellt fest, dass die bereits vor dem letzten Parteitag auf Grund der Folgen der Genfer Konvention einseitige monatelange Propaganda für die Forderung der Arbeiterregierung trotz der in diesem Sinne gefassten Resolution auf dem Parteitag vom P.V. vollste eingestellt wurde. Dies ist eine scharfe Abweichung sowohl von der Linie der Partei als auch von der Linie der Komintern.

Eine gleiche Abweichung ist bezügl. der Einheitsfronttaktik überhaupt - deren Konsequenz die Forderung der Arbeiterregierung ist - auf politischem Gebiete zu konstatieren, denn diese vom P.V. auch im ersten einheitlichen Kampf des Gesamtproletariats erfordernden Situationen nicht angegangen wurde.

Der Landesparteitag erwartet, dass der P.V. diese ernsteste Abweichung von der Linie der Komintern und des VI. Parteitages der K.P.Oe. wieder gutmachen und die systematische Anwendung der Einheitsfronttaktik sowie die systematische Propaganda für die Beseitigung der Beipelregierung und Herbeiführung einer Arbeiterregierung betreiben wird.

AntragN

Der Landesparteitag stellt fest, dass statutarisch die Landesleitung nr aus den vom Landesparteitag gewaehlten Genossen besteht. Der Parteivorstand hatte das Recht, die Genossen Prielaender, Riehs, Gruber Stroemer, Richter as der Landesleitungabzuberufen, er hatte aber nicht das Recht Tneue Mitglieder aus seiner Mitte in die Landesleitung einzusetzen. Der Landesparteitag stellt daher fest, dass die Landesleitung bis zur Neuwahl gegenwaertig nur aus den Genossen Matschinger, Wassilow Docanek und Hladek besteht. Es hat daher kein anderer Genosse das Recht den Landesparteitag zu eröffnen, als diese 4 Landesleitungsmitglieder und ist dieer alten Landesleitung bis zur Neuwahl des Präsidiums der Vorsitz zu übergeben.

Antrag F R E Y

Der Landesparteitag erklärt:

Damit sich solche Fälle, wie der Fall Hubl und der Fall Riess nicht wiederholen, ist es notwendig, dass die Gewerkschaftsabteilung bei jeder Lohnverhandlung iniatiativ eingreift und insbesondere für die Obmännerkonferenz der Metallarbeiter die kommunistische Metallarbeiterfraktion mit einem konkreten schriftlich formulierten Antrag versieht.

Anträge Wien

1. Der Landesparteitag erwartet, dass der P.V. die Suspendierung des Gen.Schauer, die eine schwere Verletzung des Rechtes der Kritik ist unverzüglich zurückziehen wird.

2. Der Landesparteitag erwartet, dass der P.V., in Hinkunft unterlassen wird, einerseits das Recht der Lokalorganisationen Parteimitglieder als Gäste einzuladen, andererseits das Recht jedes Mitgliedes sich auch mit den internen Veranstaltungen einer anderen Lokalorganisation anhörend, ja sogar beratend zu beteiligen wenn die betreffende Lokalorganisation es ihm gestattet, anzutasten. Der Landesparteitag erwartet, dass der P.V. die statutenwidrige Suspendierung der Gen.Pschirer, Matäs, Erabechery und Varosek unverzüglich rückgängig machen werde.

3. Obwar der P.V. das formelle Recht, den Landessekretär und einen anderen Sekretär zu bestimmen, erklärt der Parteitag: die Einsetzung des Gen.Brodnig zum Fr. Landessekretär ist tatsächlich nicht gerechtfertigt, da ihm die Fähigkeit zu dieser Funktion nachgewiesener Massen fehlt. Die Absetzung des Gen. Fabri ist sachlich nicht gerechtfertigt. Der Landesparteitag wünscht, dass der Gen.Fabri wiederum als Sekretär von Wien fungiert und er erwartet, dass der P.V. demgemäß diesem Wunsche Rechnung tragen wird, indem er den Gen. Fabri ohne Verzug wieder zum Landessekretär von Wien bestimmt.

Abänderungsantrag Frey zu § 8 II.Satz

Zu denselben delegieren die Lokalorganisationen nach folgendem Schlüssel. Lokalorganisationen von 75 - 100 Mitglieder für jo weitere hundert Mitglieder e nen Delegierten mehr, 75 oder mehr Mitglieder gelten als voll.

Antrag der Landesleitung Wien zur Regelung der Monatsbeiträge der Arbeitslosen.

Nachdem in dem Lokalorganisationen die Einhebung von Beträgen zur Deckung der Differenz auf die Monatsbeiträge der Arbeitslosen verschiedenartig erfolgt, eine einheitliche Regelung der Frage jedoch unbedingt geboten erscheint, stellt die Landesleitung folgenden Antrag:

Die Idealmarken, welche bis jetzt um den Betrag von K 100 abgesetzt wurden und dieser Betrag zur Gänze der Reichskassa zufloss, soll vom 1.Mai d.J. an um K 500 verkauft werden. Nach wie vor müssen 100 K an die Reichskassa abgeführt werden, die verbleibenden 400 K, jedoch von den Organisationen zur Deckung der Differenz auf die Mitgliedsbeiträge der Arbeitslosen Mitglieder verwendet werden.

Für die Landesleitzung:

An die Redaktion der Roten Fahne zu Handen des Chefredakteurs
des Gen. Koritschoner.

Ich ersuche um Einschaltung folgender Richtigstellung in der morgigen Roten FahneNN:

In dem gestrigen Bericht der Roten Fahne über die politische Debatte auf dem Landesparteitag ist meine Rede in einer Form wiedergegeben, dieden Sinn meiner Ausführungen auf den Kopf stellt, wenn sich der Berichterstatter schon damit begnügt hat nur das wiederzugeben, was ich über die Warenumsatzsteuer und die Zollverordnungen gesagt habe und die anderen viel wichtigeren Punkte meiner Kritik über die gewerkschaftliche Taktik und über die Frage der Arbeiterregierung übergangen hat, so hätte er wenigstens richtig berichten müssen. Ich stelle daher fest:

1.) Nicht das habe ich ausgestellt, dass der Kampf gegen die Warenumsatzsteuer nicht zugespitzt worden sei, sondern ich habe der Parteileitung vorgehalten, dass sie sich damit begnügt hat über die Warenumsatzsteuer einfach nur zu berichten statt gegen ihre Gesetzwerdung anzukämpfen, anzukämpfen solange es Zeit war, nämlich bis zum 11. März. An diesem Tag wurde die Warenumsatzsteuer im A.U.K. angenommen und jetzt erst, nachdem die Warenumsatzsteuer im AUK angenommen war, also als es bereits zu spät war, da erst hat die neue Parteileitung den Kampf gegen die Warenumsatzsteuer aufgenommen.

2.) Ich habe nicht gesagt, die Partei hatte die Regierung zwingen müssen die Verordnung zurückzuziehen. Vielmehr habe ich folgendes ausgeführt:

Zweimal schon hat sich die Regierung infolge unserer intensiven Gegenpropaganda nicht getraut die Warenumsatzsteuervorlage vorzulegen. Wenn wir als Partei die Kraft nicht hatten, die Warenumsatzsteuer zu verhindern, mit der blossen Berichterstattung durften wir uns keinesfalls begnügen, sondern das Mindeste was wir tun mussten das war gegen die Warenumsatzsteuer anzukämpfen, versteht sich nach unseren Kräften. Ja die Partei hat anzukämpfen begonnen, aber erst nach dem 11. März. So wurde die Warenumsatzsteuer angenommen, ohne rechtzeitig den Widerstand der K.P. dagegen zu organisieren.

3.) Genau dieselben Fehler sind gemacht worden gegenüber den Zollverordnungen betreffend die Lebensmittelzölle und den Kaffee- und Zuckerzoll. Beide Zollverordnungen wurden angenommen ohne dass die Partei rechtzeitig zum Widerstand dagegen auch nur gerufen hätte. Erst als die Zollverordnungen im AUK angenommen waren, da erst hat die Partei zum Kampf gegen die Zölle gerufen.

4.) Ich habe nicht gesagt, dass die Partei in der Arbeiterkammer von der Linie der Internationale abgewichen sei.

In Bezug auf die Arbeiterkammer habe ich gesagt, dass die kommunistischen Mandatare nicht schweigen sondern stets dem reformistischen den kommunistischen Standpunkt entgegenstellen müssen.

Das Abweichen von der Linie habe ich dargelegt in Bezug auf das Verhalten der Partei zur Losung der Arbeiterregierung seit dem Parteitag bis zum Landesparteitag.

Wien, 18. März 1923. Mit kommunistischem Gruss

Auch der heutige Bericht über die politische Debatte auf dem Landesparteitag ist unrichtig. Diese Art der Berichterstattung muss zwangsläufig die Gegensätze in der Partei, statt sie zu mildern, immer mehr verschärfen. Es handelt sich um sachliche Meinungsverschiedenheiten, um sachliche Kritik. Es ist das Interesse der Partei, dass eine solche Kritik nicht unterdrückt wird, weil nur so Klärung herbeigeführt werden kann. Ich verlange kategorisch die Aufnahme folgender Richtigstellung in die nächste Nummer der Roten Fahne:

1.) In der Roten Fahne vom 7. März, der letzten Nummer, die noch Thalheimer redigiert hat, war nicht bloss die Losung aufgestellt: "Die Warenumsatzsteuer muss verhindert werden" sondern die Losung hiess dann weiter: "die Gesammtarbeiterschaft muss ultimativ unter Androhung des schärfsten Kampfes die sofortige Zurückziehung des Gesetzes verlangen". Nach dem 7. März, als die neue Parteileitung das Blatt übernahm, da hat sie bis 11. März, dem Tag der Annahme der Verordnung im AOK sich mit blos der Berichterstattung begnügt und erst nachher gegen die warenumsatzsteuer anzukämpfen begonnen, als es schon zu spät war.

2.) Nach Abschluss des Kampfes der Postler am 25. März schrieb die R.F. im Leitartikel: "der Vorstoss gegen die Postler scheint mit einer Blamage der Regierung zu enden" und im Spitzenartikel derselben Nummer schreibt sie das Gegenteil, nämlich: "im Sinne Seipels sind die Postler bedingungslos zur vollen Arbeit zurückgekehrt".

3.) Was meine gewerkschaftliche Kritik betrifft, so geht es im Interesse der Partei nicht an über folgende zwei Opportunistische Abweichungen schweigend hinwegzugehen:

a.) Am 27. März haben die Vertrauensmänner des revolutionären Metallarbeiterblocks die 15 % Lohnerhöhung als Mindest Forderung, nach Beratung mit den Betriebsräten, festgehalten werden müsse.

In der Obmännerkonferenz am 28. März hat nun Riess für die 5'2 % gestimmt.

Am 30. März hat die R.F. zu den Ergebnissen der Obmännerkonferenz der Metallarbeiter wie folgt Stellung genommen: "In der gestrigen Obmännerkonferenz wurde ein Abschluss mit 5'2 % genehmigt und damit zum zweitenmale ein gewerkschaftliches Prinzip preisgegeben... der Index ist preisgegeben... die Arbeiterschaft wird sich auf diesen Kuhhandel nicht einlassen... die österreichischen Arbeiter werden den Kampf aufnehmen für die Lohnerhöhung von 15 %....."

Der Fall Riess ist viel ärger als der seinerzeitige Fall Hubl, denn Riess ist Vorsitzender der Partei, Vorsitzender des revolutionären Gewerkschaftsrates, Vorsitzender des Metallarbeiterblocks. Durch seinen opportunistisches Verhalten wird also die gesamte kommunistische und oppositionelle Bewegung schwer geschädigt. Es geht nicht an, dass die Partei zu solchen schweren Verfehlungen schweigt und sich durch ihr Schweigen mitschuldig macht.

b.) Im Aufruf am 23.) März schreibt die R.F. : "Die Löhne müssen um mindestens 15 % erhöht werden... die Arbeiterschaft hat darauf zu achten, dass nicht wie bereits bei den Textilarbitern ein faules Kompromis abgeschlossen werde..."

Nun wer hat dieses faule Kompromis bei den Textilarbeitern abgeschlossen? Das Lohnkommitee der Textilarbeiter. Aber im Lohnkomitee der Textilarbeiter sitzen die Kommunisten Glass und Maier Moritz, der letztere Mitglied des Parteivorstandes.

Entweder die zwei Genossen haben Stellung genommen gegen das faule Kompromiss, dann gehört ihre Stellungnahme in die R.F.

Oder sie haben dem faulen Kompromiss zugestimmt, dann muss ihr Verhalten in der R.F. kritisiert werden.

Oder das Kompromiss ist nicht faul, dann muss das Kompromis in der R.F. vor den Arbeitern begründet werden und ausserdem muss der Chefredakteur der R.F. gerügt werden warum er das Kompromis dennoch "faul" genannt hat.

Eines von diesen dreien müsste getan werden. Das aber was in Wirklichkeit geschehen ist, das ist eine solche Taktik von Widersprüchen, dass wir auf diese Weise nur schwer das Vertrauen der Massen erringen können.

4.) Was nun die Frage der Arbeiterregierung betrifft, so sind folgende Erwägungen entscheidend:

a.) Sind wir gezwungen die Regierungsfrage aufzurollen? Ja! Die R.F. hat es unbewusst schon wiederholt seit dem Parteitage getan. Die Massen tun es instinktiv: sie rufen instinktiv: Weg mit der Seipelregierung! Die ganze Lage drängt uns vollkommen bewusst die Losung aufzustellen: weg mit der Seipelregierung!

b.) In dem Augenblick wo wir diese Losung als Ziel aufstellen müssen wir der Arbeiterschaft positiv sagen, welches Ziel sie sich stekken müsse. Wir müssen die Frage, was soll an Stelle der Seipelregierung treten positiv beantworten:

talisterregierung?Nein! von gestern beantworten!

Oder jetzt etwa die proletarische Diktatur? Nein! Oder etwa eine Koalitionsregierung? Nein! Also was denn ?

Wir müssen die Losung Arbeiterregierung geben, sie ist die einzige die gegenwärtig den Ausweg zeigt. Wir müssen diese Losung geben nicht als etwas, was unmittelbares sondern als Losung die das Ziel zeigt und wodurch die Zwischenlosung des Betriebsräten-kongresses den Massen erst wirklich verständlich wird.

Es ist eigentümlich, dass die neue Parteileitung, nachdem die Partei acht Monate hindurch die Losung der Arbeiterregierung vorbereitet und schliesslich als Losung wirklich in den Vordergrund gerückt hat als das nächste politische Hauptziel, es ist eigentümlich dass die neue Parteileitung seit dem Parteitag bis zum Landesparteitag das Wort Arbeiterregierung nicht einmal in den Mund genommen hat obzwar sie wiederholt schon die Regierungsfrage aufgeworfen hat.

In der Frage des Betriebsrätekongresses gibt es keine Meinungsverschiedenheit. Es genügt nicht dass wir diese Losung für sich allein aufstellen, wir müssen zugleich das politische Ziel zeigen wozu der Betriebsrätekongress nur ein Übergang ist : die Arbeiterregierung.

Die Losung der Arbeiterregierung muss unverzüglich wieder als Propagandalosung aufgenommen werden, es wäre zu spät damit erst zu kommen bis die Regierungsfrage akut ist, die Massen wären dann nicht vorbereitet.

Zum Schluss habe ich folgenden Antrag gestellt:

Der Landesparteitag hält es für notwendig, dass in der gegenwärtigen Situation die Propaganda für die Forderung der Arbeiterregierung sowohl in der Partei als auch in der Presse als auch in Versammlungen aufgenommen werden muss.

Der Parteivorstand stellt dem folgende Resolution gegenüber: Der Landesparteitag hält es für notwendig, dass in der gegenwärtigen Situation in der Propaganda für den Betriebsrätekongress die Auseinandersetzung der Bedeutung der Arbeiterregierung sowohl in der Partei, als auch in der Presse als auch in Versammlungen vorbereitet werden muss.

Diese Vorbereitung haben wir schon im August, September, Oktober 1922besorgt; jetzt heisst es die Losung Arbeiterregierung nicht mehr vorzubereiten, sondern sie zwar noch nicht als Aktionslosung, wohl aber als Propagandalosung aufzunehmen und zwar nicht nur im Zusammenhange mit der Losung Betriebsrätekongress, sondern auch im Zusammenhange mit der Losung: wehrhaftmachung des Proletariats, Ausbau der Ordnerwehr zu einer Massenorganisation, die waffenfähigen Proletarier hinein in die Ordnerwehr oder im zusammenhange mit der Losung Kontrollausschüsse u.s.w.

Mit kommunistischen Gruss:

Bericht d.Minderheit des Landesparteitages Wien

Kommunistische Partei
ÖSTERREICHS.

Wien, 18.April 1923.

An die Exekutive der Kommunistischen Internationale.

Werte Genossen !

1.) Der Landesparteitag des Landes Wien , der weitaus wichtigsten ~~entscheidenden~~ Organisation in unserer Kommunistischen Partei,(die Hälfte der Parteimitglieder sind in d.Wiener Organisation organisiert) hat klar bewiesen, dass infolge des Verhaltens und der Politik des anfangs März neu gewählten Parteivorstandes, die Krise in d.Partei sich verschärft und vertieft hat.

Es ist notwendig, da der offizielle Bericht d.Parteivorstandes in der Wiener Roten Fahne den Verlauf d.Landesparteitages zum Teil verfälscht, zum Teil totschweigt, die allerwichtigsten Ergebnisse des Parteitages der Exekutive zur Kenntnis zu bringen.

2.) Die Opposition auf dem Landesparteitage war im Verhältnis zur Opposition auf dem Reichsparteitage gewachsen. Während auf dem Reichsparteitage 26% der Delegierten die oppositionelle Minderheit bildeten, war ihre Zahl am Landesparteitage auf 40% gewachsen.

Von den 56 Delegierten übten 15 Delegierte die schärfste Kritik sowohl an den Massregelungen , Mundtotmachungen, Statutenbrüchen, Suspendierungen, kurzum an all den gewaltsamen aus persönlichen/entspringenden organisatorischen Massnahmen des Parteivorstandes, als auch an der politischen Führung der Partei, sowie der Taktik auf gewerkschaftlichem Gebiete.

Die Resolution, die seitens d.P.V.vorgelegt wurde und in der die Tätigkeit des P.V. gebilligt wird, wurde mit 21 gegen 15 Stimmen angenommen. 15 Delegierte traten für die scharfe Kritik ein, die in den Anträgen Dietz, Friedländer und Frey am Parteivorstande geübt wurde.

Zum Stimmenverhältnis der Delegierten muss bemerkt werden, dass zu den Wahlen für den Landesparteitag die Genossen Tomann und Koritschoner alle ihre Ergebenen mobilisiert und in die Wahlversammlungen geschickt hatten, um die Wahl in ihrem Sinne zu beeinflussen, während die Minderheit daran verhindert war. Tatsächlich waren Minderheiten aus 11 Wiener Lokalorganisationen, darunter auch beträchtliche Minderheiten, die in unserer Seite stehen, auf dem Landesparteitag nicht vertreten, wobei besonders die tschechischen Genossen der tschechischen Vertretung planmässig beraubt wurden, obwohl sie eine der wichtigsten Faktoren der /zwei Wiener Organisation sind. Von der Majorität war nur in/~~einem~~Bezirken die Minderheit, die dort~~selbst~~ für d.gegenwärtigen P.V.eintritt, nicht vertreten. Daraus geht hervor, dass die Opposition in Wien bei weitem schärfer ist, als auf dem Landesparteitag zum Ausdruck kam. Wir können ohne Übertreibung der Dinge behaupten, dass wir in Wien, im Vergleich zur Anhängerschaft d.gegenwärtigen P.V. eher stärker als schwächer sind.

3.) Die Wahl des neuen Landesparteivorstandes, war wieder eine Brutalisierung parteischädigendster Art, von den rein persönlichen Bedürfnissen Tomanns und Koritschoners diktiert.

Die Minderheit hatte gemäss ihrer Stärke 40% der Mandate im neuen P.V. beansprucht, und zwar natürlich auf Grund des eigenen Vorschlages. Dem gegenüber billigte die Mehrheit der Minderheit nur ein Mandat von 9 Mandaten zu und dabei noch ohne ihr ein Vorschlagsrecht für dieses Mandat einzuräumen.

Die Minderheit schlug von ihren Genossen die fähigsten für den neuen ~~Landesparteivorstand~~ Landesparteivorstand vor, darunter auch den Gen. Frey, die Mehrheit ging nicht von diesem Gesichtspunkte aus.

Die Wahl des neuen Landesparteivorstandes erfolgte mit 21 gegen 15 Stimmen.

Indem wir dieses unglaubliche Verhalten d. Exekutive der Kommittern zur Kenntnis bringen, bemerken wir, dass die Jugenddelegation zum ~~xxxx~~ Punkte Wahlen folgende Erklärung eingebracht hatte:

„Bei der jetzigen Situation in der Partei, bei dem Stimmenverhältnis auf dem Landesparteitag (15:21) ist die Jugenddelegation der Ansicht, dass die Wiener Landesleitung nach Übereinkommen proportionell zusammengesetzt sein soll, wobei selbstverständlich die fähigsten Genossen herangezogen werden müssen.

Wir befinden uns hier in einer Linie mit der Ansicht und den Gepflogenheiten der Komm. Internationale, wie es bei ähnlichen Anlässen bereits zum Ausdruck gekommen ist.

Wir hoffen, dass der Landesparteitag die Wahl in diesem Sinne vornehmen wird, um der Partei von vorneherein die Möglichkeit zu guter sachlicher Arbeit zu geben."

Der Appell der Jugenddelegation blieb aber fruchtlos.

4.) Die detaillierten Anträge Dietz (unseres führenden Strassenkämpfers) / gegen die Reihe von Statutenverletzungen, Massregelungen, Mundtotmachungen, Ausschaltungen wertvoller Kräfte, Suspendierungen von wichtigen Funktionen, parteischädigenden Missbrauches der Roten Fahne usw., die der P.V. ständig begangen hat. Drei Anträge, wonach der P.V. zur Aufhebung einiger seiner provozierendsten Massnahmen aufgefordert wurde, wurden mit 21:15 Stimmen abgelehnt. Tomann und Koritschoner wollten sich von d. Mehrheit d. Landesparteitages einen Freibrief für ihre fortgesetzte autokratische geben lassen. Wir sind d. Überzeugung, dass die Exekutive mit diesem Vorgehen nicht einverstanden ist.

5.) Die Taktik d. P.V. auf politischem u. wirtschaftlichem Gebiete, war Gegenstand eingehender Diskussionen. Es zeigte sich klar und deutlich, dass sich seit dem Parteitage tief gehende Differenzen herausgebildet haben.

Diese Differenzen und die schwerwiegenden Fehler d. P.V. wurden in d. folgenden Resolution d. Gen. Friedländer niedergelegt:

Resolution Friedländer zur Taktik der K.P.Ö.

1. Im Kampfe gegen den Imperialismus, gegen die Gefahr des Faszismus, von der das Proletariat der ganzen Welt, soweit es nicht bereits vom Faszismus niedergetreten wird, immer furchtbarer bedroht wird, im Kampfe gegen die wachsende wirtschaftliche Nöte, die die Arbeiter, Angestellte und Beamte aller Länder immer unerträglicher bedrücken, hat das Proletariat Österreichs sehr wichtige Aufgaben zu erfüllen. Diese Aufgaben sind gegeben durch die Bedeutung Österreichs in Mitteleuropa als Kolonie der Entente in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht, was sich in der Versklavung u. Unterdrückung der arbeitenden Bevölkerung Österreichs ausdrückt, als Stützpunkt der internationalen Reaktion, als militärisches Aufmarschgebiet, als begehrte Beute mehrerer militärisch stärkerer Nachbarstaaten; weiters durch die eigenen reaktionären Kräfte die in Österreich immer überwiegender werden u. zum gewaltsamen Umsturz nach ihrem Sinne rüsten; endlich durch die noch immer bedeutende Stärke des österreichischen Industrieproletariats, das nicht nur die inneren Gefahren abzuwehren, sondern auch dem übrigen Proletariat im besonderen des südlichen mittleren u. südöstlichen Europas wertvolle Hilfe zu leisten in d. Lage ist.

2.) Unter diesen Umständen ist es Aufgabe der K.P.Ö., in den grossen u. kleinen Komitees, Gesamt- u. Teilaktionen, die das österreichische Proletariat zur Abwehr der geschilderten Gefahren auf politischem u. wirtschaftlichem Gebiete führen muss, den Weg zu weisen und voran zu gehen.

Insbesondere hat die K.P.Ö. im Kampfe gegen den Faszismus dafür zu wirken, dass die bestehenden Ordnerorganisationen zu bewaffneten u. wirklich wehrhaften Massenorganisationen der gesamten Proletarie mit grösster Beschleunigung ausgebaut werden. (Parteilinie: Wo[illegible] die Pflicht zur Fraktion der Kommunisten innerhalb d. Ordnerwehr gegeben ist!) und dass sie gegebenenfalls den rüstenden Faszisten rechtzeitig und mit aller Energie entgegentreten, so dass deren Aufmarsch in Österreich vereitelt wird. Alle in Betracht kommenden Mitgliedern der K.P.Ö. müssen in die Ordnerorganisation hinein und in gekennzeichnetem Sinne dortselbst aufklärend wirken.

Die K.P.Ö. hat weiteres und insbesondere gegen die wirtschaftliche Nöte, gegen die fortgesetzte Teuerung, gegen Arbeitslosigkeit Kurzarbeit und das damit verbundene Hungerelend, gegen die Herabdrückung des Lohnes, (da vielmehr dessen Aufbau notwendig), gegen jedwede Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, gegen die Finanzdiktatur des Staates (Massensteuern, Zölle, etc) usw. den ständigen energischen Kampf zu führen. Und zwar muss sie dies so tun, dass die Partei u. ihre Organe rechtzeitig und initiativ eingreifen und den Kampf in bestimmter Richtung auf die jeweils unmittelbar drohende Gefahr zuspitzen. Nach innen wie nach aussen, von unten und von oben, mit allen zweckdienlichen Mitteln, muss die Partei gerade in den wirtschaftlichen Fragen aktiv Stellung nehmen, die richtigen Forderungen der Arbeiterschaft nahebringen und noch vor entscheidenden Beratungen und Beschlüssen der auf politischem u. gewerkschaftlichen Gebiete massenmobilisierenden Faktoren den notwendigen Druck auf die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führer ausüben.

3.) In der gegenwärtigen Situation ist es Pflicht der K.P.Ö gegenüber der österreichischen Sozialdemokratie, die das Proletariat voll Konfusion im Dunkeln tappen lässt, die Mittel zur Durchführung der proletarischen Forderungen klar und deutlich vor Augen zu führen. Die K.P.Österr

Die K.P.Ö. hat unablässig zu kämpfen für den allgemeinen Arbeiterkongress, der den Willen des Gesamtproletariats zum Ausdruck zu bringen und das gesamte Proletariat im Kampfe für seine Forderungen zu führen hat.

Die K.P.Ö. hat überdies in der gegenwärtigen Entwicklung mit aller Energie gegen die bürgerliche Klassenregierung, welche dem [illegible]

proletarischen versklavt
...en, die Betriebsräte die/Wehrmänner, Verschärfung und
... mit der Genfer Konvention die breiten proletarischen Massen
...reichs. Während die S.P. dem Proletariat keinen Ausweg zeigt und
...der Diktatur von rechts oder links warnt, ist es unsere Aufgabe, dem
...roletariat in d. Arbeiterregierung, durch die Kommunisten vorwärts zu
...treiben haben werden, den Ausweg aus der furchtbaren Lage zu zeigen.
...hinweis auf die Wahlaussichten darüber nicht gegeben werden. Es
...ung darüber zu täuschen, ganz gering ist die sozialdemokratische
Regierung in Österreich noch lange keine Arbeiterregierung ist, eröffnet sich hier doch die Möglichkeit zum revolutionären Vormarsch des Proletariats, wenn die K.P.Ö. gegenüber den [illegible] eine klare kommunistische Politik [illegible]. Körperschaften (z.B. Lohnkampf usw.)
Das österreichische Proletariat ist stark genug, die Forderung der Arbeiterregierung durchzukämpfen. [illegible] Die subjektive Schwäche der K.P. stellt ein Hindernis für die Erhebung der Forderung der Arbeiterregierung. Der Kampf für diese Forderung ist vielmehr geeignet, die K.P.Ö. zu stärken und Vertrauen bei der Masse der Arbeiter, die keinen Ausweg sehen, zu werben.

Die Probe [illegible] für die Arbeiterregierung in Österreich liegt in der Linie der Beschlüsse des [illegible] Kongresses der K.I. und des [illegible] parteitages der K.P.U. [illegible] zur Verantwortung ziehen. [illegible]
...Hinzu ist zu sagen, dass nicht nur im vorigen P.V. in wiederholten Fällen [illegible] sondern auch dass der P.V. bei starr[illegible] des Parteitages in [illegible] Teuerung, der Warenhaussteuer, der Zolltarifnovelle, der Lohnfrage usw., [illegible] im März, unser Organ „Der Kommunistische Arbeiter" hat den richtigen und Vorschlägen, [illegible] Lohnkampf, [illegible] mässig noch rechtzeitig, wahrscheinlich [illegible] munistischen proletarischen Organisationen [illegible] getreten, sondern den Ereignissen nachgehinkt ist und [illegible] kompromissen mitschuldig gemacht hat. Dadurch hat die Partei nicht in dem Masstabe, als [illegible] die Meinungsfreiheit in der K.P.Ö. zu brutalisieren

Der Landesparteitag erwartet, dass der P.V. der passiven und rechts-opportunistischen Tendenz auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes Einheit gebieten und [illegible] im kommunistischen Sinne Politik treiben [illegible] Erörterung wichtigster politischer Fragen, wie der Frage der Einheitsfront, der Arbeiterregierung usw. in der K.P. [illegible]

Der Landesparteitag, der feststellt, dass die bereits vom letzten Parteitag auf Grund der Folgenden wiederholten Konvente eingeleitete manövrierende Tendenz, [illegible] die Forderungen der Arbeiterregierung, trotz der in diesem Sinne gefassten Resolution auf dem Parteitag, vom P.V. vollständig eingestellt wurde, [illegible] von der bisherigen Linie der Partei, [illegible] sowie [illegible] vollständig [illegible] Resolution, die jede Möglichkeit einer parteischädigenden [illegible] ausschliesst, [illegible] Abweichung [illegible] Überhaupt.- deren Konsequenz die Arbeiterregierung ist - auf politischem Gebiete zu konstatieren, [illegible] vom Parteivorstande auch in Zukunft, [illegible] Kampf des Gesamtparteiapparats [illegible] fordernd [illegible] Landesparteitage in der Roten [illegible] gegeben, [illegible] auf der Grundlage [illegible]

Der Landesparteitag erwartet, dass der P.V. diese Abweichung von der Linie der K.I. und des [illegible] Parteitages der K.P.Ö. wieder gut machen u. die systematische Untergrabung [illegible] sowie die systematische Provokation [illegible] Zusammenarbeit [illegible] der Arbeiterregierung [illegible] führung einer Arbeiterregierung betreiben wird.

.-.-.-.-.-.-.-.

Seitens der Jugenddelegation wurde über Beschluss der Zentrale der Kommunistischen Jugend Österreichs wegen der Frage der Arbeiterregierung in Österreich eine Erklärung im gleichen Sinne wie obige Resolution eingebracht.

7.) Eine ausführliche Darstellung der opportunistischen Kompromisstaktik auf gewerkschaftlichem Gebiete soll hier mit Hinweis auf die bisherigen Berichte nicht gegeben werden. Sie wurde auf dem Parteitag scharf gerügt, für die Justamentpolitik des P.V.ist bezeichnend, dass ein kurzer Antrag Frey, worin die Gewerkschaftsabteilung, bzw. die Komm.Fraktion im Gewerkschaftsrat aufgefordert wird, in wichtigen gewerkschaftlichen Kämpfen klare Anträge in den betreffenden Körperschaften (z.B.Lohnkomitees, Obmännerkonferenz der Betriebsräte etc) einzubringen, mit 21 gegen 15 Stimmen abgelehnt wurde. Damit haben sich unsere Komm.Gewerkschaftler einen Freibrief geben lassen, im gleichen Sinne wie bisher Kompromisstaktik zu betreiben.

8.) Der P.V.will dem Gen.Friedländer wegen der Einbringung seiner Resolution, die er dem P.V.vorher nicht vorgelegt hat, wegen schweren Disziplinbruches zur Verantwortung ziehen. Hiezu ist zu sagen, dass nicht nur im vorigen P.V.in wiederholten Fällen Tomann, Koritschoner, Riess als Minderheit Anträge, Rundschreiben, Massnahmen herausgegeben haben, ohne den P.V.davon zu verständigen, sondern es muss betont werden, dass Gen.Friedländer die in seiner Resolution zusammengefassten Kritiken und Vorschläge im P.V. ständig vorgebracht hat und immer in der Minorität geblieben ist, wobei er noch den unglaublichsten Beschimpfungen ausgesetzt war, daher war er genötigt, mit seiner Kritik und seinen Vorschlägen, die dem P.V.vollständig bekannt waren, vor den Landesparteitag zu treten.

Damit erübrigt sich der neue Versuch mit einer formalen Handhabe die Meinungsfreiheit in der K.P.Ö.zu brutalisieren.

9.) Schliesslich muss dagegen Protest erhoben werden, dass der P.V. die Erörterung wichtigster politischer Fragen, wie der Frage der Einheitsfront, der Arbeiterregierung usw. in er R.F.systematischen unterdrückt, Der Chefredakteur, Gen.Koritschoner, lässt keine Erörterung dieser Fragen zu, wie er dem Gen.Friedländer ausdrücklich erklärt hat.

Gen.Friedländer hat das begründete und sonst automatisch erfüllte Verlangen gestellt, dass die oben angeführte vollständig sachliche Resolution, die jede Möglichkeit einer Parteischädigung ausschliesst, in der Wiener R.F.veröffentlicht werde.

Auch dieses Verlangen wurde nicht berücksichtigt und eine vollkommen unzureichende und entstellende Darstellung der Kritik u. der Vorschläge der Opposition am Landesparteitage in der Roten Fahne gegeben, wogegen auf das schärfste protestiert werden muss.

Aus dem Verlaufe des Landesparteitages geht somit hervor dass infolge des Verhaltens des P.V. die Differenzen in der K.P.Ö. sich verschärft haben, die Stellung des P.V.auf dem Landesparteitage hat zur Beilegung d.Differenzen nicht das geringste beigetragen.

An der Exekutive der K.I.liegt es nun, soweit es ihr möglich ist, Remidur zu schaffen.

Mit kommunistischem Grusse.

Pollak
Reisz

Wien, 19. April. [1923]

An den Chefredakteur der „Roten Fahne", Wien.

Werter Genosse,

Die Art der Berichterstattung über den Wiener Landesparteitag ist wohl der Gipfel der Willkürakte, denen die dem Parteivorstand unliebsamen Genossen ständig ausgesetzt sind. Die hämische und vollständig entstellende Darstellung meiner und des Genossen Frey Reden auf dem Parteitage, ist in der kommunistischen Internationale unerhört und ein Stückchen, welches sich niemals ein sozialdemokratischer Berichterstatter über kommunistische Reden im Arbeiterrat erlaubt hat.

Es ist die Wahl des Präsidiums, das Stimmverhältnis bei der Wahl totgeschwiegen. Die formulierten Anfragen und Anträge des Genossen Dietz zu Punkt 1, die ganze Diskussion zu Punkt 1, die Abstimmung zu Punkt 1 (Berichtet), alles totgeschwiegen. Man hätte davon wenigstens Erwähnung tun müssen.

Ausser der perfiden Darstellung der Reden des Genossen Frey und meiner Person sind zu Punkt 2 vollkommen totgeschwiegen worden: meine ausführliche Resolution zur Taktik der Partei, die kurzen Anträge betreffend die Frage der Arbeiterregierung, der Antrag Frey betreffend die Einbringung von klaren Anträgen in den gewerkschaftlichen Körperschaften, ferner die Abstimmung über die Anträge und das Stimmenverhältnis.

Hoffend, dass ein Parteigenosse in der R. F. noch nicht völlig rechtlos und den persönlichen Willkürakten der mit Vollmachten ausgestatteten obersten Funktionäre in der Partei ausgesetzt ist, ersuche ich um die Aufnahme folgender kurzer Zusammenfassung meiner Ausführungen zu Punkt 2, welche das, was in der R. F. gebracht wurde, berichtigen. Es handelt sich hiebei um das minimalste Recht politischer Meinungsäusserung, das in der R. F. nie.

Zur Illustration des bewussten Vorgehens des Chefredakteurs führe ich noch die Tatsache an, dass ich dem Chefredakteur rechtzeitig das Anerbieten gemacht habe, meine Ausführungen zu Punkt 2 in 15 bis 20 Zeilen selbst zusammenzufassen. Er hat es aber vorgezogen, anstatt an Stelle dessen die hämische Verzerrung dieser Ausführungen in der R. F. zu bringen.

Das Vorgehen des Chefredakteurs muss als parteischädigend gebrandmarkt werde; über diesen Vorgehen ist damit das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Ich verlange darum, um es nochmals zu wiederholen den Abdruck beifolgender Berichtigung, ferner den Abdruck meiner Resolution zur Taktik sowie den Abdruck der übrigen zu Punkt 2 eingebrachten Anträge in der „R. F."

Mit kommunistischem Gruss

gez. Friedländer

Zum Bericht über den Landesparteitag.
An die Redaktion der „R.F.".
Gen. Friedländer schreibt uns:

Der Bericht über meine Ausführungen zur Taktik der Partei auf dem Landesparteitag ist durchaus mangelhaft und entstellend und lässt das Wesentliche meiner Ausführungen vollständig ausser acht. Wenn ein gekürzter Bericht über Ausführungen eines Redners gebracht wird, so ist es selbstverständlich, dass dann das Wesentliche und sachlich Richtige gebracht wird

wird, nicht über irgendwelche Bemerkungen des Redners. Daher ersuche ich die Redaktion um Aufnahme der nachfolgenden kurzen Zusammenfassung dessen, was ich gesagt habe, wodurch gleichzeitig die unvollständige Wiedergabe in der „Roten Fahne" vom 13. April berichtigt wird:

Gen. Friedländer kritisiert nach zwei Richtungen hin die Tätigkeit des Parteivorstandes.

Erstens legt er an einer Reihe von Fällen, wie das Verhalten zur Frage der Vereinigungsaktion, der Zollkriminalien, der Lohnerhöhung dar, dass die Partei weder in der Presse noch in Versammlungen noch innerhalb der gewerkschaftlichen Körperschaften, wo sie ihren Einfluss geltend machen kann, rechtzeitig zur Leitung der furchtbaren des Proletariat drohenden Kampf geführt hat. Der Parteivorstand hat es abgelehnt trotz meiner wiederholten Vorschläge im Parteivorstand, den Kampf der Partei auf die immer drohendere Gefahr zuzuspitzen. Die Partei ist den Ereignissen nachgehinkt. Gegenüber Krise und gegenüber opportunistischer Haltung das Verhalten in den Lohnkämpfen in Ruhr, in denen einerseits weder nach innen noch nach aussen seitens der Partei klare Losschläge und eine unzweideutige Stellung für einen Vorschlag gegeben wurden, andererseits das Verhalten führender Genossen in den entscheidenden Institutionen von Kompromisslergeist getragen war, wie das Eintreten für 5½ % Lohnerhöhung beweist.

Zweitens kritisiert Gen. Friedländer mit aller Schärfe diese Unklarheit auf politischem Gebiete, das Abweichen von der politischen Resolution des Parteitages und von der Linie der Komintern, indem wohl die Einheitsfront in politischer Hinsicht in entscheidenden Situationen, die entweder durch die letzten furchtbaren Steuer- und Zollgesetze, endgültig die Abwehrvorbereitungen gegen die Reaktionäre heraufbeschworen wurde. Besonders krass aber ist das tatsächliche Fallenlassen der Forderung der Arbeiterregierung. Vor dem XXXXten Reichsparteitag Frankfurt (der in den ersten Märztagen war) hat die Partei eine monatelange Propaganda für die Forderung wegen der furchtbaren Belastung des Proletariats durch die Seipelregierung gemacht, auf dem Parteitage wurde diese Forderung bestätigt, seitdem ist eine absolut tatsächliche soziale Verschlechterung der Lage des Proletariats noch ernster gestaltet hat und obwohl es notwendig ist, der österreichischen Arbeiterschaft, welche keine politischen Illusionen mehr nährt und welche durch die Sozialdemokratie vor der Diktatur von links in der Form der Arbeiterregierung [illegible] zu warnen. Die politische Vertrauen zur zum kommunistischen Partei stärkste Forderung der Arbeiterregierung muss die des Betriebsrätekongresses ergänzen.

Der Landesparteitag muss xx einerseits gegen die opportunistische Tendenz auf wirtschaftlichem und gewerkschaftlichem Gebiete, andrerseits gegen den Konfusionismus und die Abweichungen von der Linie der Komintern auf politischem Gebiete schärfstens protestieren und die klare kommunistische Politik im Sinne der Beschlüsse des letzten Reichsparteitages treiben.

Gen. Friedländer fasst seine Ausführungen, seine Kritik und seine Vorschläge zur Taktik der Partei in einer Resolution zusammen, die er dem Landesparteitag unterbreitet.

Ausschrift über den Bericht zum Landesparteitag.

An die Redaktion der „Roten Fahne"

Werte Genossen !

Der Bericht über meine ~~mündlichen~~ Ausführungen zur Taktik der Partei auf dem Landesparteitage , ist durchaus mangelhaft und entstellend und lässt das Wesentliche meiner Ausführungen vollständig ausser acht. Wenn ein gekürzter Bericht über Ausführungen eines Redners gebracht wird, so ist es selbstverständlich, dass dann das Wesentliche und das sachlich Wichtige gebracht wird, nicht aber irgend welche Bemerkungen des Redners. Daher ersuche ich die Redaktion um Aufnahme der nachfolgenden kurzen Zusammenfassung dessen was ich gesagt habe, wodurch gleichzeitig die unzulängliche Wiedergabe in der Roten Fahne vom 18. April berichtigt wird:

Gen. Friedländer kritisiert nach zwei Richtungen hin die Tätigkeit des Parteivorstandes. Erstens legt er an einer Reihe von Fällen, wie am Verhalten zur Frage der Warenumsatzsteuer, der Zollnovelle, der Teuerung, dar, dass die Partei weder in der Presse, noch in Versammlungen, noch innerhalb der proletarischen Körperschaften, wo sie ihren Einfluss geltend machen kann, rechtzeitig zur Abwehr der furchtbaren dem Proletariate drohenden Gefahr , den Kampf geführt hat. Der Parteivorstand hat es abgelehnt, trotz wiederholter Vorschläge im P.V. den Kampf der Partei auf die drohende Gefahr zuzuspitzen. Die Partei ist den Ereignissen nachgehinkt. Besonders krass und geradezu opportunistisch war das Verhalten in den Lohnkämpfen im März , in denen einerseits weder auf dem linken noch auf dem rechten Flügel, seitens der Partei klare Vorschläge und eine energische Kampfparole für diese Vorschläge gemacht wurden, andererseits das Verhalten führender Genossen in den entscheidenden Institutionen ~~(wie im Lohnkomitee, der Textilarbeiter, wie Gen. Riess in d. Gemeinschaftskonferenz der Metallarbeiter)~~ durchaus von opportunistischem Kompromissgeist getragen war, wie das Eintreten für 8½% Lohnerhöhung beweist.

Zweitens kritisiert Gen. Friedländer mit aller Schärfe das Schwanken auf politischem Gebiete, das Abweichen von der politischen Resolution des Parteitages und der Linie der Komintern, indem sowohl die Einheitsfrontaktik in politischer Hinsicht, in entscheidenden Situationen, wie anlässlich der letzten furchtbaren Steuer- und Zollgesetze, anlässlich der Abwehrvorbereitungen gegen die Hakenkreuzler, bewusst umgangen wurde. Besonders krass aber ist das tatsächliche Fallenlassen der Forderung der Arbeiterregierung. Vor dem Parteitage hat die Partei eine monatelange Propaganda für diese Forderung, wegen der furchtbaren Bedrückung des Proletariats durch die Seipel Regierung gemacht, auf dem Parteitage wurde diese Forderung bestätigt, seither ist sie absolut totgeschwiegen worden, obwohl sich die Lage für das Proletariat noch ernster gestaltet hat, und obwohl es notwendig ist, der Arbeiterschaft, welche keinen politischen Ausweg sieht und durch die Sozialdemokratie vor der

Diktatur von links und rechts gewarnt wird, an der Form der Arbeiterregierung den Ausweg zu weisen. Dies wird das politische Vertrauen zur Kommunistischen Partei stärken. Die Forderung d. Arbeiterregierung muss die des Betriebsrätekongresses ergänzen.

Der Landes/Parteitag muss einerseits gegen die opportunistische Taktik auf wirtschaftlichem und gewerkschaftlichem Gebiete, andererseits gegen den Konfusionismus und die Abweichungen von der Linie der Komintern, schärfstens protestieren und eine klare kommunistische Politik im Sinne der Beschlüsse des letzten Reichsparteitages treiben.

Gen. Friedländer fasst seine Ausführungen, seine Kritik und seine Vorschläge zur Taktik der Partei in einer Resolution zusammen, die er dem Landesparteitag unterbreitet.

Wien, 25. April 1923.

Friedländer , Frey K.P.Oe.

An die

Exekutive der kommunistischen Internationale

Werte Genossen,

Die unterfertigten sind neuerlich genötigt, bei der Exekutive der Komintern. gegen den in der Internationale wohl einzig dastehenden Missbrauch der Wiener „Roten Fahne " durch die gegenwärtig führenden Genossen der K.P.Oe. den schärfsten Protest zu erheben und die Exekutive zu ersuchen , dagegen einzuschreiten.

Nachdem bereits der Bericht über den Reichsparteitag, der im März stattgefunden hatte, in unglaublicher Weise verfälscht worden war , ist dies nun durch den Bericht über den Wiener Landesparteitag überboten worden. Hierbei handelt es sich nur um bewusste Verfälschung und Verschweigung des tatsächlichen Verlaufes des Landesparteitages, über den wir kürzlich der Exekutive der Komintern berichtet haben, sondern, was das Gravierendste ist, um bewusste Lächerlichmachung ~~führender~~ exponierter Genossen und Funktionäre, Was natürlich bewusst parteischädigend ist.

Es wurden und werden ferner die Meinungsäusserungen über wichtige taktische Fragen und , was noch merkwürdiger ist, Artikel über die politische Lage Oesterreichs und die sich daraus ergebenden Konsequenzen, wenn sie von Genossen, die nicht zur persönlichen Gefogschaft Koritschoners oder Tomanns gehören, ~~einfach~~ systematisch unterdrückt.

Es wurden die Anträge und Resolutionen der ~~M~~ starken Minderheit auf dem Landesparteitag in der „Roten Fahne " glatt totgeschwiegen , sogar der Antrag betreffend die ~~Forderung~~ Vorbereitung der Parole der Arbeiterregierung , der von der Mehrheit angenommen worden ist .

Die Genossen Frey und Friedländer haben vom Chefredakteur der „ R.F." sowie vom Parteivorstand die Berichtigung ihrer vollständig entstellten Reden auf dem Landesparteitag sowie den Abdruck der Resolution Friedländer und der Anträge Frey verlangt. Sie haben es Abgelehnt.

Wir berufen hiemit an die Exekutive der Komintern und ersuchen sie, zu erwirken, dass der gegenwärtige Zustand ~~in~~ in der K.P.Oe. , wonach man der Willkür der führenden Genossen vollkommen wehrlos ausgeliefert ist, ein Ende findet.

Wir ersuchen, das beiliegende Material die Berichtigung ersuchen der Genossen Frey und Friedländer zur Kenntnis zu nehmen.

Mit kommunistischem Gruss

Friedländer Frey

An di/ Exekutive der Komintern.

Werte Genossen!

Es ist leider notwendig, sich wieder an das Exekutivkomite der K.I. zu wenden, um festzustellen, dass sich die Zentrale der K.P.Oe. trotz der durch die gegenwärteige internationale Situation wie der in Oesterreich selbst gegebenen Aufgaben, einen politischen Fehler nach dem anderen zu Schulden kommen lässt, weswegen politische Direktiven des Exekutivkomites an den Vorstand der K.P.Oe. dringend notwendig sind--es haben bereits die GenossenK/ Kreibich und Miljutin als bevollmächtigte Vertreter scharfe Kritik besonders ander durchaus mangelhaften politischen Führung der Partei geübt, wie auch an den, die ständige Parteikrise nährenden, mechanistischen Massnahmen des P.V., wodurch die überaus grosse Möglichkeit der Entwicklung der Partei gehemmt wird. Leider hat diese Kritik so gut wie garnichts gefruchtet, der P.V. hat trotz gewisser mit Vorbehalt gegebener Versicherungen, seine alte Taktik fortgeführt, wozu auch noch seine ganz schlappe Haltung auf gewerkschaftlichem Gebiete kommt, wodurch die grössten Chancen des Vordringens der komministischen Bewegung in Oesterreich ungenützt bleiben.

Trotz unseres wiederholten Hinweises auf die Fehler, welche die kommunistischen Gewerkschaffer in Oesterreichnun schon seit vielen Monaten begehen, was in weiten Parteikreisen schaff kritisiert wird, ist bisher seitens der Komintern kein Wörtchen der Kritik an dem kommun. Gewerkschaftsrat Oesterreichs geübt werden, was dazu beiträgt, dass sie, mit Berufung auf die Komintern und Profintern aus der Not eine Tugend machen, ausihren Fehlern ein Methode machen. E. wird darum notwendig sein, demnächst in einem besonderen Schreiben an die Exekutiver der Komintern und Profintern über die Fehler, die seitens der unverantwortlichen Stellen und Personen der K.P.Oe., bzw. des revolutionären Blocks, in Oesterreih ständig gemacht werden, zu berichten, undddie notwendigen Vorstellungen zur Verhütung weiterer Fehler herbeizuführen.

Nun zur Feststellung einiger besonders auffälliger Fehler der Zentrale der K.P.OE., welche ihre Unfähigkeit nur allzu krass beleuchten.

1.) Angesichts der Verschärfung der internationalen Lage, die Offensive Englands gegen Sowjetrussland, die Ermordung Worowskys, u.s.w.-keine Versammlungen der K.P.Oe., geschweige Demonstrationen, wie sie die K.P. der übrigen Länder veranstaltet haben, auch kein Aufruf des P.V. der K.P.Oe., vollständiges Versagen, gänzliche Passivität.

2.) Angesichtsder Vereinigung der 2. und 21/2., wobei die S.P.Oe. besonders engagiert, zwei mit ziemlichem Pomp angekündigte "Massenversammlungen". Diese sins aber in zwei Lokalen einberufn die, was die Arbeiterschaft weiss, keine 4000 Personen fassen. Dadurh Blosstellung und lächerlich Machung der K.P.Oe., gerade aus Anlass des Hamburger Kongresses!

3.) Die systematische Ausserachtlassung der innerpolitischen Forderungen, insbesonders dee auf die sozialdemokratischen Arbeiter auszudehnende Propaganda geen die reaktionäre Regierung, für den konsequenten Kampfbis zu deren Sturz und Herbeiführung der Arbeiterregierung in Oesterreich, hält an. Beweis die R.F., die Parolen für die Versammlungen.

Einige wichtigeBeispiele;

a) Im Mai-Aufru kein Wort von der Forderung der Arbeiterregierung, im Gegensatz zu allen Kommunistischen Parteien Europas, die deise Forderung auch in solchenLändern propagieren, wo die Arbeiterklasse weitams schwächer ist als in Oesterreich.

b) In den weitverbreiteten Flugblättern zu den Versammlungen gegen den sich ausbreitenden Fascismus, gegen die wachsende reaktionäre Gefahr in der Wehrmacht, gegen die, den Fascismus begünstigende Polizei ebenfalls kein Wort

sequenten Kampfes bis zur Beiseitigung der raktionären Regierung
d Herbeiführung einer proletarischen Regierung. Dies, obwohl ich im P.V. darauf hingewiesen habe, dass gerade die Propaganda gegen die reaktionäre Gefahr, für Aufrichtung und Ausbau der Ordnerorganisationen, gegen die sogenannte "Entpolitisierung" der Wehrmacht, diese Parolen notwendig erfordern, weil sonst Illusionismus und Ppamlosigkeit erzeugt wird.

c) Spezielles Versagen des P.V. im Kampfe gegen die überhandnehmende Reaktion in der Wehrmacht. Keine Zuspitzung der Kampagne daraufhin, wie ja der P.V. jede Zuspitzung einer Kampagne auf bestimmte Stösse methodisch ablehnt, sowohl in politischer, als auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Keine politischen Parolen, obwohl nur dadurch die Arbeiterschaft in den Betrieben in den Kampf für die proletarischen Wehrmänner getrieben werden kann. Die Herbeiführung einer Arbeiterregierung ist die conditio sine qua non des Ausbaues, bzw. der Aufrechterhaltung einer "proletarischen Wehrmacht". Durch die politische Unklarheit des P.V. bzw. des Pol.-Büros hat es sich ergeben, dass der politische Hauptredner der Partei in einer Massenversammlung gegen die Reaktion in der Wehrmacht, Gen. Brognig, die vollkommen sozialdemokratische Ablenkungsparole ausgesprochen hat: Gegenüber der fortschreitenden Reaktion in der Wehrmacht ist notwendig der Ausbau der proletarischen Selbstschutzorganisationen. Letzteres ist gewiss sehr notwendig, aber nicht als das Mittel gegen die Reaktion in der Wehrmacht, wie dies der Dr. Julius Deutsch verkündet.

4.) Volständiges, unsere Partei schwer schädigendes Zurückbleiben des P.V. in der Vorbereitung und Aufnahme des Kampfes für die Nationalratswahlen hinter der S.P. Diese hat schon vor einem Monate begonnen, hat Aufrufe erlassen, sammelt für die Wahlfonds. Von Seiten der K.P. so gut wie nichts.

Der P.V. hat es durch Wochen abgelehnt-trotz der Hinweise und Abträge nicht nur meinerseits, sondern auch von Mitgliedern der sogenannten Parteivorstandsmajorität wie des Gen. Fiala und der Genossin Strömer folgende Frage zu entscheiden; wonach erst in den Wahlkampf einzutreten ist: Ob mit einem Angebot auf gemeinsame Liste unter bestimmten Bedingungen an die S.P. heranzuterten ist oder nicht. Es scheint mir eine solche Aufforderung an die S.P. tunlich, wenn die Bedingungen vom kommunistischen, natürlich gegenwratspolitischen Standpunkte gestellt werden. Die Abbehnung des Anbotes durch die S.P. ist zweifellos. Daher ist die Durchführung dieses Schrittes, der in der Durchführung der Taktik der Einheitsfront liegt, umso unbedenklicher, aber auch umso zwingender geboten. -Der politische Führer der K.P., Gen. Koritschoner ist aber dagegen. Er wagt es aber nicht, sich entschieden dagegen zu erklären und so wurde die Entscheidung wochenlang hinausgeschoben, obwohl die Entscheidung aus den Betrieben heraus gefordert wird und uns die Verzögerung gegenüber der S.P. ins Hintertreffen gebracht hat. Für dieses Verhalten wäre seitens der Exekutive dem P.V. der K.P.Oe. die schärfste Rüge zu erteilen.

5.) Es wäre noch von einer Reihe anderer Fehler, die zum Teile auch gewerkschaftlicher und organisatorischer Natur sind zu berichten, so vom vollständigen Versagen der K.P.Oe. bzw. der revolutionären Blocks in den Lohnbewegungen in der zweiten Hälfte des April, vom verspäteten Eingreifen in die Arbeitslosenbewegung Ende April- einen Tag nach Gewährung einer etwar erhöhten Unterstützung- wodurch uns die Arbeitslosen, die früher fast ganz in der Gefolgschaft der K.P. Oe. waren, zum Teile wieder entglitten sind, u.s.w.....

6.) Die Rote Fahne wurde zur Verulkung von Genossen der Opposition missbraucht, beispielsweise durch absichtliche Druckfehler wie: "....ein Jugendlicher Lamm " anstatt Bder Vertreter der Jugendlichen, Schlamm" und " Genossen Bohnenschein" anstatt " Sonnenscheins" dadurch wurde auch die Partei blossgestellt.

7.) Die seinerzeit einstimmig (auch mit Tomanns und Koritschoners Stimme) ausgeschlossenen Forst und Teber, die Herde von Korruptionismus und Intriguentum wurden mit allen Ehren wieder in die Partei aufgenommen, wobei dbe Beschlüsse des Parteitages, auf Grund deren ihre Aufnahme nicht möglich wäre, durch das einseitig und willkürlich zusammengesetzte Parteigericht einfach mit Füssen getreten wurden. Dagegen protestieren wir und fordern die Einsetzung [illegible] tierälen Parteiinstanzen [illegible]

die sogenannte [illegible]
ndig erfordern, weil sonst Illusionismus und Ppamlosigkeit erzeugt wird.

c) Spezielles Versagen des P.V. im Kampfe gegen die überhandnehmende Reaktion in der Wehrmacht. Keine Zuspitzung der Kampagne daraufhin, wie ja der P.V. jede Zuspitzung einer Kampagne auf bestimmte Stösse methodisch ablehnt, sowohl in politischer, als auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Keine politischen Parolen, obwohl nur dadurch die Arbeiterschaft in den Betrieben in den Kampf für die proletarischen Wehrmänner getrieben werden kann. Die Herbeiführung einer Arbeiterregierung ist die conditio sine qua non des Ausbaues, bzw. der Aufrechterhaltung einer "proletarischen Wehrmacht". Durch die politische Unklarheit des P.V. bzw. des Pol.-Büros hat es sich ergeben, dass der politische Hauptredner der Partei in einer Massenversammlung gegen die Reaktion in der Wehrmacht, Gen. Bregnig, die vollkommen sozialdemokratische Ablenkungsparole ausgesprochen hat: Gegenüber der fortschreitenden Reaktion in der Wehrmacht ist notwendig der Ausbau der proletarischen Selbstschutzorganisationen. Letzteres ist gewiss sehr notwendig, aber nicht als das Mittel gegen die Reaktion in der Wehrmacht, wie dies der Dr. Julius Deutsch verkündet.

4.) Volständiges, unsere Partei schwer schädigendes Zurückbleiben des P.V. inder Vorbereitung und Aufnahme des Kampfes für die Nationalratswahlen hinter der S.P. Diese hat schon vor einem Monate begonnen, hat Aufrufe erlassen, sammelt für die Wahlfonds. Von Seiten der K.P. so gut wie nichts.

Der P.V. hat es durch Wochen abgelehnt-trotz der Hinweise und Abträge nicht nur meinerseits, sondern auch von Mitgliedern der sogenannten Parteivorstandsmajorität wie des Gen. Fiala und der Genossin Strömer folgende Frage zu entscheiden; wonach erst in den Wahlkampf einzutreten ist: Ob mit einem Angebot auf gemeinsame Liste unter bestimmten Bedingungen an die S.P. heranzuterten ist oder nicht. Es scheint mir eine solche Aufforderung an die S.P. tunlich, wen die Bedingungen vom kommunistischen, natürlich gegenwratspolitischen Standpunkte gestellt werden. Die Abbehnung des Anbotes durch die S.P. ist zweifellos. Daher ist die Durchführung dieses Schrittes, der in der Durchführung der Taktik der Einheitsfront liegt, umso unbedenklicher, aber auch umso zwingender geboten. -Der politische Führer der K.P., Gen. Koritschoner ist aber dagegen. Er wagt es aber nicht, sich entschieden dagegen zu erklären und so wurde die Entscheidung wochenlang hinausgeschoben, obwohl die Entscheidung aus den Betrieben heraus gefordert wird und uns die Verzögerung gegenüber der S.P. ins Hintertreffen gebracht hat. Für dieses Verhalten wäre seitens der Exekutivedem P.V. der K.P.Oe. die schärfste Rüge zu erteilen.

5.) Es wäre noch von einer Reihe anderer Fehler, die zum Teile auch gewerkschaftlicher und organisatorischer Natur sind zu berichten, so vom vollständigen Versagender K.P.Oe. bzw. der revolutionären Blocks in den Lohnbewegungen in der zweiten Hälfte des April, vom verspäteten Eingreifen in die Arbeitslosenbewegung Ende April einen Tag nach Gewährung einer etwar erhöhten Unterstützung-wodurch uns die Arbeitslosen, die früher fast ganz in der Gefolgschaft der K.P. Oe. waren, zum Teile wieder entglitten sind, u.s.w.....

6.) Die Rote Fahne wurde zur Verulkung von Genossen der Opposition missbraucht, beispielsweise durch absichtliche Druckfehler wie: ".....ein Jugendlicher Lamm " anstatt Oder Vertreter der Jugendlichen, Schlamm" und " Genossen Bohnenschein" anstatt " Sonnenscheins" dadurch wurde auch die Partei blossgestellt.

7.) Die seinerzeit einstimmig (auch mit Tomanns und Koritschoners Stimme) ausgeschlossenen Fonst und Tober, die Herde von Korruptionismus und Intriguentum wurden mit allen Ehren wieder in die Partei aufgenommen, wobei die Beschlüsse des Parteitages, auf Grund deren ihre Aufnahme nicht möglich wäre, durch das einseitig und willkürlich zusammengesetzte Parteigericht einfach mit Füssen getreten wurden. Dagegen protestieren wir und fordern die Einsetzung eines internationalen Parteigerichtes gegen die Genannten.

Dafür hält der P.V. unter den ihm misliebigen Funktionären weiterhin "Musterung".

Dafür hällt der P.V. unter den ihm missliebigen Funktionären weiterhin "Musterung"

8.) Gegen die Weigerung des Gen. Tomanns auf Aufforderung der Exekutive der Komintern nach Moskau zu fahren, lege ich energischen Pö Protest ein. Ich betone besonders, dass ich zu der Sitzung des P.V., die über diese Aufforderung beraten und entschieden hat, gar nicht eingeladen wurde. Es liegt keinerlei sachlicher Grund vor, warum Tomann nicht dem Rufe der Exekutive Folge leistet.

9.) Zum Schlusse bemerke ich, dass der Umstand, dass die Kritik der Genossen Kreibich und Miljutin den Parteimitgliedern vorenthalten sowie jede Kritik überhaupt vor der Parteimitgliedschaft vollständig unterdrückt wurde und wird, eine Ursache ist, warum der P.V. der K.P.Oe. noch derzeit weiterwirtschaften kann.

Mit kommunistischem Gruss

Abs. Friedländer, K.P.Oe.

An das Exekutivkomitee der Komintern

Moskau

Werte Genossen!

Wie mir im P.V. der K.P.Oe. zur Kenntniss gebracht wurde, hat das Präsidium des P.V. oder richtiger Tomann -- da die beiden übrigen Präsidiumsmitglieder abwesend waren -- als Replik auf mein letztes Schreiben, eine von den infamsten Beschimpfungen meiner Person strotzende Zuschrift - die sogar aus meiner Erkrankung ein Verbrechen machen will - an die Exekitive der Komintern gesandt. Dieses Schreiben richtet sich von selbst. Ich halte demgegenüber das in meinem Schreiben festgelegte aufrecht, und bin bereitfalls notwendig es zu beweisen.

Eine besonders infame Lüge Tomann's muss ich allerdings festnageln: Von meiner "Rechtseinstellung" in Bezug auf die Wahlen. Das ist eine Finte Tomann's um meine Stellungnahme ins falsche Licht zu rücken. Ich habe vor allem gedrängt, dass der P.V. sich entscheiden soll, ob, in Verfolgung der Taktik der Einheitsfront, an die S.P. einzig Angebot mit Bedingungen zwecks gemeinsamer Liste zu richten sei. Diese Bedingungen durften keineswegs opportunistisch sein, wie es ein Teil der Fraktionsgenossen des Gen. Tomanns will. Ich halte es auch für absolut ausgeschlossen, dass die S.P. darauf eingeht. Damit stellt sich also -- intern gesprochen -- ein solches Angebot als taktischer Zug heraus, um für die Wahlen eine geeignete Plattform zu finden.

Dies meine Anschauung. Daraus ist zu ersehen, wie infam es seitens Tomann's und seiner Freunde ist, mir eine opportunistische oder gar liquidatorische Tendenz anzudichten, wie dies aber für Polzer, Poblak, also Tomanniten, zutrifft. Tomann macht meiner Meinung nach Manöver aus rein persönlicher Motiven, insbesonders auch wegen der Kandidaturen zu den Nationalratswahlen, wie mir scheint.

Jedenfalls ist ein solches Vorgehen Tomann's nur geeignet das gegenseitige kolossale Misstrauen innerhalb der K.P.Oe. zu verschärfen.

Mit kommunistischem Gruss

Paul Friedländer

Wien, den 10. Mai 1923.

Bericht über die Fraktionssitzung der Fraktion Landstrasse.

Gen. Paukert eröffnet um 7 Uhr abends die Sitzung. Er erklärt zu Beginn seines Referates, das zirka bis 8 Uhr dauerte, dass er die Sitzung nicht als Person Paukert inszeniert habe, sondern mit wissen des Parteiverstandes und als dessen Mitglied. Seiner langen Rede kurzer Sinn war neben einem Rückblick auf die politische Lage eine Kritik der Taktik des Gen. Frey. Uebergehend auf die Lokalorganisation Landstrasse erklärte er, dass auch wir das verspüren in der Person des Gen. Stift. Er schilderte Gen. Stift mit Absicht als einen Revolutionär und verlässlichen Genossen, der ganz wie er meint unbewusst die Person des Gen. Frey verteidigt.

In der Debatte meldeten sich von 16 anwesenden Genossen 4 zum Wort. Gen. Renner (Obmann) und Christin (Stellvertreter) hatten sich persönlich entschuldigt, ddem andere Genossen schriftlich.

In der Debatte sprach als erster Genosse Kämpf (Ausschuss) Er geisselte vor allem die Loyalität gegenüber dem Gen. Stift.

Dann sprach Gen. Schuga (Ausschuss). Er unterstreicht die Ausführungen der Vorredner, meint aber, dass Stift nicht unbewusst, sondern bewusst im Sinne Frey Politk mache, da er jede gedeihliche Arbeit auf der Landstrasse hindere.

Gen. Mönch führte nichts Nennenswertes aus.

Als letzter Debattenredenr sprach Gen. Prosau: Recht geschieht Euch, ein paar Ohrfeigen sollte man Euch noch herunter hauen. Mich als braven Genossen habt Ihr hinausgeschmissen und den Stift habt Ihr hineingewählt.

Paukert, Schlusswort: Die Tätigkeit des Gen. Stift soll der nächsten Mitgliederversammlung bekanntgegeben werden, damit diese entscheide, ob er als Ausschussmitglied oder irgend ein Ressortleiter noch in Betracht komme. Falls die Mitglieder dies nicht zur Kenntnis nehmen, so wird der ganze Ausschuss demissionieren.

Um 3/4 9 Uhr abend wird die Sitzung geschlossen.

Originalbericht eines Genossen welcher der Sitzung beiwohnte.

Werter Genosse.

Ich ersuche Dich Donnerstag den 10.Mai 1923 präzise halb sieben Uhr abends zu einer äusserst wichtigen Besprechung im III. Bezirk Dietrichgasse Nr. 24 II.Stk. Tür 9 zuverlässlich zu erscheinen.

Mit K.P. Gruss

Wilhelm Paukert.

Wien 20. Mai 1923

PVE 178.

Tgb.-№ 5412 №
Eingegangen
15. MAI 1923
Abteilung
Erledigt

Preßburg am 11. Mai 1923.

Wir bitten den gesamten Inhalt unseres Briefes falls Sen. Exz. noch universal sein sollte, im Falle er schon mehr Klarheit verspricht über den Inhalt, ehestens nachsenden zu wollen —

Mit Ehrerbietung

5516 R

Ing.: 14. MAI 1923

Wien, den 5. Juni 1923

Werter Genosse Frey !

Aus bestimmten Gründen sehe ich mich veranlasst, Ihnen die beiliegende Tabelle mit dem Ersuchen zu übermitteln, diese bei Gelegenheit Ihrer Reise zur Sitzung der erweiterten Exekutive an kompetenter Stelle vorzulegen.

Folgende Tatsachen, die sich aus den Tabellen ergeben, empfehle ich der besonderen Beachtung. Die tägliche Auflage der Zeitung, die Ende des vorigen Jahres noch über 10 000 betragen hat, ist im April auf 9000 und im Mai auf 8400 zurückgegangen. Zum Teil sind die Rückgänge auf die bis im Monat März anwachsende Arbeitslosigkeit zurückzuführen, zum anderen Teil auf Mängel in der Administration, insbesondere gänzliche Vernachlässigung des Mahnwesens, wpdurch sich bei den Abonnenten und Betriebskolporteuren so grosse Schuldsummen ansammeln, dass sie nicht mehr beglichen werden können.

In noch grösserem Masse als die Auflage ist die Anzahl derjenigen Blätter zurückgegangen, die wirklich bezahlt werden. Während im Oktober 92 Millionen Kronen eingegangen sind, sind im April nur noch 52 Millionen eingegangen, das entspricht einem Betrage von 4500 Abonnements. Im umgekehrten Verhältnis sind die Summen der sogenannten Aussenstände ständig gewachsen, sie betragen trotz grosser Abschreibungen für angeblich uneinbringliche Aussenstände im April 60 Millionen.

Ueber diese Aussenstände ist bis vor kurzem nie eine separate Aufstellung zu erhalten gewesen. Erst nach monatelangem Drängen und nachdem ich mich sowohl an den Parteivorstand, wie auch an die Reichsrevisionskommission und an den Genossen Landler gewendet habe, erhalte ich Angeben über einen Teil der Aussenstände, die vollkommen unzureichend sind. Insbesondere diese Tatsache veranlasst mich, da meine bisherigen Bemühungen erfolglos waren, die Aufmerksamkeit der kompetentesten Stelle darauf zu lenken, dass zumindest aus unbegreiflicher Schlamperei und Interesselosigkeit grosse Summen, von denen bei geordneter Geschäftsführung sicher der grösste Teil einzutreiben wäre, der Partei verloren gehen. Nach meiner 2o jährigen Tätigkeit in bürgerlichen Betrieben darf ich wohl behaupten, dass ein Angestellter , wie der Genosse Paulik, der seit zwei Jahren

mit seinem Posten betraut ist und die Aussenstände anwachsen liess ohne sich um sie zu kümmern, und der auf mein Ersuchen, über diese Aussenstä eine Aufstellung zu machen, geantwortet hat, er habe zu statistischen Arbeiten keine Zeit, dass ein Angestellter von so horrender Interesselosigkeit in einem bürgerlichen Betrieb ganz unmöglich wäre. Allerdings hatte ich auch den sogenannten Presseleiter, Genossen Schlesinger , seit Monaten ständig auf diese wunde Stelle im Betrieb aufmerksam gemacht, ohne die nötige Unterstützung in dieser Sache bei ihm zu finden

Die Unterbilanz könnte sich um ein ganz beträchtliches verringern, wenn an Stelle einzelner unfähiger Angestellter administrativ vollwertige Kräfte in der Verwaltung des Blattes tätig wären, die imstande wären die Verbreitung des Blattes zu steigern.

Ich habe mich für verpflichtet gehalten, auf diese Punkte besonders hinzuweisen, weil mir eine radikale und rasche Behebung dieser Unzulänglichkeiten im Interesse der Zeitung dringend geboten erscheint.

Mit kommunistischem Gruss

Elise Hänicke

Buchhalterin.

Wien, 21.Juni 1923.

An den

Parteivorstand der Kommunistischen Partei Oesterreichs.

W i e n.

Werte Genossen!

Das Arbeitskomitee der Soldatengruppe hat sich nach dem Parteitag an den neugewählten Parteivorstand gewendet und ihm auf Grund der verschärften reaktionären Entwicklung innerhalb der Wehrmacht seit dem Abschluss des Genfer Vertrages, die Lage der Soldatengruppe, die Gefahren im Falle einer weiteren Reaktionsentwicklung für das Proletariat und die Aufgaben der Partei nach seiner Auffassung erklärt. In Form einiger Vorschläge hat das politische Büro des Parteivorstandes die Auffassung der Genossen des Arbeits-Komitees unterstrichen und insbesondere die Vorschläge, soweit sie sich auf die Tätigkeit der Partei beziehen, angenommen.

Nach den Vorschlägen des Arbeits-Komitees sollte die Partei die Initiative zu einer Aktion auf Grundlage der Einheitsfront gegen die unter dem Schlagworte der Entpolitisierung in Durchführung begriffene Entproletarisierung der Wehrmacht führen und durch eine breit angelegte Agitation Massenteile der Arbeiterschaft in den Kampf für die Wehrmacht ziehen.

Die erste Arbeit die auf Grund der Besprechungen des Arbeitskomitees mit den Parteivorstand in Angriff zu nehmen war, war die Veranstaltung von Soldatenversammlungen, in denen die Frage der Wehrmacht auf die Tagesordnung gesetzt werden sollte. Diese Soldatenversammlungen fanden auch tatsächlich in der Woche vom 1.-7. März d.J. statt, aber die Wehrmachtsfrage wurde nicht selbstständig behandelt. Die Referenten waren angewiesen zu sprechen über die Wehrgesetznovelle und über die Reaktion in der Wehrmacht zu sprechen und es ist selbstverständlich, dass durch diese seltsame Anordnung gerade das Gegenteil davon erreicht wurde was in unserer Absicht lag. Statt unsere Mitgliedschaft über die ungeheure Bedeutung der Wehrmachtfrage in gegenwärtigen Momente [illegible] aufzuklären, wurde der Eindruck erweckt, dass es sich [illegible] um eine Frage [illegible] Bedeutung handelt. Ungenau, da [illegible] Soldatenversammlungen seitens der Partei nicht [illegible] Soldatengruppe herangezogen wurde, die doch in diesen Fragen am besten informiert sind.

Die im Laufe von Verhandlungen der Kommunistischen Proletarierjugend in die Volksaula des [illegible] einberufene Massenversammlung gegen Kriegsgefahr, Militarisierung, Politisierung und wirtschaftliche Reaktion und Heimschaffung, in der ein Genosse der Soldatengruppe sprach, hat uns gezeigt, wie leicht das Interesse der Arbeiterschaft an den Problem der Wehrmacht erweckt werden kann, aber auch wie wenig die Arbeiterschaft über die Vorgänge in der Wehrmacht informiert ist.

In der Folge unserer Besprechungen wurde auf Grund der neuerlichen Verschärfung der Situation innerhalb der Wehrmacht — geplante Auflassung des Heeresministeriums, Wehrgesetznovelle, Abschaffung der Soldatenräte, Aenderungen im Zivilkommissariat u.s.w.— über unseren Antrag beschlossen, in allen Lokalorganisationen Wiens Versammlungen mit dem Thema: die Reaktion in der „Wehrmacht" zu veranstalten und als Referenten Genossen der Soldatengruppe heranzuziehen. Nach diesen Bezirksversammlungen sollten zwei grosse Massenversammlungen veranstaltet werden. Zugegeben wurde beschlossen eine ständige Rubrik in der „Roten Fahne" einzuführen, in der die Vorgänge in der Kaserne täglich besprochen werden.

Auch hier erfolgte die Durchführung absolut nicht in der besprochenen Form. In der Woche vom 16.- 22.April sollte auf die

Tagesordnung aller Lokalorganisationen das Thema: Die Reaktion in der Wehrmacht und die Arbeiterschaft angesetzt werden. Von den 21 Wiener Bezirken geschah dies jedoch nur in 7. In drei von diesen 7 Lokalorganisationen wurden wiederum noch andere Themen auf die Tagesordnung gesetzt, d.h. die Wehrmachtsfrage erst an zweiter Stelle behandelt, statt ihrer Wichtigkeit entsprechend wenigstens in dieser Woche als einziger Tagesordnungspunkt behandelt zu werden. Es wurde also in der Woche vom 16.- 22.April lediglich in 4 Wiener Lokalorganisationen gemäss der getroffenen Vereinbarung die Wehrmachtsfrage entsprechend behandelt. In der darauffolgenden Woche wurde in noch 2 Wiener Lokalorganisationen und in einer Niederösterreichischen Lokalorganisation die Wehrmachtsfrage behandelt. Diese wenigen Bezirksversammlungen haben uns neuerlich gezeigt, wie notwendig es ist die Arbeiterschaft über die Vorgänge in der Wehrmacht aufzuklären.

Die zwei Massenversammlungen die in der Folge stattfinden hätten bei einer besseren Vorbereitung, insbesondere der Versammlung im zehnten Bezirk zu einem besseren Resultate geführt. Die Referenten sprachen in beiden Versammlungen an erster Stelle Genossen der Soldatengruppe und an zweiter Stelle Genossen der Partei. In der Versammlung im zehnten Bezirk sprach Gen. Frodnig, Wiener Sekretär, als Vertreter der Partei. Sein Referat, dass eine kollektive Unkenntnis der Verhältnisse in der Wehrmacht und deren Bedeutung für das Proletariat zeigte, schloss er mit den Worten: „dass der Entpolitisierung der Wehrmacht, die Selbstschutzorganisationen der Proletariats entgegengesetzt werden müssen, dass mit jedem Schritt der weiteren Entproletarisierung der Wehrmacht, neue Proletarier in die Selbstschutzorganisation eingereiht werden müssen." Diese Ausführungen des Gen. Frodnig, die wir übrigens in ähnlicher Form bereits einmal in einem Artikel in der „roten Fahne" vom 2.3. d.J. fanden, sind in verschiedenen Konferenzen den Militärreferenten von hohen Funktionären unseren Genossen, sofort die ein aktives Vorgehen der Arbeiterschaft in der Wehrmachtsfrage forderten, entgegengehalten worden, denn sich die Soldatengruppe hat den Kampf um die Wehrmacht bereits völlig aufgegeben. Dies als Parole in einer Versammlung hingegeben, die gerade zum Kampf für die Erhaltung den proletarischen Charakters der Wehrmacht einberufen wurde, kann also, wenn sie überhaupt eine, so nur die Bedeutung haben, in der Wehrmachtsfrage die Flinte ins Korn zu werfen und statt zum Kampf aufzurufen, den Kampf um die Erhaltung des proletarischen Charakters der Wehrmacht von vornherein aufzugeben. In diesen Ausführungen des Gen. Frodnig sehen wir nur einen Teil der vollkommen falschen und in ihren Konsequenzen antirevolutionären Auffassung, die in Kreisen der höheren Parteifunktionäre in dieser Frage herrscht. Ausserdem wurde es unterlassen in der „roten Fahne" einen Bericht über diese beiden Massenversammlungen zu veröffentlichen. Lediglich am 27.April, also drei Tage später, finden wir die in der Versammlung im Kölnaer Brauhaus angenommene Resolution unter dem Titel: „Für den Betriebsrätekongress" veröffentlicht, wodurch der eigentliche Zweck der Resolution, die Aufforderung zum Kampf für die Wehrmacht nicht zum Ausdruck kam.

Die Verwirklichung des Beschlusses eine ständige Rubrik „Aus den Kasernen" in der „roten Fahne" zu führen stiess immer wieder auf Schwierigkeiten von seiten der Redaktion der „roten Fahne". Erst am 13.Mai wurde diese Rubrik das erstemal gebracht. Trotz wiederholter Urgenzen und obwohl das nötige Material von uns der Redaktion übermittelt wurde, trat dann eine neuerliche Pause bis zum 24.Mai (10 Tage) ein. Erst von diesem Tage an wurde die Rubrik ständig geführt.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir nicht unerwähnt lassen, dass die Behandlung der Kasernenrevolte, die einschneidende Aenderungen im Zivilkommissariate brachte, den Namen Soldatenräte abschaffte und eine Stelle Personalausschüsse setzte und deren Rechte derart begrenzte, dass dies praktisch das Ende der Vertrauensmänner bedeutete — in der „roten Fahne", trotzdem wir uns bezügliche Material rechtzeitig der Redaktion übermittelten, viel zu spät und in absolut unzulänglicher Form erfolgte. Von der ungemein wichtigen

Frage der Weiterverpflichtung, wo es sich um die Entfernung von 7000 der besten proletarischen, vorwiegend aus der Zeit der Volkswehr herstammenden Kehrnummer handelte, wurde überhaupt keine Position genommen.

Aber muss nochauf die Behandlung die dem Vertreter der Soldatengruppe auf dem am 14/15.April d.J. stattgefundenen Wiener Landesparteitag zu teil wurde indem die wichtige Frage der Wehrmacht damit erledigt wurde, dass ein führender Genosse den Antrag einbrachte unserem Vertreter die Redezeit auf 20 Minuten - zu kürzen und gleichzeitig beantragte dass einem anderen Parteigenossen zu rein persönlichen Angelegenheiten eine Redezeit von 20 Minuten zu gewähren; Leider hat dieser Antrag die Majorität des Landesparteitages gefunden.

Von derselben Einstellung der Partei zeugt auch die Tatsache, dass in allen ihren Aufrufen die in der Zeit von März d.J. an der reaktionären Entwicklung in der Wehrmacht nicht entsprechend Rechnung getragen wurde. So im Aufruf zu der am 18.März d.J. vom Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend Oesterr. einberufenen Massenversammlung wo in den üblichen Formel von Gefahren der Reaktion in der Wehrmacht gesprochen wird ohne irgendwelche konkrete Parolen anzugeben. Das gleiche im Aufruf vom 23.März, vom 14.April zu der am 16.April stattgefundenen Massenkundgebung und ebenso in den Aufrufen zum 1.Mai.- In offenen Brief an die Gewerkschaftskommission weiss man zu dieser Frage nichts anderes zu sagen als den Gemeinplatz: „die republikanische Wehrmacht, das Bundesheer, wird in einer monarchistisch orientierte weisse Garde umgewandelt. Darum [illegible] weil die Kapitalisten das Proletariat wehrlos machen und mit allen Mitteln niederhalten wollen, um die Profite aus Kapitals zu erhöhen, und in den Schlussparolen wird überhaupt zur Wehrmacht keine Stellung genommen.

Auf Grund unserer Auffassung in Bezug auf die Bedeutung der Entproletarisierung der Wehrmacht für das gesamte Proletariat und auf Grund der geringen Aktivität der Partei in dieser Frage, haben wir uns neuerlich an den Parteivorstand gewendet und auch einer Aussprache mit den Gen. Honner und Hartheim schriftlich unsere Vorschläge übermittelt. Die Thesen vom 1.4.d.J. unsere Vorschläge enthalten darin, die Agitation über den Rahmen der Partei hinauszutragen. Genau drei Wochen nach Uebermittlung der Vorschläge hat das Politische Büro des Parteivorstandes nach unserer Urgenz uns verständigt, dass es notwendig sei, darüber die praktische Durchführung eine Parteiliche Besprechung abzuhalten.

In dieser Konferenz die einen Tag später stattfand nahm Gen. Hartheim einen Standpunkt ein der uns zeigte, dass der Parteivorstand sich über die Bedeutung der Wehrmachtfrage ausserordentlich im gegenwärtigen Moment noch wie vor im unklaren ist. Hiedurch sollte die Wehrmachtfrage als Rahmen der anderen Aktionen behandelt werden und dadurch auf den Elan dieser Aktionen herabgedrückt werden die die Partei seit dem offenen Brief an die Gewerkschaftskommission führt und die keine Aktionen sind, weil sie kaum jemals über den engen Kreis unserer Parteimitglieder hinausgehen.

Von den von uns geforderten und beschlossenen zwei Konferenzen — Obmännerkonferenz unter Hinzuziehung der Gewerkschaftsreferenten und Konferenz der Vertrauensmänner der Org.Blocke— hat bisher nur die Obmännerkonferenz stattgefunden. Diese war nur von 8 Bezirken beschickt und hat uns gezeigt, dass die hervorragendsten Parteifunktionäre bis heute die Bedeutung der Entwicklung der Qualitäten in der Wehrmacht gerade in gegenwärtigen Moment nicht begriffen haben. Die zweite Konferenz, trotzdem sie gleich darauf hätte stattfinden sollen hat bis heute nicht stattgefunden, was von Gen. Hartheim mit der wiederum charakteristischen Erklärung begründet wurde, dass die Partei infolge der stattfindenden Gewerkschaftsversammlungen nicht die Möglichkeit habe diese abzuhalten und erst im Laufe der nächsten Woche stattfinden wird.

Wir stellen also fest, dass der Parteivorstand sich durchaus nicht im klaren ist, dass der Kampf gegen die Reaktion in Oesterreich im gegenwärtigen Zeitpunkte vor allem im Kampfe gegen

die reaktionäre~~Entwicklung~~ Bestrebungen innerhalb der Wehrmacht seinen Ausdruck finden muß. Gerade innerhalb der Wehrmacht ist es, wo die Regierung alle Kräfte ihrer reaktionären Politik konzentriert hat. Deshalb verlangen wir von der Partei die Initiative zu einer breit angelegten Aktion gegen die Entproletarisierung der Wehrmacht ergriffen wird. Im Rahmen dieser Aktion soll

1) eine Flugschrift in Massenauflage an die österreichischen Arbeiter herausgegeben werden,
2) soll von der Partei eine Agitation über den Rahmen der Partei hinaus, in den Betrieben entfaltet werde und zwar in der Art, daß diese uns die Gewähr bietet, daß die Sozialdemokratische Partei wenn wir im gegebenen Moment an sie herantreten, unter den Druck der Massen und der bevorstehenden Wahlen, der einheitlichen Kampffront mit uns nicht ausweichen kann,
3) sind die Parteimitglieder in hohen Ausmaße in den Dienst des Kampfes der Wehrmänner gegen die Reaktion in den Kasernen zu stellen.

Nur wenn es gelingt das gesamte Proletariat zum Kampfe gegen die Entproletarisierung der Wehrmacht aufzurütteln ist es möglich eine Entwicklung der Reaktion aufzuhalten die von den furchtbarsten Folgen für das österreichische Proletariat sein kann. Ich sehen wir ab von den Folgen die eine Inaktivität der Kommunistischen Partei für die Stellung unserer Genossen in der Wehrmacht hat, Vorwürfen denen schon jetzt vorgeworfen wird, daß die Kommunistische Partei ebensowenig gegen die Reaktion in der Wehrmacht unternimmt, als die Sozialdemokratische Partei.

Den Arbeitskreisen der Soldatengruppe erwartet, daß der Parteivorstand sich mit diesen Fragen eingehend beschäftigen und zu diesem Zwecke in der nächsten Zeit eine gemeinsame Sitzung mit den Arbeitskreisen einberuft.

Mit kommunistischen Gruß

Im Auftrage des ARBEITSKREISES
der [illegible]
der [illegible] PARTEI Ö.
Der Sekretär:

Soldatengruppe der Kommunistischen Partei Oesterreichs,
Wien, VIII., Alserstrasse 69.

Wien, 22.Juni 1933.

An das

Erweiterte Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Internationale,

Moskau.

Werte Genossen!

Die Durchführung des Genfer Vertrages und das Beispiel der reaktionären Bruenberlander Bayern, Jugoslawien und Italien hat in Oesterreich eine Hochflut der Reaktion ausgelöst, die Bourgeoisie führt ihren Klassenkampf in der energischesten Weise und während sie sich unter allen möglichen Formen durch Aufstellung von Heimwehr-, Frontkämpferorganisationen und Bahonkreusler rüstet, geht sie daran alle Machtorganisationen des Proletariats zu vernichten. In diesem Sinne konzentriert die christlichsoziale Regierung, als das Exekutivorgan des reaktionärsten Flügels der Bourgeoisie, in der letzten Zeit ihre Kräfte auf die völlige Beseitigung des proletarischen Charakters der Wehrmacht, die, obwohl seit Jahren in immer geringerem Masse, doch noch wenigstens in dem Sinne als Einflusinstrument des Proletariats bisher angesehen werden musste, als sie, infolge ihrer revolutionären Tradition für die Bourgeoisie unzuverlässig, das Proletariat wiederholt vor Vorstössen der Bourgeoisie bewahrt hat. Wir erinnern daran, dass es in Oesterreich bisher noch nicht möglich war, Wehrmacht gegen streikende Proletarier zu verwenden. So war es der Arbeiterschaft bisher bei allen grossen Streiks in lebenswichtigen Betrieben möglich, die Betriebe und Objekte in ihren Händen zu behalten und so das Einsetzen von Streikbrecherorganisationen und technischer Nothilfe zu verhindern. In letzten grossen Eisenbahnerstreik konnte infolge des offen zutagegetretenen proletarischen Solidaritätsgefühles der Wehrmannschaft, trotz aller Bemühungen der Regierung und der bereits erlassenen Anweisungen des Heeresministeriums, die Wehrmacht nicht zum Ersatzen der Bahnhöfe verwendet werden und diese in den Händen der Streikenden bleiben, was auf den Ausgang des Streikes von entscheidendem Einflusse war.

Die jüngste Entwicklung droht diesen Verhältnis zu ungunsten des Proletariats völlig zu ändern. Durch entsprechende Novellierung des an sich schon reaktionären Wehrgesetzes, durch schamloseste Anwendung der Klassenjustiz gegenüber Wehrmänner, wird der proletarische Widerstand in der Wehrmacht immer mehr gebrochen, eine absolutistische Herrschaft monarchistischer, reaktionärer Offiziere greift platz und durch Neuformierungen werden auch unter der Wehrmannschaft gefügige Werkzeuge geschaffen. Die Heimwehrorganisation und der von Sozialdemokraten geleitete Militär-Verband eilen vor dieser Entwicklung kampflos Schritt für Schritt zurück. Der überwiegenden Mehrheit der Wehrmänner hat sich infolgedessen eine Stimmung der Hoffnungslosigkeit bemächtigt. Die Soldatengruppe der Kommunistischen Partei Oesterreichs, die bisher imstande war, zumindestens noch österreichischen Verhältnissen gemessen, recht ansehnliche Erfolge in der Wehrmacht zu erzielen und eine zahlenmässig nicht schwache und straffe kommunistische Organisation der Wehrmänner zu schaffen, ist als einzelne Gruppe nicht mehr imstande diese Entwicklung aufzuhalten. Die Soldatengruppe der Kommunistischen Partei Oesterreichs ist der Meinung, dass es in gegenwärtigen Momente die hauptsächlichste Aufgabe der Kom. Partei Oesterreichs, diese reaktionären Entwicklung, durch die das gesamte Proletariat Oesterreichs bedroht wird, mit allen Kräften entgegenzutreten, unsomehr als, so stark auch die Reaktion in Oesterreich geworden ist, es

doch im internationalen Maßstabe gemessen bei uns noch immer leichter als in jedem anderen Lande möglich ist, in revolutionären Zeiten unter den Soldaten mit Erfolg zu arbeiten.

Trotz dieser Tatsache und obwohl gerade bei uns in Oesterreich der allgemeine Aufstieg der Reaktion auf das engste mit der reaktionären Entwicklung in der Wehrmacht verknüpft und von ihr völlig abhängig ist, obwohl alle anderen Kämpfe der Arbeiterschaft, sei es um den Achtstundentag, sei es um die Erhaltung des gegenwärtigen Reallohnes, sei es um irgendwelche andere sozialpolitischen Errungenschaften, abhängig sind vom Ausgange dieses Kampfes um die Wehrmacht, hat sich unsere Partei in ihrem Kampfe gegen die Reaktion nicht entschließen können den reaktionären Verlässen in der Wehrmacht energisch entgegenzutreten und dadurch der gesamten reaktionären Entwicklung ihre stärkste Hemmung zu geben. Wenn die Komm. Partei Oe. die Initiative in diesem Kampfe ergreifen würde, so leistete sie nicht nur der proletarischen Sache in Oesterreich den wichtigsten Dienst, sondern sie würde zugleich imstande sein, weit über den Parteirahmen hinaus Arbeitermassen unter ihrer Parole zu sammeln, den Geist des Widerstandes in der Wehrmacht selbst wieder aufzufrischen und besonders unter dem Einfluss der bevorstehenden Wahlen und unter dem Druck der Arbeiterschaft auch die Sozialdemokratische Partei zum gemeinsamen Kampfe zu zwingen. Uns erscheint die Stellung der Reaktion in der Wehrmacht nicht nur als der Brennpunkt der allgemeinen Reaktion in Oesterreich und als die Voraussetzung jeder weiteren reaktionären Entwicklung, sondern auch zugleich als die Stelle in der reaktionären Front, die am leichtesten anzugreifen wäre, wenn nur eine proletarische Partei dem instinktiven Willen des österr. Proletariats konkrete Ziele und Wege weisen würde. Eine solche Solidarität der Tat unter der Arbeiterschaft würde natürlich auch von grösstem Einfluss auf die Kampfkraft der Wehrmänner selbst sein.

Die Sozialdemokratie weicht diesem Kampfe aus und bemüht sich mit Erfolg die Richtigkeit des ganzen Komplexes der Wehrmachtfrage vor dem Proletariat zu verbergen und unterstützt damit bewusst oder unbewusst die Bestrebungen der christlichsozialen Regierung. Durch die Untätigkeit der Komm. Partei Oe. auf diesem Gebiete, würden auch wir uns hier zum Mitschuldigen machen.

Leider ist, wie aus beiliegendem Briefe der Soldatengruppe an den Parteivorstand der K.P.Oe. hervorgeht, bisher auch von der Komm. Partei Oe. hier noch alles unterlassen worden. Bei der ungeheueren Wichtigkeit, die dieser Frage für das Schicksal des österr. Proletariats nach unserer Meinung hat, erachten wir es für unsere Pflicht, die erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale zu bitten, sich bei der Behandlung der österreichischen Frage auch mit den hier angeschnittenen Problemen zu beschäftigen um der künftigen Politik der Partei auf diesem Gebiete eine Richtunglinie zu geben.

Mit kommunistischem Gruss

Beilagen: Brief an E.V.
Bericht an E.V. samt Beilagen

Das Politische Büro der Soldatengruppe der K.P.Oe.